

Die Politische Meinung

GRUNDSÄTZLICH

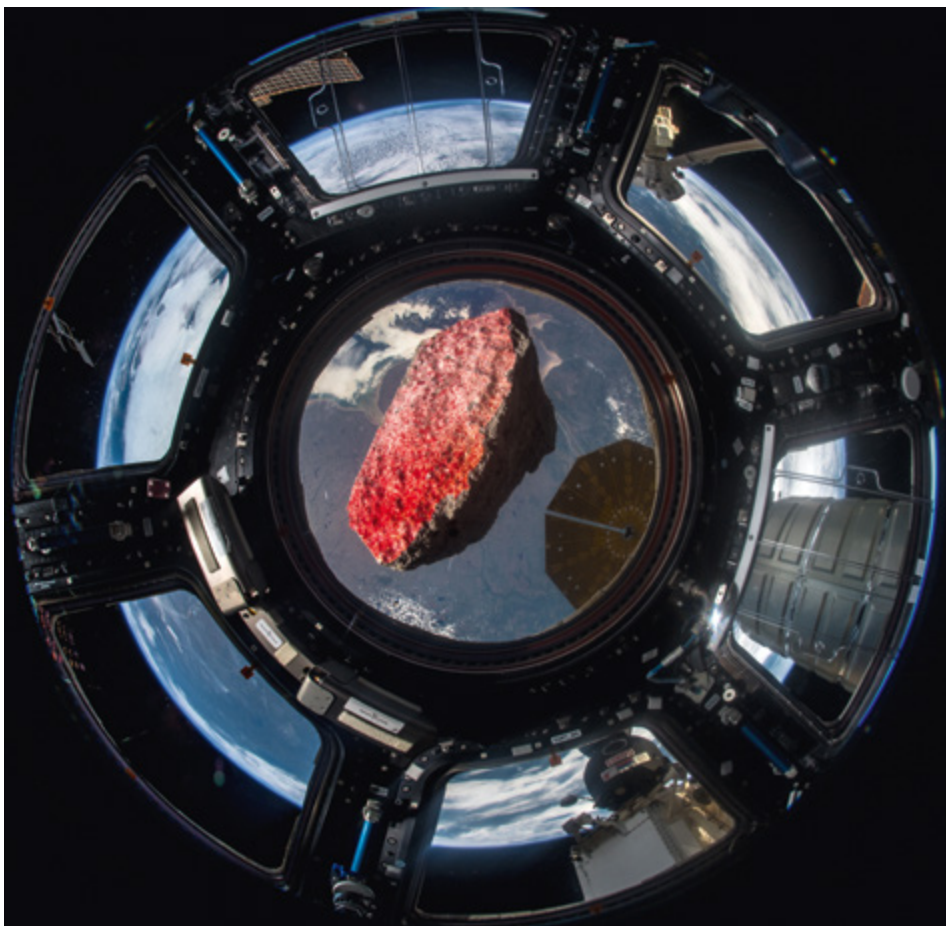
—
Prämissen für die Politik

ZUM SCHWERPUNKT Annegret Kramp-Karrenbauer, Die CDU Deutschlands auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm; Arnd Küppers, Christlich statt liberal? Das Gerede von einer illiberalen Christdemokratie; Nils Wörmer, Die Westanbindung und Europaorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

IMPULSE Kristina Schröder, Vorschläge zur Abgrenzung des politisch Legitimen; Fritz Brickwedde, Die Bewahrung der Schöpfung gehört zum Markenkern der Union

DIALOG „Grade klare Menschen wär'n ein schönes Ziel.“ Die Liedermacherin Bettina Wegner im Gespräch mit Axel Reitel

ERINNERT Manfred Wilke, Der Mauerfall. Freiheit für die DDR und Einheit für die Deutschen



Mauerstück im All
Foto: © ESA / A. Gerst – CC BY-SA 3.0 IGO

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Am 9. November 1989 war die Zukunft offen. Die radikale Utopie des Kommunismus verabschiedete sich im Stakkato von Hammer- und Meißelhieben. Das skandalöse Monument dieser in Wahrheit aussichtslosen Weltanschauung, die Berliner Mauer, erhielt Kerben, Risse und Spalten, bald ganze Durchbrüche – Ideologieabbau! Fast dreißig Jahre später hat der Astronaut Alexander Gerst ein Mauerstück in den Orbit mitgenommen. Vor dem Fenster der Internationalen Raumstation scheint es darauf hinzudeuten, dass die Zukunft ein motivierendes Versprechen bleibt, selbst wenn sich inzwischen unten – auf der als Silhouette sichtbaren Erde – die Erwartungshorizonte eingetrübt haben.

Nach 1989 rückte die Welt zunächst zusammen; längst ist aber von Renationalisierung und De-Globalisierung die Rede. Damals schien der Triumph der Demokratie besiegelt; heute ist der innere und äußere Zusammenhalt demokratischer Staaten gefährdet, autoritäre Mächte trumpfen wirtschaftlich, technologisch und militärisch auf. Analysten warnen, dass neue Technologien eher diesen Regimen als den offenen Gesellschaften in die Hände spielen könnten.

Bedenken, gar Ängste – etwa bei den Themen Klimaveränderung, aber auch Migration – nehmen zu, während die großen Tech-Konzerne, deren Manager sich „Evangelisten“ nennen, unbeeindruckt den absoluten Glauben an eine bessere Zukunft, dass alles machbar sei, zelebrieren. Ein vermittelndes Dazwischen bleibt noch kontur- und kraftlos. Es fehlen die Antworten auf den radikalisierten Positivismus beider Extreme, der seltsamerweise umso eindringlicher moralisiert, je wissenschaftsbezogener und scheinbar empirisch offen er argumentiert.

Das postideologische Zeitalter, das mit dem Mauerfall begann, heizt ideologisch auf, weil Daten inzwischen selbst als neue Weltformel gelten. Statt sie aber zu verabsolutieren oder als Fake News zu diskreditieren, muss es darum gehen, sie in ihrer Uferlosigkeit auch geistig verarbeitbar zu machen. Erst auf der Basis von Referenzen und Grundsätzen – Prämissen – lassen sich die Informationsmassen bewerten.

In dieser Situation hat die CDU eine umfassende Suchanfrage an sich selbst gerichtet und den Prozess zu einem neuen Grundsatzprogramm ausgelöst. Erneut bekennt sie sich dazu, das Neue im Geiste kritischer Reflexion fördern zu wollen und dafür ein Konzept vorzulegen, das breit und partizipativ angelegt ist. Utopien will sie nicht bieten, aber gewiss zündende Ideen, damit jeder für eine offene Zukunft Pläne schmieden kann.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Grundsätzlich – Prämissen für die Politik

14 DIE GROSSE ÜBERSETZUNG

Annegret Kramp-Karrenbauer
Die CDU Deutschlands auf dem Weg
zu einem neuen Grundsatzprogramm

20 ERFOLGSFAKTOR PARTEIPROGRAMM?

Frank Priess
Ein internationaler Vergleich zur
Relevanz von Grundsatzarbeit

25 SCHWINDENDE GEWISSEITEN?

Nils Wörmer
Die Westanbindung und
Europaorientierung in der deutschen
Außen- und Sicherheitspolitik

41 TRANSGLOBAL UND NATIONAL

Eva M. Welskop-Deffaa
Soziale Ordnungspolitik in der
digitalen Transformation

47 AUF TALFAHRT?

Karsten Grabow
Europas Christdemokraten im Vergleich

63 FREIHEIT UND ORDNUNG

Matthias Oppermann
Die Tradition des Liberalismus in
der CDU

80 CHRISTLICH STATT LIBERAL?

Arnd Küppers
Das Gerede von einer illiberalen
Christdemokratie

93 „TIPPING-POINTS“

Nils Goldschmidt
Soziale Marktwirtschaft und Disruption

Impulse

34 „BEBAUE UND HÜTE“

Fritz Brickwedde
Die Bewahrung der Schöpfung gehört
zum Markenkern der Union

69 RECHTE POSITIONEN IN DER CDU?

Kristina Schröder
Vorschläge zur Abgrenzung des politisch
Legitimen

Kommentiert

55 SCHLUSS MIT SCHLINGERN! ARBEITEN ...

Stephan Schaeede
Vom orientierenden Wert christlicher
Werte jenseits der Werteunion

86 „UNTER BESCHUSS“

Anthony Gleees
Akademische Freiheit in Zeiten des Brexit

Erinnert

74 VOM „Z“ ZUM „C“

Wolfgang Tischner
Parteilpolitische Weichenstellungen
der frühen Nachkriegszeit

103 DER MAUERFALL

Manfred Wilke
Freiheit für die DDR und Einheit für
die Deutschen

Dialog

108 „GRADE KLARE MENSCHEN WÄR'N EIN SCHÖNES ZIEL“

Die Liedermacherin Bettina Wegner im
Gespräch mit Axel Reitel

Gelesen

99 WENN DIE SPRACHE NICHT STIMMT ...

Michael Braun
Vorträge und ein Roman beleuchten
kritisch den rechten Populismus

118 ÖSTERREICHS WEIMAR

Bastian Matteo Scianna
Neue Forschungen zur Geschichte
der Ersten Republik 1918 bis 1933/38

Nachruf

124 GÜNTER RINSCHKE ZUM GEDENKEN

Bernhard Vogel

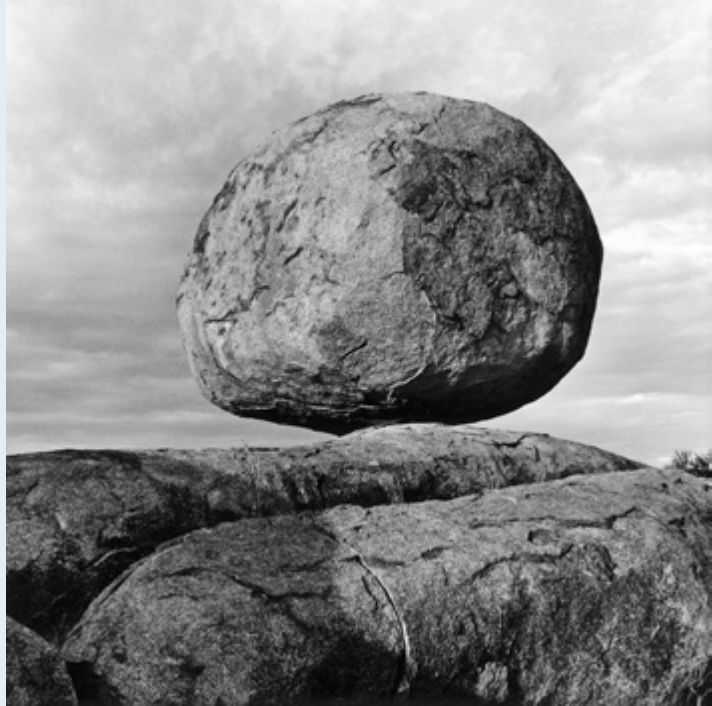
Aus der Stiftung

31 GEMEINSAM.DEMOKRATIE. GESTALTEN.

Das Leitbild der Konrad-Adenauer-
Stiftung

126 NAMEN UND NACHRICHTEN

128 FUNDSTÜCK



„Devil's Marbles“, Wackelstein bei Wauchope (Australien)

„Rolling Stones“

Grundsätzlicher geht es nicht. Der Konzeptkünstler Klaus Merkel fotografiert seit drei Jahrzehnten Steine.

Vordergründig erscheinen die kolossalen Stein- und Felsformationen weltentrückt und unumstößlich – stumme Zeugen des Ewigen? Merkel fotografiert allerdings nicht allein natürliche Steinmonumente, sondern auch – formal ähnliche – menschengemachte. An ihnen – Pyramiden, gotische Hallen und so weiter – zeigen sich Spuren der Vergänglichkeit.

Klaus Merkels Werk verbildlicht ein Stück großer Welterkenntnis, indem es Zeitlosigkeit ebenso wie Zeitlichkeit thematisiert. Aus dem, was immer da war, lässt sich Neues entwickeln. Auch die dicksten Steine können ins Rollen kommen.

Die Fotografien stammen aus der „Trilogie von Stein und Zeit“, bestehend aus „Das Lesen der Zeit im Text der Natur“ (1997), „Album der Steine“ (2005) und „Bäume wie Steine“ (2013), herausgegeben von Lars Müller Publishers, Zürich.

© Klaus Merkel

Grundsätzlich

— Prämissen für die Politik



Pyramide des Cheops in Gizeh (Ägypten)



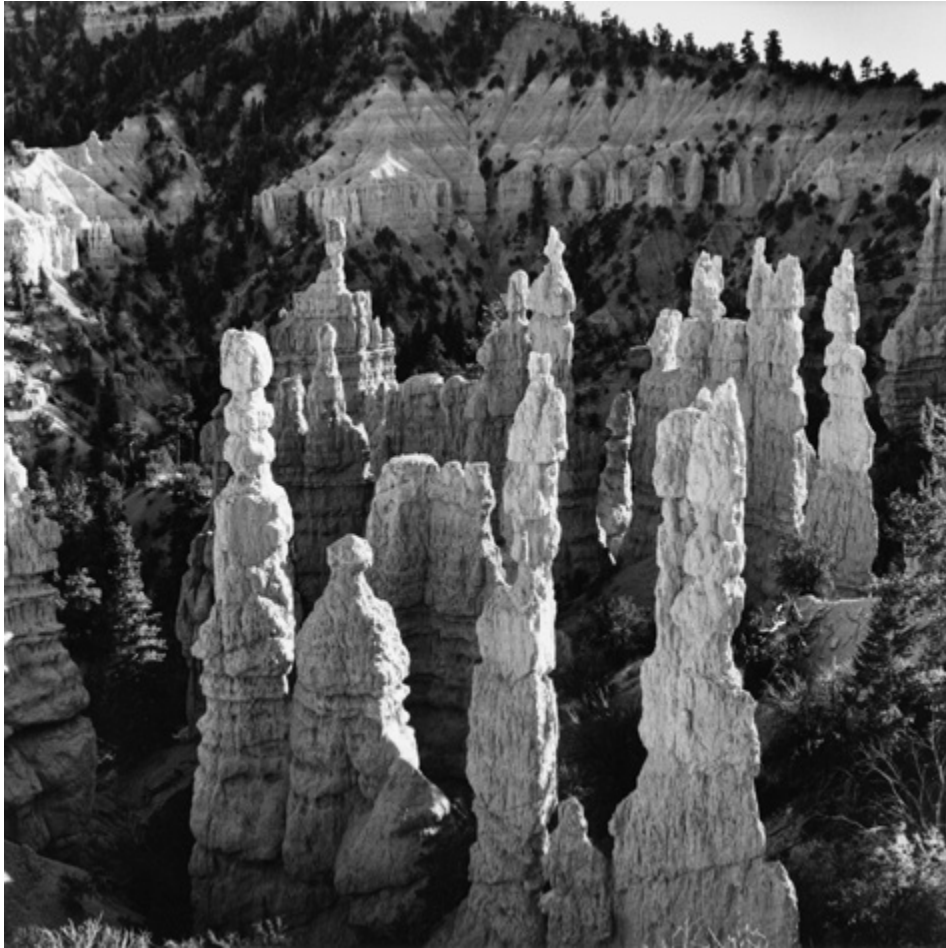
Giant's Causeway (Nordirland)



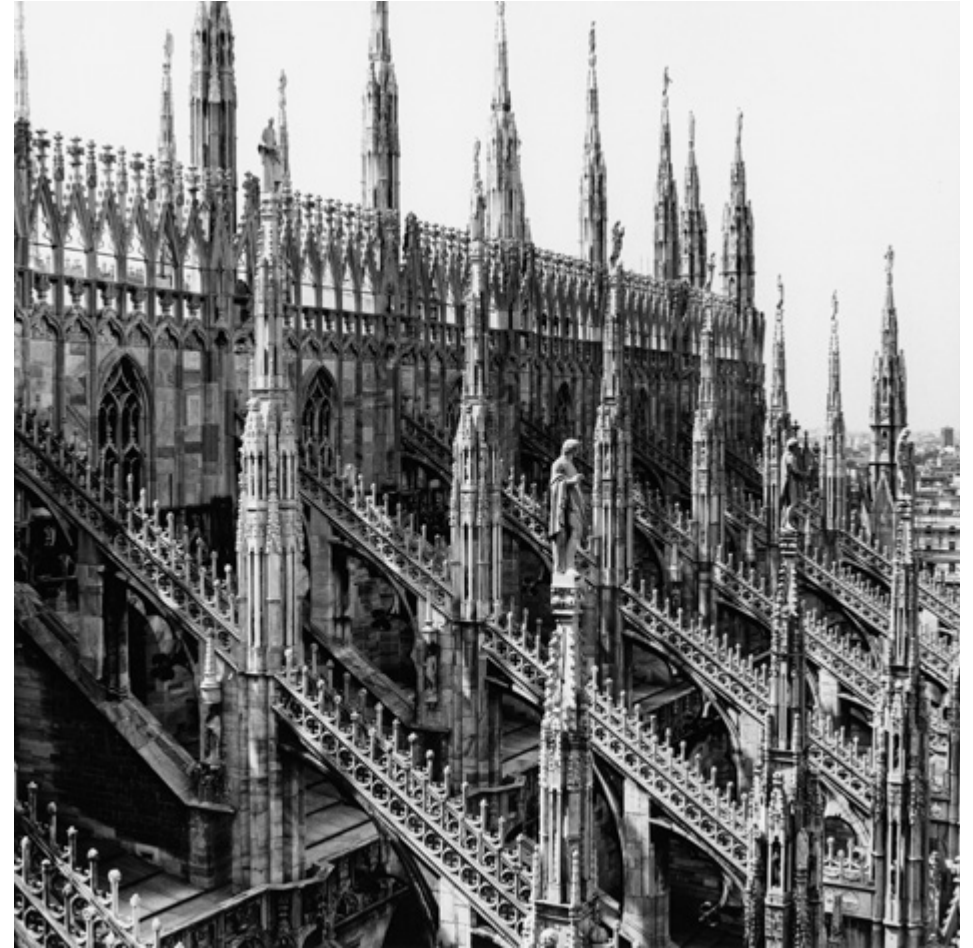
„The Wave“, versteinerte Sanddünen der Coyote Buttes (USA)



Theater von Petra (Jordanien)



Bryce Canyon (USA)



Dom Mailand (Italien)



Symbolischer Jüdischer Friedhof, Treblinka (Polen)



„Pinnacles“ bei Cervantes (Australien)

Die große Übersetzung

—
Die CDU Deutschlands auf dem Weg zu
einem neuen Grundsatzprogramm

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer

Geboren 1962 in Völklingen, 2011 bis 2018
Ministerpräsidentin des Saarlandes, seit
Dezember 2018 Vorsitzende der Christlich
Demokratischen Union Deutschlands, seit
Juli 2019 Bundesministerin der Verteidigung.

Vor zwei Jahren haben wir auf vielerlei
Weise an die Reformation vor 500 Jahren
erinnert. Und in zwei Jahren findet
ein weiteres Jubiläum statt, das eng
mit der Reformation verbunden ist:
1521 hat Martin Luther auf der Wart-

burg bei Eisenach in nur wenigen Wochen das Neue Testament übersetzt;
1534 lag Luthers Übersetzung der gesamten Bibel vor. Es handelte sich zwar
nicht um die erste Übersetzung der Bibel ins Deutsche, aber es war wohl die
einflussreichste.

Zeit seines Lebens feilte Luther immer wieder an seiner Übersetzung.
Und die Geschichte der Lutherübersetzung führt uns vor Augen, dass über
die Jahrhunderte hinweg immer wieder neue Anpassungen vorgenommen
wurden – bis in die jüngste Zeit. Das zeigt: Nicht nur die Übersetzung in eine
andere Sprache ist eine große Herausforderung, auch der Sprachwandel kann
neue Übersetzungen notwendig erscheinen lassen.

Nun ist die Übersetzung der Bibel aufgrund der Bedeutung des Gegenstandes
alles andere als trivial. Luther selbst hat hierfür eigens eine Schrift heraus-
gegeben: den *Sendbrief vom Dolmetschen*. Selbstverständlich blieben die Fra-
gen des Übersetzens nicht nur auf die biblischen Texte beschränkt. In den
vergangenen Jahrhunderten wurde viel geistige Kraft in die theoretischen
Grundlagen des Übersetzens investiert. So stammt von Friedrich Schlegel der
Satz: „Um aus den Alten ins Moderne vollkommen übersetzen zu können,
müsste der Übersetzer desselben so mächtig sein, dass er allenfalls alles Mo-
derne machen könnte; zugleich aber das Antike so verstehn, dass ers nicht
bloß nachmachen, sondern allenfalls wiederschaffen könnte.“

Nun mögen uns in Zeiten des Google-Übersetzers manche solcher
Überlegungen als sehr hochtrabend, wenn nicht gar überflüssig erscheinen.
Aber Übersetzungsprogramme bleiben immer an der Oberfläche der reinen In-
formation. Insofern wird auch in Zukunft das menschliche Nachdenken und
Nachspüren des Geistes immer ein wichtiger Teil des Übersetzens bleiben.

Was hat das nun alles mit dem neuen Grundsatzprogramm der Christ-
lich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) zu tun? Auch der Prozess
zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms ist ein Nachdenken und
Nachspüren. Macht der Sprachwandel Neuübersetzungen bisweilen notwen-
dig, so gilt das auch für politische Grundsätze angesichts eines historischen
und technologischen Wandels, den wir allerorten erleben können. Daher
muss man sich die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms als eine
große Übersetzung vorstellen. Anders gesagt: Es geht nicht um neue Grund-
sätze; es geht um die Übersetzung nach wie vor bestehender Werte und
Grundsätze für die Gegenwart und Zukunft.

In diesem Sinne ist die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm
ein gemeinsames großes Übersetzungswerk. Es geht um die Übersetzung un-
serer Grundsätze angesichts der Herausforderungen der Zukunft und um den
Geist unserer Grundsätze, wie dieser auch angesichts künftiger Entwick-
lungen lebendig bleibt und Orientierung bietet. Deshalb kann es bei einem neuen
Grundsatzprogramm nicht einfach nur um Rückbesinnung als Selbstzweck
gehen. Die Rückbesinnung auf die eigenen Werte und Grundsätze muss ein-
em Zweck dienen – und zwar der Zukunftsfähigkeit eben dieser Grundsätze.

Deshalb habe ich vor ziemlich genau einem Jahr – noch als CDU-
Generalsekretärin – einen Artikel über das Grundsatzprogramm in einem
Magazin der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel überschrieben: „It’s
the future, stupid!“ Denn genau darum geht es. Und wenn wir uns vor Augen
führen, welche Entwicklungen sich allein in diesem einen Jahr ergeben ha-
ben, dann wird deutlich, wie dringend wir eine Übersetzung unserer Grund-
sätze in die Zukunft hinein benötigen: Die Klimapolitik bekam vor allem
durch engagierte Jugendliche eine ganz neue Dynamik. Wir haben infolge
permanenter Vertragsverletzungen durch Russland das Ende des historischen
Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag)

erlebt. Aus China erreichten uns Meldungen über einen menschlichen Klon; in Japan dürfen inzwischen tierische Embryonen ausgetragen werden, deren Zellmaterial menschliche Stammzellen hinzugefügt wurden. Wir erlebten weitere Verschiebungen in der internationalen Zusammenarbeit; Deutschlands Bündnisfähigkeit und seine Rolle auf dem internationalen Parkett lösen Debatten über die Verteidigungsausgaben aus. Die Europawahlen ergaben eine Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments, die den Abschied von einer dort jahrzehntelang geübten parlamentarischen Mehrheitsbildung markiert. Auch sind wir im vergangenen Jahr um die Erfahrung einiger digitaler Shitstorms reicher geworden. Und ob nun die Existenz von E-Scootern in deutschen Städten zu den grundlegenden Veränderungen zu zählen ist, will ich dahingestellt sein lassen – dass sich Mobilität verändert, steht jedoch außer Zweifel.

ZUKUNFTSFÄHIGKEIT UND ORIENTIERUNG

Angesichts dieser ausgewählten und vieler weiterer Beispiele stelle ich in vielen Gesprächen immer wieder fest: Es gibt eine Sehnsucht nach Orientierung – innerhalb der CDU, aber auch in der gesamten Gesellschaft. Wenn die CDU keine Antworten auf die eigene innerparteiliche Sehnsucht geben kann, dann vermag sie auch keine Antworten auf die Sehnsucht nach Orientierung vieler Deutscher zu geben. Deshalb kommt dem Grundsatzprogrammprozess die wichtige Funktion zu, Zukunftsfähigkeit und Orientierung miteinander zu verbinden.

Was heißt das nun konkret? Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen: Vor einigen Wochen erinnerten wir in der CDU an den Beschluss der Düsseldorfer Leitsätze vor siebzig Jahren. Sie begründeten das unumstößliche Bekenntnis der Christdemokratie zur Sozialen Marktwirtschaft. Als ich mir in Vorbereitung dieses Jubiläums diese Leitsätze noch einmal zur Hand nahm, spürte ich schnell: Da geht es für uns heute nicht um rückblickendes Erinnern. Nein, diese Leitsätze haben auch unter völlig veränderten Rahmenbedingungen weiterhin viel zu sagen. Sie sind hochaktuell, aber wir müssen sie für die Gegenwart und Zukunft übersetzen. Der Geist der Düsseldorfer Leitsätze schuf nicht nur die Chancen für das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik; dieser Geist kann auch die Chancen für den Wohlstand im 21. Jahrhundert schaffen. Dafür müssen wir diese Leitsätze aber so übersetzen, dass ihr Geist lebendig bleibt und neue Kraft entfalten kann.

So lesen wir in den Leitsätzen: „Monopole und Träger marktwirtschaftlicher Macht sind einer institutionell verankerten, unabhängigen und nur dem Gesetz unterworfenen Monopolkontrolle unterworfen.“ Was bedeutet ein solcher Grundsatz angesichts von Internetriesen wie Amazon, Google

oder Facebook? Was bedeutet eine nur dem Gesetz unterworfenen Monopolkontrolle, wenn Gesetze eines Nationalstaates bei international agierenden Konzernen mit Geschäftssitz irgendwo im Ausland keine Wirkung mehr entfalten können? Die Düsseldorfer Leitsätze weisen uns den Weg, dass wir eine viel stärkere internationale Monopolkontrolle brauchen. Auf europäischer Ebene sind wir hier bereits viele wichtige Schritte gegangen. Diesen Weg müssen wir fortsetzen und um internationale Vereinbarungen verbreitern.

Ein anderes Beispiel: „Technik und Wissenschaft sind mit Nachdruck zu fördern. Sie schaffen neue Bedürfnisse und Arbeitsmöglichkeiten. Sie senken Gestehungskosten.“ Nicht nur in der aktuellen Debatte um einen effektiven Klimaschutz, sondern auch mit Blick auf den digitalen Wandel ist es von essenzieller Bedeutung, diesen Leitsatz wieder mit Leben zu füllen. Angesichts vieler Verbotsdebatten und weitverbreiteter Fortschrittsskepsis muss es die CDU sein, die das Vertrauen in Innovationen als wichtiges Merkmal einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft stärkt. Denn Forschung, Entwicklung, Innovationen und neue Produkte sind die Voraussetzungen dafür, dass technologischer Wandel nicht zu weniger, sondern zu mehr Jobs führt und unseren Wohlstand auch in Zukunft sichert.

MIT MUT UND OPTIMISMUS IN DIE ZUKUNFT

Was vor siebzig Jahren galt, gilt auch heute: Technik und Wissenschaft schaffen neue Arbeitsmöglichkeiten. Diesen Grundsatz mit Leben zu füllen, bedeutet: Wir müssen weg von einer angstgeleiteten Debatte über Jobverlust durch Digitalisierung hin zu einer optimistischen Chancendebatte kommen. Da hilft es nichts, nur sorgenvoll auf bestehende Jobs zu schauen; wir müssen immer auch die Tätigkeiten im Blick haben, von denen wir heute noch gar keine Ahnung haben. Technik und Wissenschaft sind nicht nur im hochqualifizierten Bereich ein Jobmotor; sie ziehen auch viele neue Berufsfelder nach sich. Denn der genannte Leitsatz sagt auch aus, dass Technik und Wissenschaft neue Bedürfnisse schaffen. Aus diesen neuen Bedürfnissen entstehen auch neue Jobs. Wenn also andere über Digitalisierung als Jobkiller reden, dann muss es die CDU sein, die diesem Pessimismus – der nichts mit dem Geist der Sozialen Marktwirtschaft zu tun hat – mit Optimismus und Zukunftshoffnung entgegentritt.

Die Düsseldorfer Leitsätze stellen außerdem fest: „Eine gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und eine soziale Gesetzgebung müssen aus den vermögenslosen Schichten unseres Volkes in großem Umfang besitzende Eigentümer machen.“ Angesichts mancher hyperventilierender Enteignungsdebatten und grassierender Umverteilungsphantasien ist dieser Leitsatz hochaktuell. Es ist irrsinnig, wenn Vermögensbildung in Form von Immobilien,

Unternehmensbeteiligungen oder Aktien verteufelt oder zumindest verdächtig gemacht wird. Statt gegen Eigentümer sozialpopulistisch zu Felde zu ziehen, sollte eine „soziale Gesetzgebung“ das ausdrückliche Ziel verfolgen, Vermögensbildung zu einem erwünschten und realistischen Ziel zu erklären.

Ein letztes und grundlegendes Beispiel: „Die Soziale Marktwirtschaft kann nur verwirklicht werden, wenn sie das Vertrauen aller Schichten des Volkes besitzt, d. h. wenn Unternehmer, Arbeiter, Angestellte und Verbraucher aktiv an ihrer Durchführung beteiligt werden.“ Vertrauen ist auch heute die entscheidende Voraussetzung für das Funktionieren unserer Sozialen Marktwirtschaft. Dieses Vertrauen zu stärken, ist angesichts globaler Wirtschaftsverflechtungen eine besondere Herausforderung. Nur wenn es gelingt, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch nach außen offensiv zu verteidigen, kann Vertrauen wachsen. Dafür braucht Deutschland im Verbund mit seinen europäischen Partnern ein starkes Gewicht. Dieses Gewicht werden wir nicht durch schöne Worte erreichen, sondern nur als starker Markt mit entsprechendem Einfluss. Deshalb sind Handelsabkommen, Wettbewerbsfähigkeit und Marktmacht von entscheidender Bedeutung, wenn wir bei den Spielregeln für eine globale Wirtschaft noch mitreden wollen.

Kurzum: Eine Übersetzung der Düsseldorfer Leitsätze in Gegenwart und Zukunft ist zwingend erforderlich und wichtiger Bestandteil der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm. Aber selbstverständlich reduziert sich die Übersetzungsarbeit nicht auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Da geht es um ethische Fragen in Zeiten des rasanten medizinischen Fortschritts; um Zusammenhalt in Zeiten einer immer pluraler werdenden Gesellschaft; um unseren Blick auf die internationale Ordnung und die Bündnisfähigkeit Deutschlands; um Generationengerechtigkeit im Sinne finanzieller und natürlicher Ressourcen; um neue Sicherheitsbedrohungen und die Antwort eines starken und handlungsfähigen Rechtsstaats; um Rechte und Pflichten des Bürgers dem Staat gegenüber; um das richtige Zusammenspiel von Freiheit und Verantwortung; um die eigene Identität, die Chancen erfolgreicher Integration und die Anforderungen an eine humane und gleichzeitig rechtsstaatliche Asyl- und Flüchtlingspolitik.

ZUHÖREN, DISKUTIEREN, ENTSCHIEDEN

Es zeigt sich: Die CDU hat sich mit der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms auf den Weg einer großen Übersetzungsleistung begeben. Begonnen hat sie im vergangenen Jahr mit meiner Zuhör-Tour. Aus diesen Gesprächen sind Leitfragen entstanden. Antworten hierauf werden derzeit in den Parteigliederungen und Vereinigungen diskutiert und als Ergebnis der Debatte eingereicht. Hieraus entsteht ein erster Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, mit dem ich im kommenden Jahr erneut durch die gesamte

CDU ziehen werde, um ihn mit allen Mitgliedern zu diskutieren. Auf einem Parteitag im Jahr 2020 soll das neue Grundsatzprogramm dann beschlossen werden. Mit diesem Prozess folgen wir dem Dreischritt: zuhören – diskutieren – entscheiden.

Besonders am Herzen liegt mir auf diesem Weg die intensive, offene und kontroverse Debatte innerhalb unserer Partei. Wie bei der Übersetzung eines Textes bietet auch hier allein der Prozess schon einen Mehrwert: Die Suche nach den treffenden Worten ist die Suche nach der richtigen Übertragung unserer bleibenden Werte und Grundsätze. Und diese Suche ist umso erfolgreicher, je mehr sich daran beteiligen und je mehr wir uns dabei austauschen.

Deshalb habe ich bereits im vergangenen Jahr immer wieder betont: Der Weg hin zu einem neuen Grundsatzprogramm kann nur ein gemeinsamer Weg sein, ein Weg der gesamten CDU Deutschlands. Es geht um gemeinsames Ringen, um gemeinsames Debattieren, um gemeinsamen Austausch. Die Vorstellung einer Grundsatzkommission, die vor sich hin arbeitet und dann den Mitgliedern etwas zur Entscheidung vorlegt, würde das unglaubliche Potenzial, das unglaubliche Wissen und die unglaubliche Erfahrung, die in unserer CDU stecken, konterkarieren.

Mit ihren über 400.000 Mitgliedern ist die CDU Deutschlands einer der größten Thinktanks im Lande. Allein welche Ideen schon im vergangenen Jahr in dieser Denkfabrik aus Debatten heraus entstanden sind, macht Mut für die kommenden Jahre. Jede Unterstützung, jedes Mitdenken, jeder konstruktive Debattenbeitrag ist dabei willkommen. Deshalb bin ich der Konrad-Adenauer-Stiftung im Allgemeinen und der Zeitschrift *Die Politische Meinung* im Besonderen dankbar, dass sie die CDU mit vielen Anregungen auch bei der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm unterstützen.

Diesen Dank verbinde ich mit dem Wunsch, dass uns das große Übersetzungswerk so gelingt, dass unsere christdemokratischen Werte und Grundsätze auch heute und morgen Orientierung geben können. Ich erhoffe mir ein Grundsatzprogramm, das unsere Werte und Grundsätze zum Leuchten bringen wird – und zitiere Gotthold Ephraim Lessing: „Die Treue eines Übersetzers wird zur Untreue, wann er seine Urschrift dadurch verdunkelt.“

Erfolgsfaktor Parteiprogramm?

Ein internationaler Vergleich zur Relevanz von Grundsatzarbeit

FRANK PRIESS

Geboren 1957 in Wolfsburg,
Stellvertretender Leiter der
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ist die Zeit von Programmparteien vorbei? Spielen Parteiprogramme für eine breitere Wählerbasis jenseits der Mitglieder heute noch eine Rolle? Sind speziell Grundsatzprogramme in einer Zeit notwendig, in der Pragmatismus gefordert ist, Koalitionen Kompromisse erfordern und Populisten

sich auf wenige Kernpunkte fokussieren, die für eine Emotionalisierung geeignet und medial transportabel sind? Wer diese Fragen mit „Ja“ beantworten will, findet zurzeit zahlreiche Ansatzpunkte.

In den letzten Jahren prosperieren Sammlungsbewegungen, wo früher eine klassische Aufteilung entlang ideologischer Grundlinien zumeist die Regel war und zwischen kommunistischen, sozialistischen, liberalen und konservativen Parteien unterschieden wurde. Als politischer Kampfbegriff blieb die häufig unscharfe Orientierung „links“, „rechts“, „Mitte“, gegebenenfalls

auch „Mitte-rechts“ oder „Mitte-links“. Entsprechend gruppierten sich die internationalen Parteienfamilien, denen man in der jüngeren Geschichte flächendeckend einen gewissen Niedergang und zum Teil politische Beliebtheit und Orientierung an politischen Opportunitäten unterstellen muss. Dabei hatten Präsidialsysteme seit jeher die Tendenz, mit schwachen und programmatisch zumindest unscharfen Parteien zu korrespondieren. Auch dort allerdings verzichteten neue Bewegungen nicht auf „Programmarbeit“, vielfach mit dem Anspruch, diese „bottom up“ und zum Teil online und partizipativ zu organisieren. *La République En Marche!* („Die Republik in Bewegung“, LaREM) in Frankreich etwa sammelte vom 6. bis 23. Oktober 2017 mehrere Tausend Beiträge für die weitere Ausgestaltung ihrer am 6. April 2016 von Emmanuel Macron vorgestellten „Wertecharta“ und flankierte ihren Programmprozess mit lokalen Workshops.

Eine praktische Frage ist, welche Bedeutung Parteiprogramme heutzutage für Wahlentscheidungen haben – wenn sie denn jemals für solche relevant gewesen sein sollten. Es soll auch in Deutschland Parteimitglieder geben, die das Grundsatzprogramm ihrer Partei nie vollständig gelesen haben und dies auch nicht wichtig finden, solange sie das Gefühl haben, im Großen und Ganzen angemessen politisch beheimatet zu sein. Oder sie fühlen sich durch bestimmte Personen an Parteien gebunden, die die nötige Orientierung jenseits von Texten vermitteln. Beides, Programme und Personen, können Hand in Hand gehen, wie der Wahlslogan „Auf den Kanzler kommt es an“ bereits 1969 belegte: Ohne glaubwürdiges Spitzenpersonal bleibt das beste Programm ohne Wirkung. Die Erarbeitung von Wahlprogrammen ist in Deutschland eine weiterhin geübte Praxis, andernorts sind Manifeste, Zehn-Punkte-Programme oder Hundert-Tage-Pläne mehr verbreitet.

BUNTES PANORAMA

Bei linken Parteien hatten programmatisch-ideologische Debatten zumindest in der Vergangenheit immer einen höheren Stellenwert als bei ihren bürgerlichen Gegenspielern. Aber die Krise des Marxismus ist spätestens mit den beginnenden 1990er-Jahren überall angekommen; entsprechend gerieten linke Parteien überall unter Druck, wie nicht zuletzt der Niedergang der Sozialisten in Europa zeigt: Auf Identitätsfragen hatten sie keine Antworten und hielten diese auch nicht für berechtigt und relevant. Intellektuelle sehen sich inzwischen eher bei grünen Bewegungen aufgehoben, und der extreme, linke Rand deckt klassisch sozialstaatliche Forderungen besser ab. Auch der Kommunismus ist nicht mehr der, der er einmal war, wie der chinesische Weg von der „Mao-Bibel“ über Deng Xiaoping zu Xi Jinping zeigt.

Ansonsten bietet Europa ein buntes Panorama. Bei den Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei (EVP) hat sich die Österreichische

Volkspartei (ÖVP) 2015 einem Grundsatzprogrammprozess unterzogen, in der ungarischen *Fidesz* hingegen sieht man sich nicht als Programmpartei, sondern beschäftigt sich auf Parteitage mit ausgewählten Sachfragen. Gegenüber Grundsatzprogrammen haben konkrete Wahlprogramme immer eine bessere Konjunktur. Großbritannien fährt, sowohl was die Tories als auch Labour angeht, schon immer diesen Kurs. Ein Land, das keine geschriebene Verfassung kennt und vielfach auf pragmatische Aushandlungsprozesse setzt, erwartet offenbar auch von seinen Parteien keine schriftlich fixierte Selbstbindung.

Es ist dennoch der Prozess der Selbstvergewisserung, der zur Entwicklung und Fortschreibung von Grundsatzprogrammen führt. An den Diskussionen lässt sich meist ablesen, welche gesellschaftlichen Veränderungen stattgefunden haben und wie Grundwerte immer auch an veränderten Rahmenbedingungen überprüft und präzisiert wurden. Oder eben auch nicht: Vielerorts werden nach wie vor Debatten geführt, die man in Deutschland für erledigt hält, mancherorts kommen solche Debatten aber auch in intensivster Form zurück.

„WER WIRD WANN WAS?“

Das Aufkommen evangelikaler Bewegungen, die sich politisieren, eigene Parteien gründen und sich hinter ihren Führern versammeln, ist momentan am sichtbarsten in Lateinamerika eine Herausforderung. Monothematisch sind diese Parteien kompromisslos gegen jede Form von Abtreibung und Familienplanung, das klassische Familienbild gilt als das einzig akzeptable, und Lesben, Schwulen und anderen sexuellen Minderheiten steht man ablehnend gegenüber. Mit großer Radikalität wird bei Bedarf sogar die höchstrichterliche Rechtsprechung ignoriert, wie die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Costa Rica zeigen. Aus dem Nichts tauchte nach Entscheidung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, dass seine Mitgliedstaaten alle Paare gleichstellen und damit auch die „Ehe für alle“ ermöglichen müssen, ein Kandidat auf, der aus dem Stand fast die Mehrheit errungen hätte. Die etablierte christlich-demokratische Partei muss sich nun – und das führt sie an den Rand einer Zerreißprobe – entscheiden, ob man ultrakonservative Ansichten für anschlussfähig und integrierbar hält oder ob eine Öffnung zur linken Mitte säkularer Prägung eher das Mittel der Wahl ist.

An der Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der unmittelbaren Zusammenarbeit mit Parteien lässt sich der Stellenwert von Programmdiskussionen gut verfolgen. Seit jeher wird die Frage gestellt, wie man Wahlen „technisch“ gewinnt und wie man gut kommuniziert; welche Botschaft man vermitteln will, ist nicht selten sekundär. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist speziell der weltweite Niedergang politischer Bildungsinstitute der Parteien dafür ein besonderes Indiz: Schon immer war die Nachfrage

nach den philosophischen Grundlagen der eigenen Partei, nach der Entwicklung von grundlegenden Konzepten der Tagesaktualität nachrangig und speziell der Personalpolitik deutlich unterlegen: „Wer wird wann was?“ – eine solche starke Personalisierung war immer relevant und ist es heute in besonderer Weise. Gleichzeitig sind Programmpositionen allein wenig sinnvoll, wenn sie nicht die Lebenswirklichkeit der Menschen adressieren, sondern den Eindruck vermitteln, als würden nur Prinzipien zu Tode geritten. Oft hat der Niedergang als Erstes Parteien betroffen, die ihre Institutionalisierung, ihre Programme, ihre Mitgliederentwicklung und Organisation vernachlässigt haben. Mittlerweile zeigt sich allerdings, dass auch ein angemessener Umgang damit nicht zwangsläufig vor dem Absturz schützt.

„PERÓN HATTE BEREITS DIE ANTWORT“

Ein Beispiel ist der Niedergang der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika, wo sich, neben Europa und ihren sozialistischen Counterparts, systematische Programmdiskussion und Grundsatzarbeit noch am stärksten manifestierte. Die chilenischen Christdemokraten, über Jahrzehnte das Beispiel für eine Programmpartei, kämpfen heute mit der Zehn-Prozent-Marke. Immerhin versucht man es aktuell mit einem neuen Grundsatzprogrammprozess; ein Zukunftskongress im Oktober soll der Schärfung des eigenen Profils dienen.

Der mexikanische *Partido Acción Nacional* („Nationale Aktionspartei“, PAN) hat demgegenüber zwar nie ein wirkliches Grundsatzprogramm formuliert, sich aber intensiv mit den geistigen Grundlagen des politischen Katholizismus beschäftigt, die christliche Soziallehre einerseits, konservative Grundgedanken andererseits zumindest in Teilen der Partei als Leitmotiv verstanden und grundlegende Texte der Gründerväter immer wieder in die Schulungen einbezogen – mit leidlichem Erfolg in der jüngeren Vergangenheit.

Bewegungsparteien wie die argentinischen Peronisten – ebenfalls Mitglied des lateinamerikanischen Dachverbandes der C-Parteien – hatten das Problem eigentlich nie: Die Gedanken von Juan Domingo Perón reichten, zumindest für die Anhänger, als Grundlage aus und erwiesen sich als anpassungsfähig an moderne Entwicklungen: Auf fast jede „neue“ Frage, so erfährt man, hatte Perón bereits die passende Antwort.

Außerhalb Europas und Lateinamerikas gibt es wenig, was man als strukturierte Programmarbeit bezeichnen könnte. Daran hat letztlich auch der von deutschen politischen Stiftungen geprägte Parteiendialog wenig geändert, inklusive der Versuche, Parteien anderswo nach deutschem Vorbild zu formen, Grundsatzprogramm, Parteisatzung und Sektionen für Jugend und Frauen inklusive. Selbstkritisch könnte man im Rückblick fragen, wo entsprechende Versuche ausschließlich deshalb stattgefunden haben, um international

in jeder Hinsicht anschlussfähig zu sein – und „international“ meinte vor allem Europa. Das scheint vorbei zu sein, macht aber das Setzen auf politische Parteien als Träger einer repräsentativen Demokratie alles andere als obsolet – die Suche nach dem richtigen Ansatz geht indessen weiter. Nicht zuletzt konkurrieren sie – mancherorts eine explosive Situation – mit solchen, die sich ethnisch oder religiös positionieren, und das nicht selten fanatisch und zur Kompromissbildung über das eigene Lager hinaus unfähig: Diese Art „Programmatik“ und eine „The winner takes it all“-Mentalität stehen einem modernen Parteiensystem in jedem Fall entgegen.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Junge Parteien hatten auch in Mittel- und Osteuropa nach 1990 oftmals den Weg gewählt, unter dem bestehenden ideologischen Angebot des Westens das passende auszuwählen. Demzufolge entstanden schnell christlich-demokratische, sozialistische oder liberale Parteien, die westliche Vorbilder adaptierten und sich den entsprechenden Parteienfamilien anschlossen. Als Erbe aus dieser Zeit haben es die „Familien“ heute oft mit mehreren Mitgliedsparteien in einzelnen Ländern zu tun, ideologisch zumindest verwandt, persönlich aber tief zerstritten. Dies hat auch in anderen Teilen der Welt Tradition: Findet man in seiner Partei nicht hinreichend Rückhalt für die eigenen Ambitionen, gründet man eine neue.

Es gibt sie dennoch, die interessanten „Ausreißer“: Ein Beispiel der jüngeren Vergangenheit stammt aus der Mongolei, wo sich die Demokratische Partei (DP) bei ihrem IX. Parteitag am 5. Dezember 2018 ein neues Grundsatzzprogramm gegeben hat, eine Maßnahme, die gerade mit Blick auf die Parteilsgeschichte sinnvoll ist: Die DP entstand 2000 als Zusammenschluss heterogener Gruppierungen und nicht zuletzt als Gegenbewegung zur seinerzeit regierenden kommunistischen Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP). Eine Sammlungsbewegung, die sich zunächst eher aus dem „Dagegen“ definierte, tut sicher gut daran, an der eigenen Identität zu arbeiten, läuft allerdings auch Gefahr, durch Konkretisierungen von Positionen das eigene Wählerspektrum zu verengen. Ein Drahtseilakt. Bemerkenswert ist daher der Prozess, in dessen Verlauf der Programmentwurf auf 21 Regionalkonferenzen diskutiert und schließlich ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde. Das Programm bildet nun eine gute Grundlage für die programmatische Schulung der Mitglieder und die Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen jenseits der Tagespolitik.

Grundsatzprogrammprozesse in anderen Ländern, so sicher ein Fazit, lassen sich nicht übertragen; zu unterschiedlich sind die politischen Kulturen und die jeweiligen Rahmenbedingungen. Lernen kann man aber, wie Parteien heute weltweit die vielfach gleichen Grundsatzzfragen unterschiedlich beantworten und welche Wege sie zum Wahlerfolg finden – oder auch nicht.

Schwindende Gewissheiten?

—
Die Westanbindung und Europaorientierung in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

NILS WÖRMER

Geboren 1978 in Duisburg,
Leiter Team Außen-, Sicherheits-
und Europapolitik, Hauptabteilung
Europäische und Internationale
Zusammenarbeit der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der scheidende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker war nicht der einzige Politiker, der nach dem denkwürdigen Ergebnis des Brexit-Referendums im Juni 2016 der Europäischen Union (EU) eine existenzielle Krise bescheinigte. Viele seiner Politikerkollegen, die sich in den vergangenen drei Jahren zum

schlechten Zustand der EU äußerten, werteten den Wunsch Großbritanniens, aus der Union auszutreten, mit etwas Abstand zum Referendum gleichwohl als Symptom einer grundlegenden Krise. Diese sei vor allem auf populistische Tendenzen und Renationalisierungsbestrebungen in zahlreichen Mitgliedstaaten sowie eine Erosion des Wertgefüges und Solidaritätsverständnisses der Gemeinschaft zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund erschienen die

vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron geforderte „strategische Autonomie Europas“ und die ausgelöste Debatte über eine „Europäische Armee“ oder „Armee der Europäer“ vielen als eine Farce.

Andererseits schien das offene Nachdenken über eine weitere Stärkung der europäischen Verteidigungskooperation angesichts der permanenten und harschen Kritik des US-Präsidenten Donald Trump an der NATO verbunden mit der unverhohlenen Drohung, die USA aus dem Militärbündnis herauszuführen, auf den ersten Blick nur logisch. Bei genauerer Betrachtung hingegen konstatieren selbst die stärksten Kritiker Trumps, dass sein Politikstil die Spannungen im transatlantischen Verhältnis zwar eskaliert hat, an sich aber nicht die Ursache für die außen- und sicherheitspolitischen Divergenzen zwischen Berlin beziehungsweise Brüssel und Washington ist. So wurde die Forderung nach einer gerechteren Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses, die sich in den vergangenen Jahren vor allem in der Debatte über das Zwei-Prozent-Ziel bei den Verteidigungsausgaben widerspiegelte, auch von den US-Präsidenten George W. Bush und Barack Obama erhoben. Die wohl grundlegendste außen- und sicherheitspolitische Neuorientierung der USA seit 1945, die sich durch eine klare Schwerpunktverlagerung – weg von Europa und dem Nahen und Mittleren Osten hin zu Ostasien und dem indopazifischen Raum – auszeichnet, wurde lange vor der Amtsübernahme Trumps eingeleitet.

PRÄMISSEN DEUTSCHER AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Grundfesten deutscher Außenpolitik sind ihre Europaorientierung mit der starken deutsch-französischen Kernkomponente und die in den transatlantischen Beziehungen verbriefte Westanbindung, institutionalisiert zum einen in der EU und zum anderen in der NATO. Das außenpolitische Fundament der Bundesrepublik droht also zu erodieren, wenn eben diesen beiden Organisationen die jeweils schwerste Krise seit ihrem Bestehen attestiert wird.

Eine weitere Grundfeste deutscher Außenpolitik besteht in der Solidarität mit dem Staat Israel und der unbestrittenen Garantie, dessen Existenzrecht zu schützen. Die Garantie für die Sicherheit Israels als Teil deutscher Staatsräson wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor der Knesset im März 2008 bekräftigt. Seitdem wurde immer wieder scherzhaft festgestellt, Israel müsse angesichts des desolaten Zustands der Bundeswehr im Konfliktfall Deutschland beistehen und nicht umgekehrt. Dies suggerierte fälschlicherweise, dass eine vertragliche oder zwangsläufige militärische Beistandsverpflichtung gegeben sei. Losgelöst davon steht die immer wieder bekräftigte Solidarität mit Israel für ein Maß an Verantwortung und Verbundenheit, das Deutschland keinem anderen Staat außerhalb von NATO

und EU zugesteht. Die bilateralen Beziehungen der beiden Länder haben sich in den vergangenen Jahren dennoch – oder vielleicht gerade wegen der wechselseitig hohen Erwartungen – deutlich abgekühlt. Während die deutsche Haltung gegenüber dem Iran und das Festhalten an dem von den USA aufgekündigten Nuklearabkommen in weiten Teilen der israelischen Politik auf Unverständnis stößt, fühlt sich Berlin von der gegen die Zwei-Staaten-Lösung gerichteten Politik Benjamin Netanjahus, insbesondere im Bereich des Siedlungsbaus, vor den Kopf gestoßen.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik basierte im Kern auf gut ausgestatteten, in NATO und EU eingebundenen, konventionellen Streitkräften, die in der Lage waren, einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung Deutschlands und seiner Verbündeten in Mitteleuropa zu leisten. Hierzu verließ sich Deutschland über Jahrzehnte auf eine in die Gesellschaft eingebettete Wehrpflichtarmee, die über eine entsprechende Aufwuchsfähigkeit durch Rückgriff auf ein funktionierendes Reservistenwesen verfügte, sowie eine heimische Rüstungsindustrie, die fähig war, die Streitkräfte adäquat auszurüsten. Mit Blick auf die Bedrohung durch Nuklearwaffen profitierten die europäischen Staaten, abgesehen von dem von den USA aufrechterhaltenen – gelegentlich als „amerikanischer Nuklearschirm“ bezeichneten – nuklearen Patt, vor allem von der Vernichtung und dem ausnahmslosen Verbot von Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern durch den jüngst aufgekündigten Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (*Intermediate Range Nuclear Forces*, INF-Vertrag). Durch die nukleare Teilhabe leistet die Bundesrepublik zwar einen bescheidenen, aber aufgrund der politischen Dimension und Symbolik wichtigen Beitrag zur nuklearen Abschreckung im Rahmen der NATO-Strategie.

SICHERHEITSPOLITISCHE ZEITENWENDE

Die mit dem Ende des Kalten Krieges 1989 angebrochene Epoche, in der sich Deutschland von Freunden umgeben sah und Sicherheitspolitik auf das maximale Einlösen der Friedensdividende ausgerichtet war, fand ihren Höhepunkt 2011 mit der Aussetzung der Wehrpflicht. Bereits wenige Jahre danach erschien diese De-facto-Abschaffung vielen Entscheidungsträgern, auch in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), in der Rückbetrachtung als ein schwerer strategischer Fehler. Denn gleich mehrere – auf den ersten Blick unabhängige – Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit dürften als ursächlich dafür gelten, dass die 2010er-Jahre als sicherheitspolitische Zeitenwende in die europäischen Geschichtsbücher eingehen werden.

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland am 21. März 2014 stellte eine Zäsur für die europäische Nachkriegsordnung dar und

nahm den Europäern die Illusion, dass im Europa des 21. Jahrhunderts Grenzen nicht mehr gewaltsam verändert werden können. Das erneute symmetrische Kräftemessen in Mitteleuropa und die hybride Kriegführung Russlands zwingen die NATO nicht nur zu einer strategischen Kehrtwende; sie führten auch zu einem Spagat zwischen der Hinwendung zu neuen Aufgaben wie Cyberkriegführung und der Rückkehr zur traditionellen Bündnisverteidigung bei gleichzeitiger Fortsetzung von Operationen, wie beispielsweise der *Resolute Support Mission* (RSM) zur Ausbildung und Beratung sowie Unterstützung von Sicherheitskräften in Afghanistan. Für die USA bedeutete dies eine teilweise Abkehr von der bereits 2011 proklamierten *Pivot to Asia*-Doktrin und eine erneute Verstärkung des militärischen und sicherheitspolitischen Engagements in Europa.

Der sich schneller als erwartet vollziehende militärische Aufstieg Chinas und die expansionistische, teilweise auch aggressivere Politik Pekings im gesamten indo-pazifischen Raum ist die zweite grundlegende sicherheitspolitische Lageänderung der vergangenen Jahre. Im Zusammenhang mit der revisionistischen Politik Russlands und dem Schreckensszenario eines strategischen Bündnisses der beiden Großmächte wurde deutlich, dass die USA allein mittelfristig nicht in der Lage sein würden, beide Rivalen gleichzeitig einzuhegen. Der komfortable Vorsprung, über den die US-Streitkräfte gegenüber den russischen und vor allem den chinesischen Streitkräften bei modernen Waffensystemen in qualitativer wie auch quantitativer Hinsicht im Jahr 2000 noch verfügten, hat sich deutlich verringert. Dass der gigantische Ressourceneinsatz der USA in Afghanistan und im Irak hierfür einer der Hauptgründe ist, erscheint vielen Europäern als historische Randnotiz, prägt allerdings maßgeblich das aktuelle strategische Denken in Washington.

Die USA wollen die strategischen Fehler der vergangenen beiden Dekaden nicht wiederholen und sich mit sämtlichen Ressourcen auf einen möglichen militärischen Konflikt mit China konzentrieren. Im Endeffekt erwarten sie von ihren europäischen Verbündeten, dass sie die russische Bedrohung in Europa im konventionellen Bereich zu großen Teilen eigenständig ausbalancieren und auch die Hauptrolle bei der Stabilisierung der benachbarten MENA-Region (*Middle East & North Africa*) mit Blick auf zerfallende Staatlichkeit, Flucht, Migration und Terrorismus übernehmen. Die volatile Situation im Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika bildet neben Russland und China die dritte große außen- und sicherheitspolitische Herausforderung für Deutschland und Europa, zumal sich die Folgen von Krieg und Chaos hier unmittelbar auswirken, während die USA nur peripher betroffen sind.

Aus diesem grundlegend veränderten sicherheitspolitischen Umfeld resultiert eine Lagerbildung unter den NATO- und EU-Mitgliedstaaten mit Blick auf Bedrohungsperzeption und verteidigungspolitische Prioritätensetzung, wie dies für beide Organisationen in dieser Form noch nie der Fall war. Innerhalb der EU konzentrieren sich die nord- und osteuropäischen

Staaten eindeutig auf Russland, während die meisten Staaten in Süd- und Südwesteuropa ihr sicherheitspolitisches Augenmerk mit unterschiedlicher Gewichtung auf die Entwicklungen an der nordafrikanischen Küste, im Nahen Osten und in Subsahara-Afrika richten. Gravierend waren in diesem Zusammenhang die Risse, die in der „Wertegemeinschaft EU“ deutlich wurden, als es im Zuge der Flüchtlings- und Migrationskrise 2015 und 2016 um die Aufnahme, Verteilung und den Umgang mit den Hunderttausenden Flüchtlingen ging, die Europa erreichten. Was die NATO betrifft, so driften die USA mit ihrer klaren Fokussierung auf China aus guten Gründen – aber zum Leidwesen der Bündniskohäsion – zudem noch in eine dritte Richtung.

Aus der revisionistischen Politik Russlands der vergangenen Jahre, dem militärischen Aufstieg Chinas und der politischen Instabilität in der MENA-Region ergibt sich für Deutschland und seine Verbündeten also eine Bedrohungslage, wie sie seit dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht mehr gegeben war. Verschärft wird diese Situation durch die militärische Schwerpunktverlagerung der USA nach Asien, das Auseinanderdriften von NATO und EU sowie die sicherheitspolitische Handlungsunfähigkeit der Europäer – gerade auch im Kontext des bevorstehenden Brexit. Die Antwort auf diese Herausforderungen liegt jedoch nicht – wie selbst von renommierten Experten der internationalen Politik postuliert – in dem Abgesang auf NATO und EU, sondern in dem Erhalt, der Stärkung und der Reform eben dieser beiden Organisationen. Eine Rückkehr zur Bündnis- und Großmachtspolitik darf nicht an die Stelle der Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte treten.

DAS NOTWENDIGE „MEHR“

Für die Sicherheit Deutschlands bleiben die transatlantischen Beziehungen und die NATO unersetzlich. Selbst wenn die Europäer bei der Verteidigungsintegration weitere Fortschritte machen sollten, sind die USA gegenwärtig und voraussichtlich noch auf Jahre die einzige Nation, die in der Lage – und unter bestimmten Voraussetzungen willens – ist, Deutschland und seine europäischen Verbündeten gegen jedwede denkbare Bedrohung effektiv zu schützen. Vor diesem Hintergrund muss Deutschland seine politischen Zusagen bezüglich der Verteidigungsausgaben einhalten und bei der Wiederherstellung der Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung eine führende Rolle unter den europäischen Staaten einnehmen.

Auf dem langen Weg zu einer Armee der Europäer müssen wichtige Weichenstellungen im Bereich der europäischen Rüstungsintegration, der rechtlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Streitkräften und den Aufbau gemeinsamer Strukturen zeitnah erfolgen. Die europäischen Staaten sollten angesichts ihrer unterschiedlichen strategischen Kulturen Kompromisse eingehen und sich einander annähern. Hierbei kann sich Deutschland

nicht länger aus historischen Gründen verstecken und muss seiner sicherheitspolitischen Verantwortung für Europa vollumfänglich gerecht werden. Das notwendige „Mehr“ an Verteidigungsfähigkeit der EU muss auf Entlastung der USA und die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO abzielen.

DEUTSCHLANDS MILITÄRISCHER BEITRAG

Die eingeleiteten Trendwenden bei der personellen und materiellen Ausstattung der Bundeswehr müssen konsequent fortgeführt werden und diese dazu befähigen, wieder als Säule in der konventionellen Verteidigung Europas zu fungieren. Dadurch wird sichergestellt, dass Europa nicht mit militärischen Mitteln zu erpressen ist und seine freiheitlich-demokratischen Errungenschaften effektiv verteidigen kann. Ferner würde Deutschland durch die Wiederherstellung seiner Verteidigungsfähigkeit sowohl die Ost- als auch die Südflanke Europas stärken und einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die auseinanderdriftenden Lager in NATO und EU zusammenzuhalten. Dem Aufbau von Fähigkeiten zur Abwehr von jedweden Formen der hybriden Kriegsführung, insbesondere von Cyber-Angriffen, muss hierbei ein großer Stellenwert eingeräumt werden.

Die Qualität des deutschen militärischen Beitrages ergibt sich vor allem aus der festen Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft, der Gewinnung von geeignetem Personal, dessen hochwertiger Ausbildung und der Bereitstellung moderner Rüstungstechnologie. Deutschland sollte Fähigkeiten und Kapazitäten zur Beteiligung an Friedens- und Stabilisierungsmissionen weiterhin vorhalten. Die Rolle deutscher Soldaten beschränkt sich jedoch nicht auf den „Entwicklungshelfer in Uniform“, sondern besteht in erster Linie darin, zu schützen und – wenn geboten – zu kämpfen.

Bei jedweder Neujustierung des Balanceaktes zwischen europäischer Integration und transatlantischem Bündnis in der Sicherheitspolitik muss bedacht werden, dass die gegenwärtige Situation mit einem Präsidenten Trump in Washington und einem Präsidenten Macron in Paris nur eine Momentaufnahme in den mehr als siebenjährigen transatlantischen Beziehungen und dem über sechzig Jahre andauernden europäischen Integrationsprozess ist. Jedem Beobachter dürfte klar sein, dass die Debatte über eine europäische Armee oder die strategische Autonomie Europas in dieser Form nicht geführt worden wäre, wenn Hillary Clinton die Präsidentschaftswahlen 2016 in den USA gewonnen hätte oder sich die Gegenkandidatin von Emmanuel Macron 2017 in Frankreich durchgesetzt hätte. Auf Jahrzehnte angelegte strategische Entscheidungen, wie zum Beispiel die Frage der Aufrechterhaltung der nuklearen Teilhabe, sollten also nicht vor dem Hintergrund einer politischen Momentaufnahme gefällt werden.

AUS DER STIFTUNG

LEITBILD: DEMOKRATIE

„Man muß in dieser denkwürdigen Zeit, in der wir leben, immer wieder versuchen, sich nicht durch die Ereignisse des Tages oder der Woche beeindrucken zu lassen, man muß bemüht bleiben, tiefer zu sehen und den Entwicklungsstrom zu erkennen.“ Was Konrad Adenauer bereits 1954 beschrieb, ist unverändert aktuell: Die Rahmenbedingungen unseres Handelns verändern sich; das beeinflusst auch die Arbeit unserer Stiftung. Deshalb gilt es, die entscheidenden Trends politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen im Auge zu behalten, möglichst auch einen Schritt voraus zu sein. Dazu müssen wir unsere Arbeit immer wieder hinterfragen und neu justieren.

Wir haben daher darüber nachgedacht, was die Konrad-Adenauer-Stiftung über die aktuellen Projekte hinaus ausmacht. Es ging nicht darum, die Stiftung, ihren Auftrag und ihre Werte neu zu erfinden, sondern darum, ihr Selbstverständnis zu reflektieren. Erstmals haben wir ein Leitbild formuliert, das Auskunft darüber gibt, wofür wir stehen, was wir wollen und wie wir arbeiten.

Bemerkenswert daran ist auch, dass dieses Leitbild das Ergebnis einer Diskussion unter allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abbildet, die sich in Workshops und einer onlinegestützten Plattform um eine genaue und sorgfältige Formulierung dieses Selbstverständnisses bemüht haben. Insgesamt beteiligten sich fast sechzig Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – eine Quote, die weit über dem Durchschnitt vergleichbarer Beteiligungen bei Unternehmen und Institutionen liegt. Eine zweite Beteiligungsphase Anfang 2019 diente der Konkretisierung, um aus Hunderten Wortmeldungen Kernaussagen und zentrale Botschaften zu destillieren. Im nächsten Schritt formulierte ein Redaktionsteam auf dieser Grundlage einen Text, den der Vorstand am 7. Juni 2019 mit einigen Ergänzungen verabschiedet und die Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung als gemeinsames Selbstverständnis angenommen hat.

Unter dem Titel „Gemeinsam.Demokratie.Gestalten.“ liegt nun ein anspruchsvoll formuliertes Leitbild vor. Es soll jedoch nicht nur Papier bleiben, sondern wird die Grundlage der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung bilden. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten und wünsche uns gemeinsam viel Erfolg bei der Umsetzung.

Norbert Lammert
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

GEMEINSAM.DEMOKRATIE.GESTALTEN. LEITBILD DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Wofür stehen wir?

Wir stellen uns in den Dienst des Gemeinwohls in Deutschland. Mit unserer Arbeit leisten wir einen Beitrag, um Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa und in der Welt zu sichern und zu mehren.

Wir stehen für Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir fühlen uns der freiheitlichen, repräsentativen Demokratie, dem Rechtsstaat, der Sozialen Marktwirtschaft und der europäischen Einigung fest verpflichtet. Uns leitet das christliche Menschenbild. Dem politischen Vermächtnis Konrad Adenauers fühlen wir uns in besonderer Weise verbunden.

Was wollen wir?

Wir geben Impulse zur Fortentwicklung und Stärkung der christlich-demokratischen Bewegung. Dabei fühlen wir uns der Christlich Demokratischen Union Deutschlands verbunden, arbeiten jedoch eigenständig und unabhängig.

Wir setzen uns für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, in Europa und in der Welt ein. Wir bauen Brücken zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik, sind Bindeglied zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen In- und Ausland.

Wir arbeiten an der europäischen Einigung und wissen um die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Wir sind überzeugt, dass eine starke, handlungsfähige und integrierte Europäische Union im vitalen Interesse Deutschlands ist.

Wir verpflichten uns zur Bewahrung und Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der engen Freundschaft zum Staat Israel.

Wir widersetzen uns entschieden allen Formen des Extremismus, des Antisemitismus und des Rassismus. Einzelnen Menschen oder Gruppen die Würde und das Recht auf Teilhabe abzusprechen, widerspricht unserem Menschenbild.

Wir stärken mit unserer engagierten Arbeit die demokratischen und rechtsstaatlichen Kräfte und Institutionen in Deutschland, in Europa und in der Welt. Wir sind überzeugt, dass lebendige politische Parteien eine Voraussetzung für jede funktionsfähige parlamentarische Demokratie sind.

Wir werben für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in der nationalen, europäischen und internationalen Debatte und die Zukunft dieser

Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir setzen mit Blick auf vielschichtige globale Wandlungsprozesse auf ethische Verantwortung, Nachhaltigkeit und die Bewahrung der Schöpfung.

Wir fördern die Übernahme von Verantwortung, für sich selbst, für andere und für das Gemeinwesen. Wir motivieren, qualifizieren und aktivieren die jungen Generationen für die Demokratie.

Wir wollen Seismograph für neue Entwicklungen und Themen in der Politik sein. Auf der Grundlage gemeinsamer Werte erstellen wir Analysen, Einschätzungen und Beurteilungen, führen Fachdiskussionen, geben im Dialog mit Politik, Bürgerinnen und Bürgern Denkanstöße, bieten grundlegende Orientierung und formulieren konkrete Lösungsansätze.

Wir stehen für eine lebendige Erinnerungskultur, wenden uns gegen Geschichtsverzerrung und Vergessen. Wir sind das institutionalisierte Gedächtnis der Christlichen Demokratie in Deutschland.

Wie arbeiten wir?

Wir haben bei unserer Arbeit die Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Dialogpartner im In- und Ausland im Blick. Wir setzen auf langfristige und nachhaltige Kooperationen mit Partnern und Multiplikatoren aus Bürgergesellschaft, Politik und Wissenschaft, die unsere Wertebasis teilen.

Wir verfügen durch unser nationales, europäisches und globales Netzwerk sowie unsere Präsenz in mehr als 100 Ländern über eine breite Expertise. Wir haben Zugang zu Entscheidungsträgern aus verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Die enge Zusammenarbeit mit Institutionen, Regierungen, Experten und jungen Talenten ermöglicht es uns, auf aktuelle Entwicklungen einzugehen und Veränderungsprozesse zu begleiten. Wir identifizieren Zukunftsthemen, stellen Erfahrungen und Lösungsansätze zur Debatte.

Wir pflegen einen wertschätzenden Umgang miteinander, stehen für eine faire und offene Diskussionskultur. Wir arbeiten gemeinschaftlich, vertrauensvoll und innovativ zusammen. Wir wollen kontinuierlich besser werden und hinterfragen unsere Arbeit. Um unsere Ressourcen bestmöglich zu nutzen, bauen wir auf die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit und den Austausch zwischen der Zentrale, den Bildungsforen in den Ländern sowie unseren Auslandsbüros. Wir sind offen für neue, digitale und unkonventionelle Formate und Zugänge – gerade auch zur jüngeren Generation.

„Bebaue und hüte“

Die Bewahrung der Schöpfung gehört zum Markenkern der Union

FRITZ BRICKWEDDE

Geboren 1948 in Osnabrück, 1991 bis 2013 Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), 2013 bis 2018 Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energie, Kreisvorsitzender der CDU Osnabrück-Stadt, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat Osnabrück, Vorsitzender des Stiftungsrats der Heinz Sielmann Stiftung.

Nach der verheerenden Niederlage der Union bei der Bundestagswahl 1972 wurde im Juni 1973 Helmut Kohl zu ihrem neuen Vorsitzenden und Kurt Biedenkopf zum neuen Generalsekretär gewählt. Ein

halbes Jahr später, im November 1973, gab es einen fulminanten Bundesparteitag des Aufbruchs in Hamburg mit den gesellschaftspolitisch aktuellen und relevanten Themen Mitbestimmung, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, berufliche Bildung und modernes Bodenrecht.

Als Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union und niedersächsischer Delegierter folgte ich diesem Parteitag. Meine Euphorie über den konzeptionellen Aufbruch der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) erfuhr einen erheblichen Dämpfer, als ein älterer Delegierter mir sagte, dass die wahren Zukunftsthemen in Hamburg nicht diskutiert

würden: die Ökologie, die Endlichkeit der Bodenschätze, der zu hohe Energieverbrauch, das exponentielle Wachstum der Wirtschaft, das mit der Natur nicht übereinstimme und in ein globales Desaster führen werde.

Der Mann hieß Herbert Gruhl, seit 1969 Bundestagsabgeordneter und Sprecher für Umweltfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er war der erste Abgeordnete, der 1971 im Deutschen Bundestag auf das Waldsterben aufmerksam machte; 1972 wurde er Vorsitzender der CDU-Arbeitsgruppe für Umweltvorsorge. Bereits 1970 forderte Gruhl in seiner ersten Rede vor dem Deutschen Bundestag eine „ökologische Kalkulation vor Beginn jeder Produktion“.

1975 gelang ihm mit dem Buch *Ein Planet wird geplündert – die Schreckensbilanz unserer Politik* ein Bestseller. 1976 wurde er wieder in den Bundestag gewählt, jedoch nicht mehr als umweltpolitischer Sprecher berufen. 1978 trat er aus der CDU mit der Bemerkung aus, die CDU verkenne „völlig (die) neue(n) Problemstellungen der heutigen Welt“. Dass wir Herbert Gruhl und andere Mahner damals verloren haben, war ein strategischer Fehler. Bewahrung der Schöpfung, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz der Heimat und Identität: samt und sonders christliche und konservative Anliegen!

Schon 1970 gründete Bayern das erste Umweltministerium in Europa mit der sehr intelligenten Kombination von Umwelt- und Naturschutz sowie Landes- und Regionalplanung. Bayern initiierte auch den ersten Nationalpark Deutschlands, den Nationalpark Bayerischer Wald. Und auch das erste Landesnaturschutzgesetz wurde im Freistaat verabschiedet.

Auch im Grundsatzprogramm der CDU von 1978 wurden die Unterlassung klimaverändernder Maßnahmen sowie die Erschließung regenerativer Energiequellen gefordert. Allerdings stand das Thema Umwelt- und Klimaschutz noch am Rande der Programmatik der Union.

UMWELTPOLITISCHES PROGRAMM 1979

Im Dezember 1979 beschloss der CDU-Bundesausschuss ein umweltpolitisches Programm. Im Vorwort dieser Stellungnahme betonte Helmut Kohl: „Die Bewahrung einer gesunden Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts ist eine konservative Aufgabe im besten Sinne des Wortes.“ Und er forderte, der Marktwirtschaft einen ökologischen Rahmen zu geben.

Das umweltpolitische Programm der CDU von 1979 ist auch heute in weiten Teilen noch aktuell und überzeugt mit seinen Grundsätzen. „Die Ehrfurcht vor der Schöpfung Gottes verpflichtet uns, der heutigen und den nachfolgenden Generationen die Schönheit, den Reichtum und die lebenswichtigen Funktionen der Natur zu erhalten und damit eine lebenswerte Zukunft zu sichern.“ Mit dieser klaren Prämisse begann das Programm und stellte fest, dass die natürlichen Grundlagen des Lebens – Luft, Wasser und Boden, Wälder, Weideland und Äcker, Tier- und Pflanzenwelt sowie Energien und Rohstoffe – bedroht seien. Die Grenzen ihrer Belastbarkeit und ihrer Nutzungsmöglichkeiten seien teilweise erreicht oder absehbar. Die Umweltpolitik müsse in den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft integriert werden. Als wichtigstes

Element des ökologischen Ordnungsrahmens wurde das Verursacherprinzip benannt, sodass grundsätzlich derjenige die Kosten für die Vermeidung von Umweltbelastungen und die Beseitigung von Umweltschäden zu tragen habe, der sie verursacht.

Konkrete Forderungen wurden mit Blick auf diese Themen gestellt: Stadtentwicklung und Raumplanung, Umweltforschung, internationale Zusammenarbeit im Umweltschutz, Energie und Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung, Lärmbekämpfung, Klima, Abfallwirtschaft und Recycling, Fremdstoffe in Lebensmitteln, Umweltchemikalien, Strahlenschutz, Naturschutz und Landschaftspflege sowie die Reinhaltung der Ozeane.

Schon vor vierzig Jahren hieß es: „Insbesondere die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle und Heizöl in Feuerungsanlagen der gewerblichen Wirtschaft und Industrie, in Haushalten oder in Motoren führt besonders bei Anlagen älterer Bauart durch Emissionen schädlicher Stoffe zu einer erheblichen Belastung der Umwelt.“

Durch die steigende Freisetzung von Kohlendioxid und andere Luftverunreinigungen wurde eine globale Klimaveränderung für möglich gehalten. Bereits 1979 befürchtete die CDU Verschiebungen der Klimazonen, Wüstenbildungen, Schmelzungen arktischen Eises und Verschiebungen der Vegetation. Gefordert wurden international angelegte Forschungsvorhaben zur Klimabeobachtung und Klimamodelleentwicklung. Schon damals wurde auf die Möglichkeit gesundheitlicher Beeinträchtigungen der Menschen in den Großstädten, auf die Bedeutung von Schneisen für Frischluftzufuhr, des hori-

zontalen Luftaustauschs und der Erleichterung der Luftzirkulation sowie auf die Notwendigkeit der Neuschaffung von Parks, Gärten und Straßenbäumen hingewiesen.

Dieses Programm verbindet sich mit dem Namen eines Mannes, der für die Umweltpolitik der Union entscheidend werden sollte: Klaus Töpfer, wissenschaftlich ausgewiesen als Professor und Direktor des Instituts für Raumforschung und Landesplanung an der Universität Hannover und Mitglied im Rat der Sachverständigen für Umweltfragen.

ANTWORT AUF TSCHERNOBYL

Töpfer wurde 1978 Staatssekretär für Umwelt, 1985 Minister für Umwelt und Gesundheit in Rheinland-Pfalz und 1987 Bundesumweltminister. Nie wieder hat es einen Umweltminister gegeben, der so viel fachliche Expertise in das Amt einbringen konnte. Er verfügte über Kompetenz und hatte erkannt, dass der Umweltschutz ein starkes Zukunftsthema der CDU werden müsse.

Das Bundesumweltministerium wurde als Antwort auf den schweren Reaktorunfall in Tschernobyl und auch auf das große Fischsterben im Rhein 1986, verursacht durch die Firma Sandoz, neu geschaffen. Mit Klaus Töpfer wurde der Bestmögliche ins Amt berufen. Sein Vorgänger, der erste Umweltminister Walter Wallmann, amtierte nur ein Dreivierteljahr, weil er 1987 zum Ministerpräsidenten von Hessen gewählt wurde.

Im Leitantrag für den CDU-Bundesparteitag im Juni 1988 in Wiesbaden hatte die Programmkommission Umwelt und

Energie unter Leitung von Klaus Töpfer formuliert: „Wir müssen eine Zukunft ohne Kernenergie, aber auch mit immer weniger fossilen Energieträgern erfinden.“ Doch der gesamte Umweltteil wurde aus dem Leitantrag gestrichen. Ein Jahr später sah die Situation anders aus: Auf dem Bundesparteitag in Bremen stellte Töpfer einen umfassenden Antrag „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“, und dieses Mal gab es große Mehrheiten für die „Kernenergie als Übergangstechnologie“ und andere Umweltforderungen. Töpfer wurde mit dem besten Stimmergebnis in den Bundesvorstand der CDU gewählt. Auf sein Drängen wurde das Bundesamt für Strahlenschutz errichtet, das Umweltschutzgesetz verabschiedet, das Duale System „Grüner Punkt“ geschaffen, das FCKW-Verbot zum Schutz der Ozonschicht erlassen, die weltweit niedrigsten Dioxingrenzwerte festgelegt.

STAATSZIEL UMWELTSCHUTZ

1992 spielte Klaus Töpfer bei der ersten internationalen Konferenz über Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro eine zentrale Rolle als Vorsitzender ihrer Kommission für Nachhaltige Entwicklung (*Commission on Sustainable Development*) und als „Retter von Rio“.

Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass sich auch Bundeskanzler Helmut Kohl im internationalen Klimaschutz engagierte. Das gilt insbesondere für das hochaktuelle Thema der Rettung des Amazonas-Regenwaldes in Brasilien.

1993 entstand ein neues Thesepapier der CDU zur Erweiterung der So-

zialen Marktwirtschaft um die ökologische Dimension. 1994 wurde das Grundgesetz um den Artikel 20a erweitert, der den Umweltschutz als Staatsziel verankert. Nach der Wiedervereinigung setzte sich der Bundesumweltminister an die Spitze des „Ökologischen Aufbaus Ost“. Dazu gehörte neben der Beseitigung der massiven Umweltschäden in der ehemaligen DDR auch die Stilllegung aller Atomkraftwerke in den neuen Bundesländern.

Dass Klaus Töpfer nicht nur in Deutschland, sondern international wahrgenommen und die deutsche Umweltpolitik seinerzeit als führend angesehen wurde, erwies sich 1998 mit seiner Wahl zum Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen in Nairobi, ein Amt, das er bis 2006 innehatte. Von 1998 bis 2006 war er außerdem Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen und Generaldirektor ihres Büros in Nairobi.

1990 wurde auf Initiative von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) die größte Umweltstiftung der Welt gegründet: Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt wurde mit 2,5 Milliarden D-Mark ausgestattet und förderte inzwischen über 9.700 Umweltprojekte mit rund 1,8 Milliarden Euro. Im gleichen Jahr gelang für Umwelt und Klima ein besonderer Coup: Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion heraus wurde ein Gesetzentwurf initiiert, der den Siegeszug der Erneuerbaren Energien in Deutschland einläuten sollte. Den Initiatoren aus der Unionsfraktion gelang die Durchsetzung des Stromeinspeisungsgesetzes: ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Parlaments und der CDU/CSU, das leider heute nur noch wenigen bekannt ist.

Von 1990 bis zum Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

unter der rot-grünen Bundesregierung verdoppelte sich durch das Stromeinspeisungsgesetz der Anteil der Erneuerbaren Energien.

Von 1994 bis 1998 amtierte die heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel als Bundesumweltministerin. Vor allem ihre Rolle 1995 als Präsidentin der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Berlin ist in Erinnerung geblieben.

TREIBHAUSGASE UND ENERGIEWENDE

Durch ihr Engagement beim Verhandlungsmarathon trug Angela Merkel wesentlich zur Verabschiedung des „Berliner Mandats“ zur Reduzierung von Treibhausgasen bei. Ihr späterer Ruf als „Klimakanzlerin“ wurde damals grundgelegt. Als Kanzlerin hat sie sich ein bleibendes Verdienst um eine wichtige CO₂-Senke in Deutschland erworben: die Schaffung des „Nationalen Naturerbes“. 160.000 Hektar Bundeseigentum wurden nicht veräußert, sondern an Länder, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und andere Naturschutzeinrichtungen zum dauerhaften Schutz übereignet.

Norbert Röttgen, 2009 bis 2012 Chef des Bundesumweltministeriums, stand als einer der wenigen in der Union der Kernenergie skeptisch gegenüber und setzte sich mit Blick auf die Pläne der Bundesregierung, die Laufzeit der Kernkraftwerke zu verlängern, für kürzere Fristen ein. 2010 kam es zur Verlängerung um acht Jahre für die älteren und vierzehn Jahre für die neueren Kernkraftwerke. Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 begannen die Kehrtwende und

der Ausstieg aus der nuklearen Stromerzeugung. Mit der sofortigen Abschaltung von acht alten Kernkraftwerken wurde die Energiewende angestoßen.

Norbert Röttgen war ein überaus engagierter Umweltminister, der 2012 entlassen wurde. Ich bin sicher, dass auch die Kritik der Wirtschaft, die in Röttgen einen zu starken Verfechter der Energiewende sah, zu dieser Entscheidung beigetragen hat. Seinem Nachfolger, Peter Altmaier, fiel als zentrale Aufgabe die Umsetzung der Energiewende in schwierigen Zeiten zu. Seit 2013 hat die Union das Amt des Bundesumweltministers an die SPD abgegeben.

Mit der Abgabe dieses wichtigen Ministeriums kam es auch zu einer Verringerung der personellen Stärke und Breite der Union in Umweltfragen. In den 1980er- und 1990er-Jahren standen hinter den Umweltministern der CDU kompetente Persönlichkeiten. Auch bei den Umweltverbänden war die Union führend vertreten.

Heute hat die Union kein bundesweit bekanntes Gesicht, das für Umwelt-, Klima- und Naturschutz steht. Die Umweltministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Ursula Heinen-Esser, und ihr Staatssekretär, Heinrich Bottermann, könnten diese Lücke füllen, wenn die Bundespartei eine entsprechende Entscheidung treffen und Förderung vornehmen würde. Eine besondere Kompetenz in Energiefragen hat der Konstanzer Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg der CDU, Andreas Jung.

Bei der programmatischen, aber auch der umweltpolitischen Arbeit in Fraktionen und Regierung empfehle ich der Union, aus den Erkenntnissen der bedeutendsten

Wissenschaftler dieser Welt Konsequenzen abzuleiten. Als besonders wichtige Veröffentlichung sehe ich das Konzept der planetaren Grenzen an, das Johan Rockström, Resilienzforscher an der Universität Stockholm, 2009 gemeinsam mit 27 weiteren Wissenschaftlern aus aller Welt vorgelegt hat. Die Autoren haben in dem Konzept der planetaren Grenzen neun Bereiche des Systems Erde definiert, bei denen das Überschreiten von Schwellenwerten besonders starke Veränderungen nach sich ziehen würde: Klimawandel, Ozeanversauerung, Ozonabbau in der Stratosphäre, biogeochemische Stoffflüsse, globaler Süßwasserverbrauch, Wandel der Landnutzung, Biodiversitätsverlust, Aerosolgehalt in der Atmosphäre sowie die Belastung mit Chemikalien. Für all diese Bereiche wurden Indikatoren bestimmt, zum Beispiel der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre für den Klimawandel oder die Rate des Artenaussterbens beim Biodiversitätsverlust.

IM „ANTHROPOZÄN“

Die international renommierten Experten haben in drei Bereichen bereits Überschreitungen durch die Menschheit festgestellt: den Klimawandel, den Rückgang an biologischer Vielfalt sowie erhebliche Stickstoffeinträge. Hierdurch würden wesentliche Erdsystem-Funktionen beeinträchtigt.

Viele Wissenschaftler sprechen von Kipp-Punkten, einer kritischen, qualitativen Grenze, an der es zu irreversiblen Schäden des Systems kommen kann. Hierzu hat auch das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) wichtige Aussagen gemacht. Es zählt das Schmelzen des ark-

tischen Eises, den Verlust des Grönland-eises, die Methanausgasung aus den Ozeanen, das Auftauen von Permafrostböden, die Destabilisierung des indischen Monsuns und die Umwandlung des Amazonas-Regenwaldes zu den wichtigsten Kipp-elementen im System Erde.

Ich möchte neben Johan Rockström und dem Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber auf einen weiteren Umweltpreisträger der Deutschen Bundesstiftung Umwelt aufmerksam machen: den niederländischen Meteorologen und Chemie-Nobelpreisträger Paul J. Crutzen, der lange Zeit am Max-Planck-Institut in Mainz eine führende Rolle spielte. Crutzen hat 2002 den Begriff „Anthropozän“ geprägt. Er meint damit eine neue erdgeschichtliche Epoche, nämlich das Zeitalter des Menschen. Bisher sprach die Wissenschaft vom Holozän, wenn von der gegenwärtigen Epoche der letzten 12.000 Jahre die Rede war.

Crutzen hat mit „Anthropozän“ ein neues Zeitalter benannt: Er weist darauf hin, dass die Weltbevölkerung sich innerhalb von 300 Jahren auf über sechs Milliarden Menschen verzehnfacht hat und noch im Laufe dieses Jahrhunderts vermutlich auf zehn Milliarden anwachsen wird. Er hat auf die Vernichtung tropischer Regenwälder durch den Menschen sowie die Verbrennung von fossilen Energieträgern mit der Folge zu hoher Treibhausgasemissionen hingewiesen. Der Kohlendioxidanteil ist um dreißig Prozent, der Methangehalt um mehr als 100 Prozent gestiegen. Nach Crutzens Berechnungen wurden damit alle Werte der letzten 400.000 Jahre übertroffen.

Wenn man die Forschungen zum ökologischen Fußabdruck der Menschen seit den 1970er-Jahren zur Kenntnis

nimmt, wird deutlich, dass erstmals in der Geschichte der Menschheit die Biokapazität der Erde überschritten wird und wir bereits eineinhalb Planeten in Anspruch nehmen.

KEIN ABSOLUTES PRIMAT

Wir müssen alles dafür tun, die globale Erwärmung aufzuhalten. Das Klima ist jedoch ein träges System. Alles, was wir heute tun, wird sich erst für kommende Generationen auswirken. Die bis jetzt verursachte Temperaturerhöhung werden wir nicht in den nächsten Jahrhunderten rückgängig machen können. Und auch die Auswirkungen des Temperaturanstiegs im Hinblick auf den Meeresspiegel und das Abschmelzen des grönländischen Eispanzers wird erst sehr langfristig zu korrigieren sein. Auch der Verlust von Arten ist in Teilen irreversibel. In dieser Frage wird die Bewahrung der Regenwälder eine zentrale Rolle spielen.

Auch in früheren Jahrtausenden hat es Reduktionen der biologischen Vielfalt durch Massenaussterben von Arten gegeben. Diese wurden zum Beispiel durch Meteoriteneinschläge ausgelöst. Viele Wissenschaftler befürchten, dass die Aussterberate heute bereits höher ist als bei allen früheren, erdgeschichtlichen Ereignissen, die natürliche Ursachen hatten.

In der Schöpfungsgeschichte der Bibel heißt es: „Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.“ Das ist die wichtigste Basis für eine abgewogene Umwelt-, Klima- und Naturschutzpolitik der Union. Es geht um das Bebauen und Bewahren. Dazu ist eine kluge und ausgewogene Politik notwendig, die abwägt und zukunftssträftig entscheidet.

So sympathisch das politische Engagement der jungen Menschen von *Fridays for Future* ist: Es ist nicht sinnvoll, ausschließlich auf Klimaschutz zu setzen und zum Beispiel das wichtige Thema der Bewahrung der Biodiversität aus den Augen zu verlieren. Mit dem absoluten Primat des Klimaschutzes könnten wir etwa den Ausstieg aus der Kernenergie widerrufen. Wir könnten massiv auf die Bioenergie setzen und damit zu stärkerer Monostrukturierung unserer Landschaften durch Maisanbau. Auch beim Ausbau der Windenergie sind Vogel- und Naturschutz sowie Landschaftsästhetik und bei der Wasserkraft der Schutz der Fische einzu beziehen.

Die Union muss sich an die Spitze der Bewegung setzen, damit die planetaren Grenzen nicht weiter überschritten werden. Sie sollte das Thema der Bewahrung der Schöpfung wieder in ihren Markenkern zurückholen, wo es lange war und auch hingehört.

Transglobal und national

—
Soziale Ordnungspolitik in der digitalen Transformation

EVA M. WELSKOP-DEFFAA

Geboren 1959 in Duisburg,
Vorstand Sozial- und Fachpolitik
des Deutschen Caritasverbandes,
Freiburg/Berlin.

Das erste Grundsatzprogramm der CDU verpflichtete die Union auf „Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit“ und auf eine „Soziale Ordnungspolitik“, die diese „Grundwerte in der Sozialpolitik verwirklicht“. Soziale Ordnung-

politik, so hieß es, „verbindet Humanität und Wirtschaftlichkeit, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Sie zielt auf personelle Hilfe, aktive Solidarität und ermöglicht den Menschen, Freiheit zu haben und zu verantworten. Soziale Ordnungspolitik folgt dem Gebot der Subsidiarität.“¹ Vierzig Jahre später geht die CDU daran, ein neues Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Die Frage nach Bedeutung und Verständnis Sozialer Ordnungspolitik steht dabei erneut auf der Agenda, das Verhältnis des Sozialen zur Wirtschaft ebenso wie das Verständnis wesentlicher Ordnungsprinzipien. Unter den Vorzeichen der digitalen Transformation sind diese Grundfragen neu zu stellen;² als selbstverständlich Vorausgesetztes muss vergewissert und ergänzt werden.

Als grundlegende Elemente Sozialer Ordnungspolitik wurden 1978 „sozialer Ausgleich und Bedarfsgerechtigkeit; Hilfe zur Selbsthilfe und private Initiative; Leistungsgerechtigkeit und Versicherungspflicht; Dezentralisierung und Selbstverwaltung; Pluralismus und Minderheitenschutz; Tarifautonomie und soziale Partnerschaft; vorbeugende und produktive Sozialpolitik; Wahlfreiheit und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse; Generationenvertrag und Gleichberechtigung von Mann und Frau“ mit (abschließender) Gewissheit aufgelistet. Datensouveränität und Netzneutralität spielten noch keine Rolle. Angesichts erkennbar wachsender europäischer Verflechtungen und internationaler Abhängigkeiten unternahm das Programm am Ende nur einen (eher vorsichtigen) Ausblick über den Rand der nationalen Politik hinaus.

HERAUSFORDERUNG TRANSGLOBALISIERUNG

Aus heutiger Sicht lässt Soziale Ordnungspolitik eine solche Zurückhaltung in Bezug auf internationale Fragen nicht mehr zu – und das nicht erst im Angesicht der Digitalisierung. Der diesjährige 100. Geburtstag der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, ILO) ruft in Erinnerung, dass und wie sehr ein sozialer Ordnungsrahmen auf transnationale Zusammenarbeit angewiesen ist. Als Bestandteil des Friedensvertrages von Versailles wurde die ILO 1919 gegründet, da „der Weltfrieden auf Dauer nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann“. Mit der „Erklärung von Philadelphia“ bekräftigten die ILO-Mitgliedstaaten gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Friedens- und Ordnungsmission – auf Basis grundlegender Menschen- und Wirtschaftsrechte und der Überzeugung, dass „Armut, wo immer sie besteht, den Wohlstand aller gefährdet“. Fünfundfünfzig Jahre später nahm die Internationale Arbeitskonferenz die „Erklärung der ILO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ an, deren Garantie schon deswegen geboten sei, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, unter Wahrung von Freiheit und Chancengleichheit „einen gerechten Anteil an dem Wohlstand zu fordern, zu dessen Schaffung sie beigetragen haben“.³ Aus den Dokumenten der Europäischen Einigung ließe sich seit den 1950er-Jahren in ähnlicher Weise ein wachsendes Verständnis transnationaler Ordnungsaufgaben herauslesen. Und seit den 1970er-Jahren wurden Fragen der Umweltpolitik zunehmend als internationale Ordnungsfragen angesprochen.

Ebenso wie der Umwelt- und Klimaschutz ist die Regulierung der digitalen Ökonomie eine Aufgabe, die nationale Gestaltungsmöglichkeiten erheblich überschreitet – Soziale Ordnungspolitik in der digitalen Transformation ist zwingend auch internationale Ordnungspolitik. Indem Tim Berners-Lee 1989 mit seinem Konzept des World Wide Web, eines internetbasierten Systems aus Hypertextdokumenten und damit möglichen Verlinkungen, die

Digitalisierung massiv beschleunigte, wurde eine neue Phase digitalisierungsbasierter Globalisierung eingeleitet. Herausgekommen ist ein „in-formelles Gebilde, das uferlos expandieren kann“. Staaten können zwar rechtlich geregelte Zonen darin einrichten, Server und Zugänge von kriminellen Organisationen, Pornografie- und Gewaltsendern oder von unerwünschten Oppositionellen sperren, aber sie können „nicht das Internet als Ganzes regulieren – und schon gar nicht auf es verzichten“.⁴

Datenströme über Ländergrenzen hinweg waren 2014 rund 45-mal so groß wie 2005, und das *McKinsey Global Institute* prognostizierte 2016 eine neunfache Vervielfachung der globalen Datenströme in den nächsten fünf Jahren. Grundlage für diese Entwicklung sind im Wesentlichen digitale Plattformen, die Menschen, Informationen und Märkte miteinander vernetzen. Schärfer formuliert: Die Erde ist inzwischen umhüllt von einer sie erweiternden Sphäre digitaler Datenströme. Wir haben mit dem World Wide Web die räumliche Reichweite der Globalisierung über den Globus hinaus vergrößert und die Bewegungsrichtung von Entgrenzung und Beschleunigung in eine neue Dimension getrieben. Da *Globalisierung* an den Grenzen des Globus ihr natürliches Ende findet, scheint es treffender, nun von *Transglobalisierung* zu sprechen, um bereits begrifflich zu verdeutlichen, wie sehr sich das, wofür wir heute Regeln und einen sozialen Ordnungsrahmen suchen, von dem unterscheidet, was wir gestern und vorgestern zu regeln versuchten. Die Frage nach Regeln für das digitale Netz, nach Steuerungs- und Koordinierungsmöglichkeiten der digitalisierungsgetriebenen *Transglobalisierung* ist die große Herausforderung „Sozialer Ordnungspolitik 4.0“.

GOVERNANCE IM CYBERSPACE

Mit dem World Wide Web ist, so diagnostizieren keineswegs nur notorische Schwarzmalerei, „eine neue Form von Nichtregierbarkeit in die Welt eingetreten“.⁵ Tragfähige Ideen, wie sich eine soziale Ordnung im Internet wirksam durchsetzen lassen könnte, sind kaum vorhanden, und die Legitimität möglicher Ordnungsvorschläge wird schon deswegen angezweifelt, weil es keinen Ordnungshüter gibt, dem man ihre (Durch-)Setzung zugestehen und zutrauen würde. Auf die Onlineplattformen, die für die „Weltgemeinde der Computernutzer, also tendenziell für die ganze Menschheit“, attraktive Dienstleistungen zu erbringen vermögen, kann man von überallher zugreifen, „aber man bekommt immer nur ihre Dienstleistungen zu fassen, nie sie selbst“.⁶

Die skizzierte Aversion des Internets gegen staatliche Ordnung ist durchaus intendiert: Eine Generation unkonventioneller Informatiker, inspiriert von der Protestbewegung der 1960er-Jahre, sah mit dem Internet ein neues Reich der Freiheit entstehen; bereits aus dem Jahr 1996 stammt die „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“ von John Perry Barlow: „Regierungen

der industriellen Welt, Ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Im Namen der Zukunft bitte ich Euch, Vertreter einer vergangenen Zeit: Laßt uns in Ruhe! Ihr seid bei uns nicht willkommen. Wo wir uns versammeln, besitzt Ihr keine Macht mehr.“⁷ Die Bedeutung des vor mehr als zwanzig Jahren in Davos vorgelegten Textes erschließt sich erst jetzt mit voller Wucht: „Eure Rechtsvorstellungen von Eigentum, Redefreiheit, Persönlichkeit, Freizügigkeit und Kontext treffen auf uns nicht zu. Sie alle basieren auf der Gegenständlichkeit der materiellen Welt.“ Die Wirklichkeit, die der Vision Barlows folgte, ist geprägt durch Plattformen und Cyberriesen aus dem Silicon Valley. „Sie sind in der Lage, tief ins Internet einzugreifen, aber sie haben es nicht im Griff. Niemand hat das. Es ist unregierbar.“⁸

Die aus dieser Entwicklung zu ziehenden Schlüsse für eine Soziale Ordnungspolitik in der digitalen Transformation sind alles andere als banal:⁹ Denn den Machtverhältnissen, die im Internet entstanden sind, kommt man mit herkömmlichen Begriffen von Herrschaft und Unterdrückung kaum bei. Google und Facebook „knechten ihre Nutzer nicht. Sie saugen sie an. Doch damit machen sie sie abhängiger als jede politisch-militärische Gewalt. Sie beschneiden ihr Wunschleben nicht. Sie entfesseln es algorithmisch in eine bestimmte Richtung. Die Nutzer entstammen Familien, Gemeinden und Staaten. Sie gehören Institutionen, Firmen, Vereinen, Religionsgemeinschaften an. Aber im Sog der Plattform treten all diese Zugehörigkeiten zurück.“¹⁰ Die mit und in den Zugehörigkeiten geltenden Regeln verlieren ihre Bedeutung.

TRIPARTISTISCH GEORDNET

Einen sozialen Ordnungsrahmen auf nationaler Ebene zu gestalten, ist im Angesicht der digitalisierungsgetriebenen Transglobalisierung wesentlich zum Scheitern verurteilt.¹¹ Die Gesamtheit der Nutzer bildet einen informellen Schwarm, jede/r kann jederzeit aus ihm ausscheren, keine Loyalität, Satzung oder Staatsbürgerschaft hindert sie/ihn daran. Versuche, Regeln Geltung zu verschaffen, können daher kaum auf einen einheitlichen Regelsetzer vertrauen. Es ist die Gesamtheit verschiedener nebeneinander bestehender Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte in den Blick zu nehmen – von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregulierung über Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure.

Als Modus der Interaktion zwischen den Akteuren kommt Verhandlungen eine wachsende Bedeutung zu. Soziale Ordnungspolitik und die in ihrem Sinne getroffenen Vereinbarungen werden sich in internationalen Strukturen manifestieren (müssen). Die europäische Ebene ist als Regelungsebene in der transglobalen Digitalisierung zunehmend wichtig: Margrethe Vestager, populäre EU-Kommissarin für Wettbewerb, hat mit Instrumenten

des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts den Kampf gegen die Internetgiganten durchaus mit Erfolgen aufgenommen. Und die Europäische Datenschutzgrundverordnung hat es vermocht, für die Europäische Union ein harmonisiertes Datenschutzrecht zu schaffen, das als Ordnungsrahmen nicht erst an den mit der Digitalisierung verbundenen Geldströmen und ökonomischen Auswirkungen, sondern unmittelbar beim Kern der digitalen Transglobalisierung, beim Umgang mit den Daten, ansetzt.

In Anbetracht der begründeten Skepsis in Bezug auf die Möglichkeit, in der digitalen Transglobalisierung Regeln durch klassische Institutionen setzen zu können, besteht die entscheidende Frage in der Gestaltung von Mechanismen der Handlungskoordination mehr oder weniger autonomer Akteure: wie wir zu verbindlichen Verabredungen kommen und wer in die Koordination einzubinden ist. Die ILO ist dabei kein schlechtes Vorbild. Was sie für die Ordnung der Arbeitsbeziehungen ist, müsste eine *International Data Organisation* (IDO) für die *Governance* der Datenströme in der transglobalen Digitalisierung sein. Was war der Clou der ILO? Mit ihr erfand sich eine *Governance*-Struktur, die Staaten und Sozialpartner tripartistisch für die Frage verband, wie internationale Arbeitsstandards zu entwickeln sind.¹² Für einen Transfer des ILO-*Governance*-Modells auf die Ordnung der Datenbeziehungen ist allerdings noch zu klären, wer als Vertretung der Dateneigner und wer als Vertretung der Datennutzer in eine solche multipartistische Struktur einzubinden wäre. Die (netzpolitische) Selbstorganisation der Akteure steckt auf allen Ebenen noch in den Anfängen.

Auch wenn der Fokus Sozialer Ordnungspolitik unter den Vorzeichen der digitalen Transformation bewusst auf die internationale Ebene zu richten ist, so sind die nationalen Anstrengungen bei der Bewältigung der anstehenden Ordnungsaufgaben weder als erledigt noch als unwichtig anzusehen. Die Förderung der Selbstorganisation von Dateneignern (und -nutzern) ist zu den herausragenden Aufgaben einer nationalen Ordnungspolitik 4.0 zu zählen.

SOZIALVERSICHERUNG FÜR DIGITALNOMADEN

Daneben drängt die Weiterentwicklung unseres Sozialversicherungssystems. Die Einbeziehung der digitalen Nomaden, der Freelancer und *cloudworker*, in die (beitragsbasierte) Pflichtversicherung duldet keinen Aufschub, wenn rechtzeitig die Entstehung von (Alters-)Armut eines hybriden Proletariats abgewendet werden soll.¹³ Und die Revitalisierung eines vom Subsidiaritätsprinzip geprägten partnerschaftlichen Miteinanders von öffentlicher und Freier Wohlfahrtspflege bedarf unter den Vorzeichen der (mit dem Onlinezugangsgesetz rasch wachsenden) öffentlichen Portale und Plattformen, die den Zugang von Bürgerinnen und Bürgern zu Angeboten der Wohlfahrtspflege potenziell monopolisieren, unabdingbar ordnungspolitischer Aufmerksamkeit.¹⁴

- ¹ Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“, beschlossen auf dem Parteitag in Ludwigshafen 1978, RdNr. 68, RdNr. 12 (Grundwerte).
- ² Die mit der Digitalisierung verbundenen ordnungspolitischen Herausforderungen werden erst nach und nach entdeckt, vgl. z. B. „Soziale Marktwirtschaft im Zeitalter der Digitalisierung. Position der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.“, München 2018, www.vbw-bayern.de; vgl. auch Eva M. Welskop-Deffaa: Das Soziale in der digitalen Marktwirtschaft (= Grüne Reihe „Kirche und Gesellschaft“, Heft Nr. 447), Köln 2018; das geplante neue Grundsatzprogramm ist das vierte nach 1978, 1994 und 2007.
- ³ „Die ILO auf einen Blick“, Informationen auf der Homepage www.ilo.org, S. 2f.
- ⁴ Christoph Türcke: Digitale Gefolgschaft. Auf dem Weg in eine neue Stammesgesellschaft, München 2019, S. 29f.
- ⁵ Christoph Türcke, a. a. O., S. 30.
- ⁶ Christoph Türcke, a. a. O., S. 30.
- ⁷ John Perry Barlowe: Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace, www.heise.de/tp/features/Unabhaengigkeitserklaerung-des-Cyberspace-3410887.html [letzter Zugriff am 06.08.2019].
- ⁸ Christoph Türcke, a. a. O., S. 37.
- ⁹ Die folgenden Ausführungen orientieren sich wesentlich an der Analyse, die ich am 28.06.2019 bei der Cusanus Lecture 2019 in Berlin unter der Überschrift „Regeln für eine globalisierte Welt“ entwickelt habe.
- ¹⁰ Christoph Türcke, a. a. O. S. 40.
- ¹¹ Martin Schallbruch: Schwacher Staat im Netz. Wie die Digitalisierung den Staat in Frage stellt, Wiesbaden 2018.
- ¹² In der Internationalen Arbeitskonferenz, dem höchsten Organ der ILO, ist jeder Mitgliedsstaat mit vier Delegierten, zwei Vertretern der Regierung und je einem Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, vertreten. Insgesamt hat die ILO in den 100 Jahren ihrer Geschichte 188 Übereinkommen und 198 Empfehlungen erarbeitet, die auch als „Internationales Arbeitsgesetzbuch“ bezeichnet werden.
- ¹³ Eva M. Welskop-Deffaa: „Erwerbsverläufe digitaler Nomaden. Hybridisierung der Beschäftigungsmuster in der digitalen Transformation“, in: Andrea D. Bührmann / Uwe Fachinger / Eva M. Welskop-Deffaa (Hrsg.): Hybride Erwerbsformen, Wiesbaden 2018, S. 107–129.
- ¹⁴ Vgl. Eva M. Welskop-Deffaa: „Freie Wohlfahrtspflege in der Plattformökonomie: Seismographin, Solidaritätsstifterin, strategische Herausforderungen“, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 2/2019, S. 22–31.

Auf Talfahrt?

—
Europas Christdemokraten im Vergleich

KARSTEN GRABOW

Geboren 1967 in Rostock, Leiter der Arbeitsgruppe Parteienforschung, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Für die meisten christlich-demokratischen Parteien ging es in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten bergab. Ein Blick auf die gegenwärtige Lage zeigt jedoch, dass bei den jüngsten Wahlen einige Parteien wieder gewonnen haben.

Gewinne gab es auf unterschiedlichem Niveau: Zwei Parteien haben im Vergleich zur Vorwahl besonders zugelegt und führen gegenwärtig die Riege der europäischen Christdemokraten an. Neben der griechischen *Nea Dimokratia* („Neue Demokratie“, ND) steht die Kroatische Demokratische Union (*Hrvatska demokratska zajednica*, HDZ) besonders gut da. Beide erreichten Stimmenanteile von über 35 Prozent und stellen in ihren Ländern die Regierungschefs. Aber auch in Österreich, Litauen, den Niederlanden und in Schweden haben sich Christdemokraten bei den letzten Wahlen steigern können.

Christlich-demokratische Parteien bilden nach wie vor eine relevante politische Kraft in Europa. Es gibt sie in 25 Ländern, in manchen, wie in

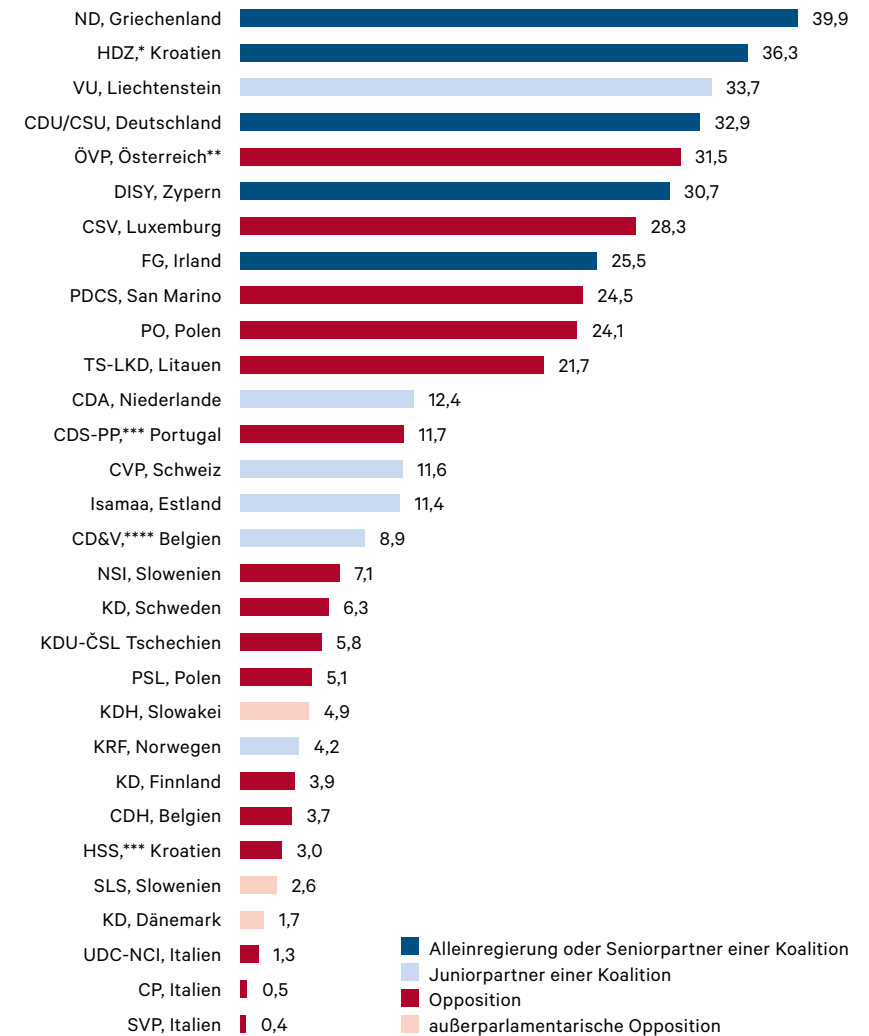
Belgien, Kroatien oder Polen, sogar mehrere. Von diesen insgesamt 32 Parteien befinden sich gegenwärtig elf in Regierungsverantwortung, fünf stellen den Regierungschef. Neben der genannten griechischen ND und der kroatischen HDZ trifft das für die deutschen Unionsparteien, die irische *Fine Gael* („Familie der Iren“, FG) und die zypriotische Demokratische Versammlung (*Dimokratikos Synagermos*, DISY [wörtlich: „Demokratischer Alarm“]) zu. Die anderen befinden sich in der Opposition und schwanken dabei zwischen den Plätzen zwei (Liechtenstein, Polen) und acht (Finnland, Italien) innerhalb ihrer Parteiensysteme. Die dänischen Christdemokraten sind trotz eines geringen Aufschwungs bei den letzten Parlamentswahlen auf 1,7 Prozent weiterhin in der außerparlamentarischen Opposition. Die Abbildung auf der folgenden Seite zeigt die Bandbreite der aktuellen Wahlergebnisse von Europas Christdemokraten.

Bemerkenswert ist, dass sich selbst so traditionsreiche christlich-demokratische Parteien wie der niederländische Christlich-Demokratische Aufruf (*Christen-Democratisch Appèl*, CDA) oder die flämische CD&V (*Christen-Democratisch en Vlaams*, wörtlich: Christlich-Demokratisch und Flämisch) im unteren zweistelligen oder einstelligen Bereich wiederfinden. Auffallend ist auch, dass christlich-demokratische Parteien in einem der „Mutterländer“ der europäischen Christdemokratie, in Italien, kaum noch eine Rolle spielen. Die lange Zeit die italienische Politik dominierende, aber im Zusammenhang mit Korruptionsaffären Anfang der 1990er-Jahre implodierte *Democrazia Cristiana* (DC) hat dort das Modell „Christliche Demokratie“ derart diskreditiert, dass Nachfolgeparteien kaum Fuß fassen konnten.

Betrachtet man nicht nur die augenblickliche Lage, sondern längerfristige Entwicklungen, gleicht der Gesamtverlauf der Parteienfamilie während der letzten knapp vierzig Jahre einem stetigen Sinkflug, der lediglich von einzelnen Ausreißern nach oben, wie 2013 durch die deutschen Unionsparteien oder zuletzt auch durch die ND, die HDZ, die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und – auf niedrigerem Niveau – den litauischen, niederländischen und schwedischen Christdemokraten, unterbrochen wurde.

Mit Blick auf alle aktuellen Wahlergebnisse und die Veränderungen der jeweils letzten Wahl zu den vorherigen lassen sich Europas Christdemokraten folgendermaßen einteilen: Auf der einen Seite kann man immer noch von „großen Parteien“ sprechen, die aktuell Stimmenanteile von dreißig Prozent und mehr erreichen. Auch „mittelgroße“ (zwanzig bis dreißig Prozent), „kleine“ (über zehn Prozent) und „sehr kleine“ (unter zehn Prozent) christlich-demokratische Parteien sind vorhanden. Auf der anderen Seite gibt es – zumindest in kurzfristiger Sicht, das heißt von der letzten Wahl aus betrachtet zu der davor – Aufsteiger, konstante Parteien mit Schwankungen unter einem Prozentpunkt und Absteiger. Die Tabelle (Seite 50) zeigt, wie sich die christlich-demokratischen Parteien auf diese Gruppen verteilen.

AKTUELLE STÄRKE VON EUROPAS CHRISTDEMOKRATEN IN PROZENT DER WÄHLERSTIMMEN



* Mit zwei kleinen Partnern, die von den gemeinsam erreichten 61 Sitzen jeweils einen beigesteuert haben.

** Seit dem Misstrauensvotum gegen die von Sebastian Kurz geführte Bundesregierung am 27. Mai 2019 hat Österreich eine geschäftsführende Übergangsregierung. Zuvor regierte die ÖVP als stärkste Partei des Landes in einer Koalition mit der FPÖ. Die Koalition zerbrach nach eineinhalb Jahren am 22. Mai 2019.

*** Beim letztmaligen Einzelantritt im Jahr 2011.

**** Geschäftsführend.

Quelle: Karsten Grabow, Im Sinkflug? Stand und Perspektiven christlich-demokratischer Parteien in Europa, Analysen und Argumente Nr. 353, Konrad-Adenauer-Stiftung (2019: 6).

Die Verortung der deutschen Unionsparteien in der Kategorie „große Absteiger“ bedeutet nicht, dass CDU und CSU die größten Verluste unter den europäischen Christdemokraten hinnehmen mussten. In diese Kategorie fallen auch diejenigen Parteien, die bei der letzten Wahl verloren und trotzdem mehr als dreißig Prozent der Stimmenanteile erreicht haben.

EUROPAS CHRISTDEMOKRATEN IN DYNAMISCHER SICHT

	Große aktuelle Stimmen- anteile über 30 %	Mittlere aktuelle Stimmenanteile zwischen 20 und 30 %	Kleine Stimmen- anteile über 10 %	Sehr kleine Stimmen- anteile unter 10 %
Aufsteiger	ND, ÖVP, HDZ	TS-LKD	CDA	KD (Schweden), NSI, UDC-NCI
Konstante	VU			HSS, HDS
Absteiger	CDU/CSU, DISY	CSV, PDSC, FG, PO	CVP, Isamaa	KRF, KD (Finnland), CD&V, CDH, KD (Dänemark), KDU-ČSL, PSL, KDH, SLS

Sehr gut platziert sind nach dem Scheitern der von der ÖVP angeführten Koalition gegenwärtig die kroatische HDZ und die griechische ND, wobei im letzteren Fall spezifische Gründe vorlagen.¹ In Griechenland geht es eher um die Hoffnung auf eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung nach Jahren der Krise als um die ideologische Fundierung oder tief verankerte Grundwerte einer alten Partei. Die größte Gruppe bildet die der „sehr kleinen Absteiger“.

Was sind die Ursachen für die Verluste? Neben landes- und parteispezifischen Gründen, die ausgerechnet die beiden heute stärksten christlich-demokratischen Parteien am härtesten getroffen haben (Absturz an der Wahlurne als Mitverursacher der Staatsschuldenkrise bei der ND und zu starke wertkonservative Ausrichtung der HDZ unter dem Vorgänger des heutigen Parteivorsitzenden), erklären vor allem langfristige, strukturelle Gründe die schwierige Lage für Europas Christdemokraten. Dazu zählen in erster Linie eine immer schneller verlaufende Säkularisierung der europäischen Gesellschaften auf der einen Seite und die Folgen des technologischen und sozialen Wandels auf der anderen.

Christlich-demokratische Parteien waren zwar nie der verlängerte Arm der Kirchen in die Politik, aber in dem Maße, wie der Anteil bekennender Christen auf zum Teil nur noch zwanzig bis 25 Prozent der Bevölkerung, wie in den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern, fällt, sinken Angebot und Nachfrage an aus dem christlichen Glauben motivierten politischen Inhalten. Auf beinahe allen Politikfeldern, auf denen Christdemokraten ihre Positionen aus einer christlichen Sicht heraus begründeten, zum Beispiel der Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen, dem Adoptionsrecht für homosexuelle Paare, Regelungen zur Abtreibung oder bei bioethischen Fragen, haben sie das Rennen gegen den liberalen Zeitgeist verloren.

Auch sozialer und technologischer Wandel und ein damit verbundener Werte- und Einstellungswandel in der Bevölkerung trafen die Christdemokraten. So erreichten sie im ländlichen Raum und unter Landwirten stets überdurchschnittliche Unterstützung. Mit voranschreitender Urbanisierung, einem rasanten Wandel von familiengeführten landwirtschaftlichen Kleinbetrieben zur industriell betriebenen Landwirtschaft und den anhaltenden Säkularisierungsprozessen sind die Stammwähler- und Unterstützerréservoirs der europäischen Christdemokraten massiv geschrumpft. Gleichzeitig stieg mit Umwelt- und Naturschutzparteien auf der einen Seite und einwanderungs- sowie EU-skeptischen Parteien auf der anderen die Zahl der Mitbewerber an. Christdemokraten mussten in der Folge eben nicht nur gegen schrumpfende Stammwählermilieus, sondern auch gegen neue Konkurrenten ankämpfen.

FRISCHER WIND?

Europas Christdemokraten haben zahlreiche Stärken, auch wenn sie nicht unmittelbar für aktuelle Wahlerfolge verantwortlich sind. Bis heute zeichnen sie sich jedoch aus durch eine meist gute lokale Verankerung und zwar ältere, aber vergleichsweise stark engagierte Mitglieder, zudem durch enge Verbindungen zur lokalen Wirtschaft und zu lokalen Interessengruppen, eine meist aktive Parteijugend, eine große inhaltliche Breite, Koalitionspotenzial, Regierungserfahrung, Seriosität, Professionalität und Pragmatismus.

Blicken wir auf die Gründe für den neuerlichen Aufstieg der Christdemokraten in Griechenland, Kroatien, Österreich, Litauen, den Niederlanden und Schweden, so fällt auf, dass die Erfolge in erster Linie aus einer stärkeren Betonung von mehr innerer Sicherheit und Migrationskontrolle erwachsen sind, durchaus gepaart mit Forderungen nach Integration und Anerkennung beziehungsweise Erwerb von nationaler Identität (ÖVP, *Tėvynės sąjunga – Lietuvos krikščionys demokratai* [TS-LKD], CDA), nach Steuersenkungen und weniger Staatsausgaben (ÖVP, HDZ, ND). Einfluss hatten auch neue Kandidaten (alle) und personalisierte Kampagnen, die wohl niemand so virtuos

führen konnte wie Österreichs ehemaliger Bundeskanzler Sebastian Kurz, der im Zuge vorgezogener Neuwahlen offenbar gute Aussichten hat, in das Amt zurückzukehren. Abgesehen davon lassen sich die anderen zentralen Gründe zu einem Label kondensieren, das sich am ehesten mit „(wirtschafts)liberal-konservativ“ umschreiben lässt. Das hieße nichts anderes als eine Rückkehr zum alten Markenkern der zentral- und westeuropäischen Christdemokratie.

Bei der kroatischen HDZ fällt zudem ein Merkmal auf, das sich für andere Christdemokraten als Vorbild eignen würde: nämlich der geschickte Einsatz innerparteilicher Flügel. Die Partei vereinte von Beginn an zwei ideologische Grundströmungen, eine konservative und eine liberale, die sich in je zwei Flügel teilen: einen national-konservativen Flügel und einen wertkonservativen, der wiederum eng mit der katholischen Kirche verbunden ist, auf der einen Seite und einen wirtschaftsliberalen Flügel sowie einen weltoffenen, EU-zugewandten, polyglotten, der jüngere und gut ausgebildete Kroaten auch in urbanen Gegenden anspricht, auf der anderen. Je nachdem, welche Strömung und welcher Flügel die Partei dominierte, war auch die Ausrichtung der HDZ: zu Beginn der Unabhängigkeitsbestrebungen unter Parteigründer Franjo Tudjman national(istisch)-konservativ, später liberaler und unter der Führung des ehemaligen kroatischen Geheimdienstchefs wieder national-konservativ. Die deutliche Erholung der HDZ ab 2015 hat auch damit zu tun, dass der neue Vorsitzende und heutige Premierminister Kroatens, Andrej Plenković, beiden Strömungen und deren Flügeln Raum lässt. In Verbindung mit der flächendeckenden Präsenz der HDZ und einer treuen Anhängerschaft in ländlichen Gebieten hat die HDZ mit der Nutzung ihrer Flügel alle zur Verfügung stehenden Potenziale voll ausgeschöpft.

NEUE GESICHTER, SCHWUNGVOLLE KAMPAGNEN

Als Parteienfamilie geht es der europäischen Christdemokratie heute nicht mehr so gut. Etliche Familienmitglieder haben an früherer Stärke verloren, manche ringen um ihre Existenz. Dennoch sind christlich-demokratische Parteien weit verbreitet und stellen relevante politische Kräfte dar. Trotz deutlicher Verluste bei der Europawahl 2019 ist die von Christdemokraten maßgeblich getragene Fraktion der Europäischen Volkspartei seit zwanzig Jahren ununterbrochen die größte im Europäischen Parlament. An der Spitze der Europäischen Kommission steht demnächst eine Christdemokratin, nachdem bereits der Christdemokrat Jean-Claude Juncker die Kommission fünf Jahre lang geführt hat. Von den 32 christlich-demokratischen Parteien Europas sind aktuell elf an Regierungen ihrer Staaten beteiligt, fünf davon als Seniorpartner oder als alleiniger Inhaber der Regierungsverantwortung. Sieben Parteien haben sich zuletzt sogar wieder steigern können, wenngleich die Gewinne auf

ganz unterschiedlichem Niveau stattfanden. Von einem Niedergang der Christdemokratie kann also nicht die Rede sein.

Die Aufsteiger verdanken ihre Gewinne Positionen, die dem Repertoire liberal-konservativer Parteien zuzuordnen sind. Innere Sicherheit, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, Migrationskontrolle, die Betonung von nationaler Identität auf der einen Seite, mittelstandsfreundliche Steuer- und solide Finanzpolitik auf der anderen Seite waren und sind wesentliche Bestandteile des Erfolgsrezepts für christdemokratische Aufsteiger. Dazu kamen neue Gesichter und schwungvolle Kampagnen sowie innerparteiliche Flügel, mit denen die Parteien nahezu die gesamte Breite der Gesellschaft ansprechen konnten.

In diesen Erfolgsgründen erkennen wir deutlich die Konturen von Volksparteien und die der Sozialen Marktwirtschaft, zwei Grundbausteine christlich-demokratischen Selbstverständnisses. Christdemokratie hieß immer: soviel Staat wie nötig, so wenig wie möglich. Das kann für die zahlreichen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft auch weiterhin handlungsleitend für christlich-demokratische Politik sein, sei es auf dem Gebiet des Klima- und Umweltschutzes, der Pflege oder der Wohnungspolitik. Christdemokraten können und sollten Wählern und unterschiedlichen Milieus Politikangebote unterbreiten, die nicht in erster Linie auf mehr staatliche Umverteilung oder Lenkung setzen. Politikfelder und Themen, mit denen sich Christdemokraten profilieren können, gibt es genügend. Die Fähigkeit, eine große Bandbreite an Themen abzudecken, zählt zu den traditionellen Stärken christlich-demokratischer Parteien. Es gibt keinen Grund, dies nicht auch in Zukunft zu tun.

Literatur

Grabow, Karsten: Im Sinkflug? Stand und Perspektiven christlich-demokratischer Parteien in Europa, Analysen und Argumente Nr. 353, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2019, www.kas.de/analysen-und-argumente/detail/-/content/christdemokraten-in-der-krise [letzter Zugriff am 12.08.2019].

¹ Vgl. Henri Bohnet: Die Nea Dimokratia steht in den Startlöchern, Länderbüro Griechenland, Länderbericht, Juli 2019, www.kas.de/laenderberichte/detail/-/content/die-nea-dimokratia-steht-in-den-startloechern [letzter Abruf: 29.07.2019].

Abkürzungsverzeichnis

CD&V (Belgien)	Christen-Democratisch en Vlaams („Christlich-Demokratisch und Flämisch“)
CDA (Niederlande)	Christen-Democratisch Appèl („Christlich-Demokratischer Aufruf“)
CDH (Belgien)	Centre Démocrate Humaniste (im deutschsprachigen Teil Belgiens auch: Christlich Soziale Partei [CSP]).
CDS-PP (Portugal)	Centro Democrático e Social – Partido Popular („Demokratisches und Soziales Zentrum – Volkspartei“)
CDU/CSU (Deutschland)	Christlich Demokratische Union Deutschlands / Christlich-Soziale Union in Bayern
CP (Italien)	Cantiere Popolare (wörtlich: „Der beliebte Bau“)
CSV (Luxemburg)	Chrëschtlech Sozial Vollekspartei („Christlich Soziale Volkspartei“)
CVP (Schweiz)	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
DC (Italien)	Democrazia Cristiana („Christliche Demokratie“)
DISY (Zypern)	Dimokratikos Synagermos („Demokratische Versammlung“, wörtlich: „Demokratischer Alarm“)
FG (Irland)	Fine Gael („Familie der Iren“)
FPÖ (Österreich)	Freiheitliche Partei Österreichs
HDS (Slowakei)	Hnutie za demokratické Slovensko („Bewegung für eine demokratische Slowakei“)
HDZ (Kroatien)	Hrvatska demokratska zajednica („Kroatische Demokratische Union“)
HSS (Kroatien)	Hrvatska seljačka stranka („Kroatische Bauernpartei“)
Isamaa (Estland)	„Vaterland“
KD (Dänemark)	Kristendemokraterne („Christdemokraten“)
KD (Finnland)	Kristillisdemokraati („Christdemokraten“)
KD (Schweden)	Kristdemokraterna („Christdemokraten“)
KDH (Slowakei)	Kresťanskodemokratické hnutie („Christlich-Demokratische Bewegung“)
KDU-ČSL (Tschechien)	Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová („Christliche und Demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei“)
KRF (Norwegen)	Kristelig Folkeparti („Christliche Volkspartei“)
ND (Griechenland)	Nea Dimokratia („Neue Demokratie“)
NSI (Slowenien)	Nova Slovenija Krščanska ljudska stranka („Neues Slowenien – Christliche Volkspartei“)
ÖVP (Österreich)	Österreichische Volkspartei
PDCS (San Marino)	Partito Democratico Cristiano Sammarinese („Christdemokratische Partei San Marinos“)
PO (Polen)	Platforma Obywatelska („Bürgerplattform“)
PSL (Polen)	Polskie Stronnictwo Ludowe („Polnische Volkspartei“ oder „Polnische Bauernpartei“)
SLS (Slowenien)	Slovenska Ljudska Stranka („Slowenische Volkspartei“)
SVP (Italien)	Südtiroler Volkspartei
TS-LKD (Litauen)	Tėvynės Sąjunga – Lietuvos krikščionys demokratai („Vaterlandsbund – Christdemokraten Litauens [Konservative, politische Gefangene und Deportierte, Nationale]“)
UDC-NCI (Italien)	Unione di Centro – Noi con l'Italia („Union der Mitte“ – „Wir mit Italien“)
VU (Liechtenstein)	Vaterländische Union

Schluss mit Schlingern! Arbeiten ...

Vom orientierenden Wert christlicher Werte jenseits der Werteunion

STEPHAN SCHAEDE

Geboren 1963 in Neuwied, Theologe, seit 2010 Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die CDU schlingert. Schon seit Längerem schlingert sie in einer eigenwilligen Dialektik von zwei Polen: Einerseits ist sie durch den Konsenstod gefährdet, den die liberale Demokratie in ihrer Mitte zu sterben droht. Allen Profilbeschwörungen zum Trotz ist die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) für den nur durchschnittlich informierten Bürger der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahezu zum Verwechseln ähnlich. Ein von starken politischen Ideen

geläuterter Pragmatismus hat konfessionelle und konservative Strömungen domestiziert. Wählerstimmen sollen maximiert werden. Auf immer mauerem Niveau. Geschwunden scheint der politische Eros, zur politischen Willensbildung beizutragen und Interessen von Mitgliedern markant zu vertreten. Lieber nicht anecken und mehrheitsfähige Perspektiven auf sozial-ökologischem Gelände ausspähen. Weil diese Absicht von vielen Bürgerinnen und Bürgern durchschaut wird, hilft gegen diesen Konsenstod auch kein vornehmes Begrünen von Mobilität, Agrar-, Energie- und Industriepolitik. Zu befürchten ist, dass der neue Pfad eines politisch-konzeptionellen Antagonismus mit verlässlicher öffentlicher Aufmerksamkeit

zwischen der Alternative für Deutschland (AfD) und Bündnis 90 / Die Grünen verläuft. So viel zum einen Pol.

Andererseits, und das bestimmt den anderen Pol, begeben sich Teile der CDU auf die Suche nach einer konservativ konturnierten Grundhaltung. Der Extremfall dieses Pols ist die Werteunion, die sich zwar auf Werte beruft, diese aber nur aufruft, ohne etwas aus ihnen zu machen. Ihr „Konservatives Manifest“ hat im Unterschied zu anderen politischen Manifesten nicht das Zeug, ein Klassiker zu werden. In dem rhetorisch kaum redigierten Text wird zwar sogleich das christliche Menschenbild mehrfach als „Leitbild“ in Anspruch genommen beziehungsweise für „es eingestanden“ und gefordert, dass sich die „Union wieder auf ihre Grundwerte besinnt“ und die „auf dem Christentum fußenden Überzeugungen im politischen Alltag umsetzt“. Das anschließende Bekenntnis ist jedoch eines „zu Deutschland“, „zur Europäischen Union“ oder für „einen gesunden weltoffenen Patriotismus“. Man kann dort lesen, dass „Opferschutz ausnahmslos vor Täterschutz“ gehe und eine „ungesteuerte Zuwanderung nach Deutschland und in unser Sozialsystem abzuwenden sei“. Deutschland sei als „dicht besiedeltes Industrieland [...] ungeeignet für die Aufnahme von Asylbewerbern“. Die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern „im sicheren Ausland“ wird vorgeschlagen, einer „restriktive[n] Migrationspolitik“, „Assimilation“, „europäisch-deutschen Leitkultur“ und einer restriktiveren Sozialpolitik das Wort geredet, hingegen die staatliche Förderung der „sogenannten Genderforschung“ abgelehnt. Das mögen Klare-Kanten-Ansagen sein, die ausdrücklich darauf abzielen, mit einem Sei-

tenblick auf die AfD den „konservativen Flügel zu stärken und zu integrieren, statt ihn auszugrenzen“. Was das genau mit Werten und christlichem Menschenbild zu tun hat, bleibt der Assoziationsphantasie der Lesenden überlassen, die eigentlich zu keinem guten Ergebnis kommen kann. Werte werden beschworen, suggeriert, nicht jedoch politisch eingelöst. Wie wenig die Parteivorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer von der Werteunion ausdrücklich „Mutterpartei“ genannten CDU von diesem Kind hält, das den „konservative(n) Flügel zu stärken und zu integrieren, statt auszugrenzen“ gedenkt, scheint die missverständliche, wohl auch bewusst missverstandene Äußerung über einen ihrer Protagonisten, Hans-Georg Maaßen, anzudeuten. Wie dem auch sei, die CDU schlingert im Fahrwasser zwischen diesen beiden Polen in eine Leere hinein. Und es gelingt ihr nur schlecht, dieses Schlingern zu überdecken.

Der mit einer Zuhör-Tour und partizipativem Elan hoffnungsvoll begonnene Grundsatzprogrammprozess sollte Orientierungsenergien freisetzen. Doch ist sein Ergebnis in eine nicht enden wollende Kette programmatisch uninspirierter Leitfragen gemündet. Dabei ist der Anspruch hoch: Nicht weniger als „alle“ (!) Anliegen der CDU-Mitglieder sollen aufgenommen worden sein. Pro Themenkomplex wird Christliches vorab getriggert, ein wenig beschworen und dann nur noch sporadisch höchst zufällig aufgerufen. Was der CDU also noch nicht gelingt, ist, aus dem Schlingern zwischen den genannten Polen in eine rasante Fahrt hinein zu beschleunigen, eine Fahrt, die ein durchaus plurales Meinungsspektrum auf ein faszinierendes Zukunftsszenario hin fluchtet. Im Gelände zwischen frühsummerlicher Grüner

Null und spätsommerlicher Schwarzer Null droht kein Ideenaufbruch.

Derweil produzieren Politologie und Publizistik analytisch fein durchdachte Abgesänge der Volksparteien. „Volksparteien. Wer reanimiert die Mitte?“, so titelte Giovanni di Lorenzo in der *Zeit* vom 22. Februar 2018. „SPD und CDU sind nicht in der Krise – sie sind die Krise“, behauptete gar Malte Lehming am 5. Juni 2019 im *Tagesspiegel* und unterlegt olfaktorisch wenig hinreißend, es „muffe“ in den Volksparteien. Sie seien im Niedergang, hätten ihre konsensuale Kraft verloren, analysiert Oliver Nachtwey.¹

Der in diesen Parteien arrangierte Kompromiss wandere nach außen in eine vielfältigere Koalitionskultur. Die Volksparteien seien „am Ende“, die SPD völlig, die CDU ziemlich. Doch was heißt hier „am Ende“? Wie wäre es, wenn die CDU wieder einmal damit anfinge, eine Volkspartei zu werden? Das macht Arbeit, wie es übrigens schon früher Arbeit gemacht hat. Es ist schließlich nicht das erste Mal, dass sich am Ende langer Kanzlerschaften die Klage über eine kaltgestellte Partei (von „Wurmfortsatz“ war in der Ära Kohl die Rede) erhebt. Ob berechtigt oder nicht, jedenfalls hat sie beachtliche programmatische Aufbrüche ausgelöst. Wieso sollte das diesmal anders sein? Einzuzuräumen ist, dass diese Arbeit natürlich für eine Parteiführung überhaupt nicht einfach ist.

Gebeten um einen mutigen Impuls zum „C“, nehme ich mir nun die Freiheit, zu beschreiben, was ich aktuell vermisste, und hoffe, so Reibungsenergien für die anstehenden Orientierungsprozesse freizusetzen:

Ich vermisste eine Partei, die sich die Arbeit macht, dem im Grundgesetz (GG)

verankerten Auftrag nachzukommen, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken (Artikel 21 GG), anstatt durch die Bevölkerung die politische Willensbildung der Partei in diffuser Weise formen zu lassen. Eine Partei soll sich nicht jemandem anschließen. Sie soll Lust machen, sich ihr anzuschließen, und das milieuübergreifend.

Ich vermisste die Arbeit am politischen Esprit. Dafür bedarf es starker politischer Talente, der Kraft der Vernunft, gedanklicher Schärfe und der Fähigkeit zum sprachlich wie sachlich brillant vorgetragenen Argument. Wie wäre es, mehr Ehrgeiz in weit überdurchschnittliche Sachkenntnisse zu setzen und diese, verbunden mit dem Talent, daraus politische Handlungsoptionen zu formen, zur Bedingung politischer Verantwortungsübernahme zu machen? Fort mit Emotionalität, Augenblicksauthentizität und Strippenziehereien als politischen Chefberatern!

Ich vermisste die harte Arbeit an einer klaren Rückkopplung politischer Meinungsbildung der politischen Verantwortung in der Gesellschaft, bei den Bürgerinnen und Bürgern in der breiten Fläche. Es sollte eine Warnung sein, dass nicht nur das prekäre und sozialökologische, sondern auch das traditionelle und bürgerliche Milieu die politische Gleichheit in Deutschland als stark gefährdet erachtet. Was hat die CDU dem öffentlich formulierten Angriff auf Einstellungen und Lebensleistungen der sogenannten bürgerlichen Mitte zu sagen, der klargemacht wird: „Eure Autos sind doof“, „Ihr esst das Falsche!“, „Vergesst Mallorca oder Kreta als Reiseziele!“ ...

Ich vermisste die Arbeit an einem realistischen Konzept für das Arrangement jenes gesellschaftlichen Wandels, der nun

einmal ansteht angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen, eines nachlassenden Zusammenhalts in der Europäischen Union, der Klimakrise, einer sozial destabilisierenden Alterspyramide und eines nach wie vor gefährdeten Bankensystems.

Ich vermisse die Arbeit an der Ausgestaltung eines Gemeinwohls, das der Bevölkerung in ihrer Breite zugutekommt. Minderheiten sind zu schützen, keine Frage. Aber der berechtigte Minderheitenschutz war nicht so gemeint, sie zum wesentlichen Gegenstand politischer Bemühungen zu machen. Volksparteien sind in der Lage, die politischen Interessen von Menschen aller Schichten und Milieus anzusprechen.

Ich vermisse die Arbeit an einer alterskohortenübergreifenden politischen Faszinationskraft. Es ist nicht nur eine Frage professioneller Clips. Es ist eine Stilfrage, eine Frage, den politischen Nerv der jüngeren Generation zu treffen, einer souverän selbstdistanzierten politischen Pointe mit Witz. Wie kommuniziert diese Generation gern und worüber? Und worüber kommunizieren jene Jugendlichen, die nicht zum oberen privilegierten Drittel diskursstarker Milieus zählen? Die beschäftigten vermutlich soziale Ängste ...

Ich vermisse die Arbeit an politischen Ideen. Eine Politik, die das, was in der Vergangenheit trug, konservieren möchte, vor allem von der Gegenwart groß denkt und deren Risse symptomatisch mit rosa Rauputz verschönert, den Futur jedoch nur in Gestalt technokratischer Innovationsprungansagen berät, hat keine Ideen. Die Realisierung von Digitalisierung, um nur eins zu nennen, ist nicht mehr als die buchhalterische Umsetzung jenes technischen Musters, mit dem eine segregierte

Gesellschaft zu kommunizieren versteht.² Aber was kommt nach der Digitalisierung? Läuft der Gestaltungswille auf irgendetwas hinaus, nicht nur auf die möglichst reibungslose technokratische Umsetzung von Vorhaben? Soll in Zukunft der Künstlichen Intelligenz die politische Steuerung überlassen werden?

Politische Ideen brauchen politische Köpfe, die – mit Georg Christoph Lichtenberg gesprochen – Lichter, nicht Leuchter sind. Letztere handeln nur mit den Meinungen anderer. Die Alternative kann nicht lauten, wie Malte Lehming empfiehlt: Person statt Programm. Vielmehr braucht es starke Persönlichkeiten, die in der Lage sind, Programmatisches in ihren Zielen und Entscheidungen zu verkörpern. Ich vermisse die Arbeit am Regierungs- und damit verbundenen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch demokratisch legitimierter Mandatsträgerinnen und -träger. Sie sind ein Bollwerk gegen all jene postdemokratischen Tendenzen, die im Zuge der Globalisierung die politische Gestaltungsmacht in die Hände transnationaler Institutionen und Unternehmen legen.

Wer nimmt das Gesetz des politischen Handelns zurück in die Hand? Nur die Politik selbst kann sich die Spielräume der politischen Gestaltung zurückerobern. Ich erwarte, dass die CDU deutlicher Sachfelder markiert, die Raum für politische Gestaltung geben und Ausweis der produktiven Kraft politischer Verantwortung sein können.

Ich vermisse die Arbeit an einem inneren steuernden politischen Orientierungsgrund. Hört auf, das christliche Menschenbild nur als symbolpolitische Präambel vollkommen durchschnittlicher politischer Motivlagen aufzurufen!

Mit dem christlichen Menschenbild ist das parteipolitisch nun eben auch so eine Sache. Prima vista hatte Jesus von Nazareth möglicherweise eher etwas von einem unangepassten Sozialrevolutionär. Jedenfalls wird er gern als Protagonist für penetranten Umweltschutz und soziale Radikalreformen vereinnahmt, als Pazifismus in Person und dergleichen mehr: linke-rechte Backe, Lilien auf dem Felde und so weiter. Die Bergpredigt, die für derlei gern in Anspruch genommen wird, sollte man allerdings vollständig zur Kenntnis nehmen. Da stehen immerhin so starke und deutlich konservative Sätze wie dieser: „Ihr sollt nicht wähen, dass ich gekommen bin, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen; ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen“ (Mt. 5,17). Die Frage ist doch: Wie lässt sich eine kritische und gerade deshalb für die Fragen der Zeit überaus wache christliche Werteorientierung beschreiben? Das sei im Folgenden nur für acht elementare Bestimmungen markiert.

EBENBILD

Die christlich orientierten Überzeugungen einer Politik können bei der Bestimmung des Menschen als Ebenbild Gottes ansetzen. Ebenbild besagt: Mensch ist Medium, lebt nicht aus sich selbst heraus, lebt von einem anderen her, weil er ein Bild ist, das sich Gott fortwährend von ihm macht. So wird er von Gott selbst über sich immer wieder zurechtgerückt und ins Bild gesetzt und gewinnt dadurch die Kraft, andere ins Bild zu setzen, holt seine Lebensgestaltungsenergie aus dem Umstand, dass Gott für ihn immer schon gesorgt hat. Das gibt ihm die Kraft, sich ganz auf die Frage zu konzentrieren, um was er sich sorgen kann, für was und wen

er da sein kann. So gesehen kann eine Politik, können Politikerinnen und Politiker, die sich so verstehen, auf sehr viel politisch aus sein, ohne ständig *für sich* auf etwas aus sein zu müssen.

GEWISSEN

Nur ein Bruchteil politischer Entscheidungen ist unmittelbar von Gewissensentscheidungen bestimmt. Sie sind Folgen hoffentlich umsichtiger Aushandlungsprozesse. Allerdings grundiert die Gewissenshaltung eines Politikers diese Prozesse. Wieso? Weil das Gewissen der Ort persönlicher Freiheit und Verantwortung ist. Gibt dies elementare Orientierung, dann tritt Politik für gut begründete Überzeugungen ein und versucht, für diese Mehrheiten zu gewinnen, stützt jedoch niemals ihre Orientierungsleistung auf Politbarometer und gewiss vorzügliche Umfragen von Meinungsforschungsinstituten.³ Zugleich ist das Gewissen erklärter Feind eines parteipolitischen Konformismus. Denn die Anerkennung der Gewissen der anderen fordert einen politisch liberalen Impetus. Eine zentrale Aufgabe und heilige Pflicht der Politik besteht dann darin, für diese Überzeugungen einzutreten, für sie zu werben und andere für sie zu gewinnen. Rational und emotional, also mit guten Gründen und politischer Leidenschaft. Kurz: Im Gewissen kumulieren Vernunft und Emotion – christlich gesehen in mehrstimmiger Verantwortung vor Gott.⁴ Hier kommt die Menschenwürde ins Spiel.

MENSCHENWÜRDE

Politik hat zur Aufgabe, sich der gesellschaftlichen Verwirklichung von Menschenwürde zu verschreiben. Menschenwürde ist Dreh- und Angelpunkt zwischen

religiöser und profaner ethischer Orientierung. Menschenwürde ist eine politische Grundnorm, die religiös interpretiert werden kann und christlich gesehen auch muss. Menschenwürde ist nicht in einer menschlichen Aktivität begründet. Indem ein Mensch da ist, hat er diese Würde. Jeder Mensch! Gott ist es, der die Menschen würdigt jenseits aller menschlichen und politischen An- und Aberkennungsfiguren, mit denen wir täglich zu tun haben. Politik, die sich auf Würde beruft, ist Arbeit an der sozialen Verwirklichung der Menschenwürde. Politik kann sie unter den endlichen Bedingungen dieser Welt leider nicht vollauf überzeugend herstellen. Aber jeder Bürger sollte eine Chance erlangen, seiner Menschenwürde gerecht werden zu können. Dies gilt gewiss auch für Asylantinnen und Asylanten. Die Wertunion entwertet die Würde migrationspolitisch, was als Gegenentwurf zu einer inflationären migrationspolitischen Berufung auf die Würde nicht taugen kann. Die politisch gestaltbaren Rahmenbedingungen von Würde haben ihr Maß in der Nächstenliebe.

NÄCHSTENLIEBE

Pflicht zur Nächstenliebe ist der christliche Name für politische Verantwortung. Der Beistand der Nächstenliebe transformiert sich im Raum des Politischen. Als Politiker ist es mir wegen unredlicher Vorteilsgabe geradezu rechtlich untersagt, für den einzelnen Mitmenschen individuell Vorsorge zu treffen. Politik kümmert sich nicht um die Interessen von Einzelnen. Sie hat sich um berechnete Interessen vieler Menschen zu kümmern. Sie führt diese Interessen zusammen und versucht, sie in eine möglichst überzeugende Ordnung umzusetzen. Dieses anspruchsvolle Krite-

rium ist an alle politischen Debatten anzulegen, die mit Minoritätsanliegen nach vorn preschen, so wichtig und christlich der Schutz von Minderheiten ist.

Damit hängt zusammen: Berufspolitik hat die Aufgabe, berechtigten Interessenlagen überhaupt erst pointiert Ausdruck zu verleihen, sie hat eine Art Überzeugungsrichtlinienkompetenz. Sie muss Vorschläge entwickeln, wie die Interessen, die sie konturiert und für die sie einzutreten verspricht, sich in Ordnungen und politische Maßnahmenvorschläge konkretisieren. Deshalb sind immer wieder für Minderheitenpositionen Mehrheiten zu gewinnen, die aber nur zu gewinnen sind, wenn es die milieuspezifischen Zugänge gibt. Kurz: Es gilt, aus richtigen politischen Minderheitenpositionen Mehrheitenpositionen zu machen, zugleich, im Unterschied zum öffentlichen Interesse an Minderheiten, sich gleichermaßen zum Anwalt politischer Anliegen von Minderheiten und Mehrheiten zu machen.

FREIHEIT

Christlich orientierte Politik hat ihr Kriterium darin, einer möglichst hohen Selbstbestimmung von Menschen zu dienen. Sie macht streng genommen nicht Politik für Menschen in Deutschland in einer Weise, dass Menschen zu empfangenden Objekten politischer Wohltaten werden. Sie macht vielmehr Politik, um Menschen darin zu unterstützen, ihre im Grundgesetz verbrieften bürgerlichen Freiheitsrechte zu leben und auszugestalten.

Wer die Segnungen einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gern in Anspruch nimmt, muss sich auch von ihr in Anspruch nehmen lassen. Die oben markierte Aufgabe, den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten, braucht

ermutigte, mündige Bürgerinnen und Bürger, weshalb alle Formen paternalistischer Überwältigung, penetranten sozialen Sich-kümmerns schlicht und ergreifend unchristlich sind ...

Wolfgang Huber hat einmal gemeint, bei der christlichen Gerechtigkeit gehe es nicht um das Gesamtinteresse einer Gesellschaft im Ganzen. Es gehe um den distributiven Vorteil vor allem benachteiligter Gesellschaftsmitglieder. Diese Pointe bedarf einer Ergänzung vor dem Hintergrund einer neuen Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen, Mütterrentenflickwerk und subtile Erhöhungen des Kindergeldes.

GERECHTIGKEIT

Es geht darum, dass Wohlhabende und Reiche sich ebenso wie die Mittellosen selbst engagieren, auf dass Arme reicher werden. Im Grunde prägt christlichen Gerechtigkeitsethos eine Option für die Armen *und* Reichen in Gestalt vor allem und wesentlich einer Option gegen Armut – und dies in der politischen Demut, dass sich alle Gerechtigkeit durch Gott erfüllt – und im Wissen, dass es keine erlösende politische Gerechtigkeitsformel je geben wird. Hier lauern angesichts zu erreichender Klimaschutzziele anspruchsvolle gesellschaftliche Moderationsprozesse. Gerechtigkeit fordert, ökologische Zielsetzungen nicht isoliert in den politischen Raum zu stellen. Ökonomisch sozial belastbare Lösungen ökologischer Probleme sind die materielle Grundlage für befriedete Verhältnisse. Gesellschaftsinterne soziale Risiken und Gefahren sind immer mit zu bedenken. Politik muss sich hier für kulturelle Akzeptanz und Bereitschaft engagieren und entsprechende Veränderungsprozesse in großem Stil herbeifüh-

ren. Das reicht vom veränderten Mobilitätsverhalten über anderen Umgang mit Energieressourcen, ein anderes Ernährungsverhalten bis hin zu einer Bereitschaft zum Verzicht.

HOFFNUNG

Christlich informierte Politik promoviert Hoffnung als Kraft einer kreativ-kommunikativen Selbstbegrenzung. Hoffnung ist so gesehen eine Kraft einerseits der politischen Aufhellung, andererseits des klugen Eingeständnisses eigener Grenzen. Eine dem Christlichen verpflichtete Volkspartei hat die Bevölkerung eines Landes über die gerade auch im weltweiten Vergleich einmaligen Gestaltungsmöglichkeiten dieses Landes deutlich ins Bild zu setzen. Nicht nur Elend ist angewiesen auf Hoffnung, dass es besser wird. Gerade in einer prosperierenden Situation muss Hoffnung ein starkes Motiv sein. Es gilt, den sehr merkwürdigen, ja bedrückenden Umstand aufzuklären, weshalb bei sozialökonomisch ungewöhnlich intakten Verhältnissen die Unzufriedenheit in unserem Land hoch ist, jedenfalls öffentlich immer wieder beschworen wird, und populistischen politischen Gruppierungen, die im Wesentlichen auf die Kraft der negativen Energie massiver Missstände setzen, das Handwerk zu legen. Und es gilt, angesichts realer ökonomischer und ökologischer Bedrohungen realistische Hoffnungsfährten für die jüngere Generation und die oben erwähnten Milieus zu legen. Vor allem liegt hierin die oben exponierte Nötigung, mit starken Ideen an das politische Tagesgeschäft zu gehen und sich nicht in die Steuerung von Prozessen um der Prozesse willen zu verstricken. Selbst in noch so schwierigen Situationen wird sich eine dem Christlichen verpflichtete

Politik die Freiheit und die Gesetze des Handelns nehmen. Sie packt an und packt zu, urteilsfähig, urteilskräftig und auch selbstkritisch.

FREIMUT UND SELBSTDISTANZ

Es war Paulus von Tarsus, der für die Energie des Freimutes geworben hat. Damit definiert er gleichsam jene Kommunikationshaltung, zu der Christinnen und Christen auch im Raum des Politischen befreit sind. Es gilt, wie einmal Michel Foucault in seiner Abschiedsvorlesung an der Sorbonne als aufmerksamer Leser des Paulus zur *Parrhesia* eingesehen hat, „die Wahrheit zwischen uns auszuhalten“ – im politischen Streit. Es gilt, im Namen des Freimutes auf Manipulation so weit wie möglich zu verzichten. Freimut setzt auf Argumente und fordert rationalen Austausch. Eine plurale Gesellschaft kann ihre kulturellen Herausforderungen gewiss nicht ohne rationalen Austausch bewältigen. Der Umstand, dass uns die zunehmende Konfrontation mit anderen auch selbst ändert, muss ausgehandelt und ausgetragen werden.

Eins allerdings muss klar sein: Die hier in acht Bestimmungen angerissene programmatische Ebene des Christlichen ist vollkommen offen für religionsübergreifende Synergien. Wo immer humanitäre, politisch lebenszuträgliche Ideen stärkende Momente in anderen Religionen und in einem religionsfreundlichen Agnostizismus gefunden werden, verstärken sie diese acht Bestimmungen. Eine Partei, die die programmatische Energie dieser Bestimmungen nutzt, tritt so sinnvollerweise in ihren eigenen Reihen schlichtweg für eine aufgeklärte Religiosität und Religionsmündigkeit durch strikte Religionskultivierung ein. Letztere kann

nur durch religiöse Bildung und Herzensbildung entstehen und sorgt so für eine verantwortungsbewusst ausgestaltete Religionsfreiheit. Damit verknüpft sich zwingend die Aufgabe, eine am Christlichen geschulte programmatische Orientierung mit religionsaffinen Überlegungen zu verknüpfen, die sich anderen als christlichen Ursprüngen verdanken. Sich für die Freilegung solcher, eine menschenfreundliche Politik stärkenden Affinität anderer Religionen einzusetzen, ist der Schweiß der Edlen wert. Wer hier von Assimilation spricht, hat nichts verstanden. Gerade in der Stärkung politikfreundlicher freiheitlich-demokratischer Affinitäten muss sich bewähren, ob und inwieweit ein christlich fermentiertes Ethos Ferment unserer Kultur geworden ist, immer noch ist und zum Wohle unseres Landes bleiben sollte.⁵

¹ Vgl. Oliver Nachtwey: „System ohne Stabilität. Der Niedergang der Volksparteien“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 2/2019, S. 92–105.

² Vgl. Armin Nassehi: *Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft*, München 2019.

³ Vgl. zu diesem leider chronischen Problem den immer noch lesenswerten Beitrag von Wilhelm Hennis „Meinungsforschung und repräsentative Demokratie“, in dem Hennis nicht an Kritik gegenüber den Meinungsforschungsverfahren spart und sich kräftig darüber ärgert, dass schon der „Bundestagswahlkampf im Jahre 1953 [...] in einem kaum zu überschätzenden Ausmaß auf der Grundlage der Expertisen eines deutschen Meinungsforschungsinstitutes geführt“ wurde. Vgl. Wilhelm Hennis: „Meinungsforschung und repräsentative Demokratie“, in: ders.: *Politik als praktische Wissenschaft*, München 1968, S. 125–161, hier S. 125.

⁴ Die Berufung auf ein christlich oder religiös bestimmtes Gewissen allein ist nicht ausreichende Erläuterung des C's im Parteinamen. Das – so wäre zu hoffen – ist auch in allen andern demokratisch legitimierten Parteien der Fall, wo Christinnen und Christen politisch Verantwortung übernehmen.

⁵ Vgl. Klaas Huizing: *Scham und Ehre. Eine theologische Ethik*, Reinbek 2018, S. 439.

Freiheit und Ordnung

Die Tradition des Liberalismus in der CDU

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974 in Auetal-Rehren, Leiter der Abteilung Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Schlimmer hätte die Abfuhr für Rainer Barzel kaum sein können. Als der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) am 10. Mai 1962 seine Denkschrift *Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die*

künftigen Aufgaben der CDU diskutierte, ließ Konrad Adenauer ihn auflaufen. Seit 1961 gehörte Barzel dem Bundesvorstand an. Mit der Ausarbeitung der Untersuchung hatte der Bundeskanzler den künftigen Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen selbst beauftragt, nachdem die Union in der Bundestagswahl 1961 die absolute Mehrheit verloren hatte. Denn die CDU wurde angesichts des gesellschaftlichen Wandels längst von einer Identitätskrise geplagt, die Adenauer schnell überwinden wollte. Doch machte Barzel eine

ganz andere Ursache für die Krise aus als der Kanzler. Wie viele Katholiken in der CDU sah auch Barzel eine Entwicklung mit Sorge, die damals als „Liberalisierung der Union“ bezeichnet wurde. Auch aus seiner Sicht durfte sich die CDU nicht von einer christlichen Weltanschauungspartei zu einer liberalkonservativen Wirtschaftspartei wandeln. Es gelte daher, das christliche Profil zu schärfen. Eine christliche Partei, so heißt es in Barzels nie gedruckter Studie, sei eine Vereinigung „von Menschen, die auch ihr politisches Handeln unter Gottes Wort und Gebot stellen“.¹

Doch der Bundeskanzler hielt nichts von solchen Gedankenspielen, wie er Barzel mit aller Deutlichkeit wissen ließ: „Mir ist diese Arbeit zu kirchlich. [...] Da nun einmal das kirchliche Denken in unserem Volke rapide zurückgeht und wir infolgedessen darauf angewiesen sind und damit rechnen müssen, daß wir die sogenannten Liberalen auch zu uns bekommen, müssen wir uns hüten, etwas zu tun, was die Liberalen beider Konfessionen abhalten könnte, für uns zu stimmen. Ohne die liberalen Stimmen können wir keine Mehrheit in Deutschland bekommen. [...] Ich denke immer, wenn ich einen solchen Satz lese, an einen Durchschnittskatholiken oder an einen protestantischen Liberalen, wenn der nun liest: Wir stellen unsere Politik unter Gottes Gebot! – Ich muß Ihnen ehrlich sagen, das ist mir etwas peinlich. Und ich wiederhole: Wir tun’s ja doch nicht! Meine Herren! Lassen wir uns doch nichts weismachen hier! Wir handeln nicht gegen Gottes Gebot, aber wir stellen auch nicht unsere Politik unter Gottes Gebot.“²

„DEM GEISTE NACH CHRISTEN“

Barzel, den Adenauer nun nicht mehr zur Arbeit an einer Neuorganisation der Partei heranziehen wollte, blieb freilich bei seiner Ansicht. Auf dem Dortmunder Bundesparteitag im Juni 1962 verschärfte er sie sogar, indem er erklärte, „daß unsere Politik sich immer gründet auf die 10 Gebote“.³ Adenauer bot nun seinerseits eine Definition des Verhältnisses von Unionspolitik und Christentum an. Vom Dekalog konnte keine Rede sein, sondern lediglich davon, dass die CDU all diejenigen vereinigen wolle, die „dem Geiste nach Christen sind“.⁴ Diese Äußerung Adenauers war im Kontext der Bundesrepublik der frühen 1960er-Jahre von einer verblüffenden Modernität. Wenn gleich Adenauer die zunehmende Säkularisierung aller westlichen Gesellschaften bedauerte, akzeptierte er doch ihre Folgen.

„Dem Geiste nach Christ“ – das war eine Minimalformel, die auch diejenigen einschloss, die nur noch am Heiligen Abend oder sogar niemals einen Gottesdienst besuchten. In dieser Antizipation kommender gesellschaftlicher Veränderungen war Adenauer damit nicht nur den entschiedenen Katholiken in der CDU weit voraus, sondern auch einem konservativen Protestanten wie Eugen Gerstenmaier. Dagegen sprach Adenauer in dieser Frage den oft

kulturprotestantisch geprägten Liberalen in der Union aus der Seele. Denn es stimmte ja nicht, dass die Liberalen, wie er in der Bundesvorstandssitzung sagte, erst jetzt zur CDU kamen. In Wirklichkeit waren sie längst da – nicht zuletzt, weil Adenauer sie immer gefördert hatte.

Sie kamen vor allem, aber nicht nur, aus den norddeutschen Landesverbänden, die aus kleineren Parteigründungen hervorgegangen waren. Diese Parteien hatten nach 1945 bewusst an die bürgerlich-protestantischen Parteien der Weimarer Republik angeknüpft: an die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) oder die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP). Die liberalen und konservativen Kleinparteien, die nach 1945 in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg gegründet wurden, vermieden in der Regel den Bezug auf das Christliche, da vor allem die liberalen, aber auch manche konservative Protestanten der Inanspruchnahme des Christentums durch eine Partei skeptisch gegenüberstanden. So entstand etwa in Schleswig-Holstein aus verschiedenen Gruppierungen zunächst eine Demokratische Union, die nennenswerte Verluste zu verzeichnen hatte, als sie ihrem Namen das „C“ hinzufügte. Prominente Beispiele für Liberale, die dem „C“ skeptisch gegenüberstanden, waren Elisabeth Schwarzhaupt, Gerd Bucnerius, Erik Blumenfeld und, für die jüngere Generation, Richard von Weizsäcker.

DAS „U“, NICHT DAS „C“

Weshalb sie und andere liberale Protestanten sich nicht der Freien Demokratischen Partei (FDP), sondern den Unionsparteien anschlossen, ist in jedem Fall individuell zu beantworten. Ein Motiv jedoch teilten sie alle: Mehr als das „C“ zog sie das „U“ an, das heißt der Gedanke an eine Überwindung der alten konfessionellen Spaltung und, soweit möglich, der Gegensätze zwischen den Klassen sowie zwischen Stadt und Land. Die mehr und mehr von Adenauer geprägte CDU hatte ihnen freilich nicht nur diesen Gedanken einer verschiedenen politischen Traditionen integrierenden Sammlungsbewegung anzubieten, sondern mit der Sozialen Marktwirtschaft auch ein liberales Wirtschaftskonzept, das mit Ludwig Erhard sogar von einem liberalen Ökonomen vertreten wurde.

Adenauer setzte dieses Konzept gegen den Widerstand der Christlich-Sozialen in den katholisch geprägten Arbeitnehmerschüssen durch. Aus deren Sicht sollte die Union die Mitte zwischen zwei angeblich gleichermaßen verwerflichen Extremen halten: zwischen dem Marxismus und eben dem als Manchestertum missverstandenen Liberalismus. Als Erhard sein Konzept am 25. Februar 1949 auf Wunsch Adenauers im Ausschuss der CDU der britischen Zone vorstellte, warf Johannes Albers, Mitbegründer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), ein, das „Prinzip einer liberalen

Wirtschaft“ dürfe nicht an die Stelle des mühsam erarbeiteten Ahlener Programms treten.⁵ Dass ein CDA-Vertreter so argumentierte, kann nicht überraschen. Bemerkenswerter ist, dass Erhard sich mit der Erklärung verteidigte, er lehne den Liberalismus ab, den ihm Albers „vielleicht unterschieben“ wolle.⁶ Natürlich meinte auch der künftige Wirtschaftsminister damit lediglich den Manchester-Liberalismus, der in den ersten Jahrzehnten der CDU von vielen als Negativfolie bemüht wurde. Gegen diesen Laissez-faire-Liberalismus setzte Erhard das geprägte Konzept, das unter dem Namen Soziale Marktwirtschaft zum Markenzeichen der Union werden sollte. Es war stark vom Neoliberalismus geprägt, der das glatte Gegenteil dessen war, wofür der Begriff heute meist in polemischer Absicht gebraucht wird.

Tatsächlich hat der Neoliberalismus im eigentlichen Sinne seinen Ursprung in der Krise, die den wirtschaftlichen und politischen Liberalismus in den 1930er-Jahren heimgesucht hatte. Im Jahr 1938 diskutierten namhafte Ökonomen, Philosophen, Historiker und Soziologen darüber, wie das liberale System angesichts einer von zwei Seiten heraufziehenden totalitären Bedrohung zu retten sei. Manche von ihnen, wie Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek, konnten beim klassischen Liberalismus keinen oder kaum einen Fehler entdecken. Andere, wie Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Walter Eucken, glaubten, dass der Liberalismus auf eine neue Grundlage gestellt werden müsse, dass der Markt durch eine Rahmenordnung einzuhegen sei. Dieser Neoliberalismus oder, im Falle Euckens und der Freiburger Schule, Ordoliberalismus beeinflusste das von Alfred Müller-Armack entwickelte und von Erhard propagierte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in entscheidendem Maße. Der Ordnungsgedanke und die moralisch-religiöse Dimension der Vorstellungen Euckens, aber vor allem Rüstows und Röpkes, ließ den Neoliberalismus zum idealen wirtschaftspolitischen Ansatz für eine christlich-demokratische Partei werden.

„FREIHEIT IST NICHT ZÜGELLOSIGKEIT“

Dass sich die Soziale Marktwirtschaft durchsetzen konnte, war Adenauer zu verdanken, der die Sozialausschüsse mit ihr versöhnte, indem er mit dem Aufbau eines ursprünglich begrenzt gedachten Wohlfahrtsstaats begann. Seine Entscheidung für den Liberalismus war nicht taktischer Natur. Vielmehr war er seit Langem davon überzeugt, dass nur marktwirtschaftlich-liberale Prinzipien Wirtschaftswachstum und Wohlstandsmehrung ermöglichen. Ebenso sah es Gerstenmaier, der auf dem Kieler Parteitag von 1958 unter dem Titel „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“ behutsam, aber deutlich die Vereinbarkeit von Christlicher Demokratie und Liberalismus vor Augen führte. Indem er sich auf Wilhelm von Humboldt als Vertreter des deutschen

Frühliberalismus und Friedrich Naumann als Begründer des sozialen Liberalismus in Deutschland berief, zugleich aber auch die „sozial-konservativen Energien aus dem alten Zentrum und aus dem nationalgestimmten Protestantismus“ würdigte,⁷ entwarf er eine frühe Skizze eines gleichermaßen konservativen wie sozialen Liberalismus.

Das Spezifische dieses CDU-Liberalismus ist seine Bindung an Werte und die auch von Alexis de Tocqueville vertretene Vorstellung, dass die Freiheiten immer einen Ordnungsrahmen brauchen. Adenauer hob auf dem Kieler Parteitag die große Bedeutung der Freiheit der Person hervor, auf der das politische und wirtschaftliche Leben beruhen müsse. Gleichzeitig machte er eine Einschränkung: „Wir alle wissen, dass Freiheit nicht Zügellosigkeit ist.“ Wenn das eine Distanzierung war, dann nur von den extremen Varianten des Liberalismus, sowohl vom Laissez-faire-Liberalismus als auch von einem linken, auf radikale gesellschaftliche Veränderungen und unregelmäßige Freiheit drängenden Progressivismus. Darüber hinaus war Adenauers Feststellung eine Bestätigung der Tradition des politischen Liberalismus, an deren Anfang viele Ideenhistoriker John Locke sehen.

KONSERVATIV UND NATIONAL?

Die Christliche Demokratie, das wollten sowohl Adenauer als auch Gerstenmaier sagen, steht nicht im Gegensatz zum Liberalismus – im Gegenteil: Sie kommt nicht ohne ihn aus. Damit bauten beide Politiker eine Brücke zwischen der in der CDU starken Zentrumstradition und den aus den liberalen Parteien der Weimarer Republik stammenden Politikern, vor allem denjenigen, die aus der DVP kamen. So entstand auf der Grundlage des politischen Katholizismus und des Nationalliberalismus ein neuer Politikansatz, in dem die alten Traditionen ein jeweils neues Gesicht annahmen. Der in die Christliche Demokratie eingewobene Nationalliberalismus unterschied sich von dem der FDP in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik durch seine unterschiedene Westorientierung.

Die Nationalliberalen, die sich der CDU anschlossen, setzten die Bewahrung der Freiheit vor die Wiederherstellung der Einheit. Und Adenauer, der nicht zu ihnen gehörte, machte sich trotz der Differenzen, die er in der Weimarer Republik mit Gustav Stresemann gehabt hatte, dessen Erbe zunutze. Das ging so weit, dass er sich 1956 für die Finanzierung eines Kinofilms über Stresemanns Westpolitik einsetzte und damit vor Augen führte, dass die gemäßigte Linie des Nationalliberalismus, die Stresemann verkörperte, am besten in seiner der Westbindung verpflichteten CDU aufgehoben war. So wandelte sich der gemäßigte Nationalliberalismus im Schoße der CDU zu einem spezifisch bundesrepublikanischen Liberalismus, der Protestanten wie Katholiken offenstand und für den die deutsche Nation

nur im Rahmen der westlichen Zivilisation, das heißt einer europäischen und transatlantischen Gemeinschaft der liberalen Demokratien, denkbar war. Dabei verbanden sich Wirtschaftsliberalismus und Verfassungskonservatismus zu einer Mischung, wie sie aus den anglo-amerikanischen Ländern bekannt ist.

Fast alle, die sich in der Geschichte der CDU zum Liberalismus bekannt haben, nahmen auch den Konservatismusbegriff für sich in Anspruch – allerdings nur im Sinne einer den Liberalismus bewahrenden Disposition. So stellte der Hamburger Erik Blumenfeld 1964 fest: „Konservativ sollten wir sein, was das Ideal der Freiheit betrifft. Es zu bewahren, sind unsere westlichen Verfassungen geschaffen worden.“⁸

Das Ziel der Liberalkonservativen in der CDU ist bis heute die Verteidigung des durch das Grundgesetz garantierten liberalen Systems gegen den doktrinären Egalitarismus von links und – neuerdings auch wieder – gegen den völkischen Radikalismus von rechts. Es ist richtig, dass die meisten von ihnen Protestanten waren. Man denke neben den bereits genannten etwa an Gerhard Schröder, Konrad Kraske, Ernst Albrecht, Volker Rühle oder Eberhard Diepgen. Kurt Birrenbach ist nur ein Beispiel dafür, dass es in der Ära Adenauer auch Katholiken in ihren Reihen gab. Heute würde niemand mehr auf die Idee kommen, die Frage nach der Konfession überhaupt zu stellen und zum Beispiel hervorzuheben, dass mit Friedrich Merz die Galionsfigur der Liberalkonservativen in der CDU katholisch ist. Der Liberalkonservatismus ist in der CDU längst Allgemeingut geworden. Adenauer hatte recht: Die CDU kann nicht auf den Liberalismus verzichten – heute so wenig wie in den 1950er- und 1960er-Jahren.

¹ Rainer Barzel: Untersuchungen über das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU. Vorgelegt aufgrund eines Beschlusses des Bundesvorstands der CDU vom 11.12.1961, o. O. 1962, § 121.

² Protokoll vom 10. Mai 1962, in: Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965. Bearb. von Günter Buchstab, Düsseldorf 1998, S. 220–270, hier S. 250.

³ Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.): 11. Bundesparteitag der CDU, Dortmund, 02.06.–05.06.1962, Hamburg 1962, S. 210.

⁴ Ebd., S. 205.

⁵ „25. Februar 1949: Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone in Königswinter“, in: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft, bearb. von Holger Löttel, Paderborn u. a. 2019, S. 148–188, hier S. 178.

⁶ Ebd., S. 186.

⁷ Eugen Gerstenmaier: „Staatsordnung und Gesellschaftsbild“, in: Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hrsg.), 8. Bundesparteitag der CDU, 18.09.–21.09.1958, Hamburg 1958, S. 90–108, hier S. 92.

⁸ Erik Blumenfeld: Chance Parteipolitik. Aus Reden auf Landestagen der Jungen Union Hamburg, 3. Mai 1964 und 15. Februar 1966, in: ders.: Profile. Persönliches und Politisches 1955–1970, Hamburg 1970, S. 63–71, hier S. 65.

Rechte Positionen in der CDU?

Vorschläge zur Abgrenzung des politisch Legitimen

KRISTINA SCHRÖDER

Geboren 1977 in Wiesbaden, 2002 bis 2017 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 2009 bis 2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, seit 2017 Kolumnistin bei der Tageszeitung „Die Welt“.

Es ist die Aufgabe von Parteien, als Transmissionsriemen zwischen Bevölkerung und Staat zu wirken – darüber besteht weitgehend Einigkeit. Der Anspruch des Bürgers ist dabei: Seine Position soll von einer Partei vertreten werden und damit im politischen Diskurs eine Rolle spielen.

Alle Parteien, die auf dem Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundord-

nung stehen, haben somit gemeinsam die Aufgabe, alle Positionen, die von Bürgern innerhalb dieses Spektrums in nennenswerter Anzahl vertreten werden, aufzunehmen, zu integrieren und zu artikulieren. Natürlich ist dennoch jede Partei programmatisch frei. Sie muss bei einer Verschiebung oder Verengung ihres inhaltlichen Spektrums jedoch damit rechnen, dass sich andere Parteien etablieren. So kam es in der deutschen Parteienlandschaft zunächst links, dann rechts zur Etablierung der Linkspartei beziehungsweise der Alternative für Deutschland (AfD).

Eine derartige Entwicklung bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Zahl der Wähler der sich programmatisch verengenden

Partei insgesamt sinkt. Unter Umständen lassen sich in der Mitte tatsächlich mehr Stimmen gewinnen, als links oder rechts verloren gehen. Dennoch ist eine solche Entwicklung demokratietheoretisch problematisch. Bürger, die linke oder rechte Positionen vertreten, aber eben nicht linksradikale oder rechtsradikale, und sich damit zweifelsohne mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung identifizieren, haben drei Möglichkeiten: eine Partei zu wählen, von der sie sich nicht mehr gehört fühlen, gar nicht zu wählen oder eine Partei zu wählen, deren moderater Flügel zwar ihre Positionen vertreten mag, deren radikaler Flügel aber zentrale Grundwerte unserer Gesellschaft infrage stellt. Diese Problematik zeigt sich auf der rechten Seite des Parteienspektrums wesentlich schärfer, da in der AfD inzwischen extremistische Kräfte deutlich stärker sind als in der Linkspartei.

Vielfach wird daher gefordert, dass die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) sich wieder stärker gegenüber rechten politischen Positionen öffnen soll – auch von der Autorin, die sich selbst diesem Flügel nicht zurechnet. Dies ist jedoch ein anspruchsvolles Unterfangen, sowohl in der Außenwahrnehmung als auch inhaltlich. In der Außenwahrnehmung wird sich die CDU bei einer Reintegration des rechten politischen Spektrums mit Kritik auseinandersetzen müssen. Diese Kritik wird mit moralischer Wucht formuliert werden. Denn sie fußt auch auf einer zweifachen Neudefinition des politisch Legitimen, die in den letzten beiden Jahrzehnten stattfand.

Ein antitotalitärer Konsens war für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland konstitutiv. In den 1950er- und 1960er-Jahren wussten viele noch aus ei-

gener Erfahrung, was Hannah Arendt meinte, wenn sie eindrücklich beschrieb, dass Nationalsozialismus und Stalinismus bei allen Unterschieden notwendig auf die „Ausscheidung von ‚Schädlichem‘ oder Überflüssigem zugunsten des reibungslosen Ablaufs einer Bewegung hinauslaufen“. Die erbarmungslose „Herrschaft des Terrors“, die daraus folgte, war für die jüdische Theoretikerin, die 1933 vor den Nazis floh, ein Element totaler Herrschaft. Nationalsozialismus und Stalinismus hielt sie für „Variationen des gleichen Modells“, und dieser Geist prägte die junge Bundesrepublik.

Mit der 68er-Bewegung wurde dieser Konsens erstmals in größerem Umfang angegriffen. Der Feind stand rechts und saß im Zweifel in Gestalt des eigenen Vaters am Küchentisch. Ho Chi Minh, Mao und Che Guevara waren die umjubelten Popstars der Bewegung, und man kann zugunsten dieser jungen Akademiker nur hoffen, dass im antiimperialen Kampf schlicht zu wenig Zeit blieb, sich mit dem Denken und Wirken dieser Figuren wirklich auseinanderzusetzen. Zwanzig Jahre später brach der Kommunismus zusammen, und der antitotalitäre Konsens erlebte eine letzte Blüte. Die Schicksale der Menschen, die dem Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen, der Frauenhaftanstalt Hoheneck oder dem Jugendwerkhof Torgau entkommen waren, zeigten drastisch, wie die vermeintlich so menschenfreundliche Ideologie des Sozialismus dem „neuen Menschen“, auf den sie angewiesen war, auf die Sprünge half: Menschen mussten unter Schlafentzug über Tage in knöcheltiefem Wasser stehen, Eltern wurden ihre Kinder weggenommen und angeblich schwer erziehbare Mädchen und Jungen gezwungen, ihr Erbrochenes zu essen.

Die Staatsräson des wiedervereinigten Deutschlands war daher zunächst immer noch streng antitotalitär.

Dies fiel auch erst einmal umso leichter, da das „Ende der Geschichte“ gekommen zu sein schien. Fortan ging es nicht mehr um die große Systemfrage, sondern nur noch darum, welche Positionen im politischen Diskurs als legitim gelten und mit welchen Parteien koalitiert werden darf. Mit der ersten Tolerierung einer SPD-geführten Regierung durch die SED-Nachfolgepartei 1994 im Magdeburger Landtag begann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), den antitotalitären Konsens aufzukündigen.

„KAMPF GEGEN RECHTS“

Anfangs war die Empörung groß – nicht umsonst konnte die Union mit der „Rote-Socken-Kampagne“ 1994 noch einmal knapp die Bundestagswahl gewinnen. SPD und auch Grüne waren also darauf angewiesen, für Kooperationen mit der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und späteren Linken, zu denen es in den folgenden Jahren immer häufiger kam, gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen. Der antitotalitäre Konsens der Bundesrepublik stürzte dabei nur. Ihn nach und nach aufzukündigen, half eine zweite Entwicklung, die Anfang der 1990er-Jahre begann.

Ausländerfeindliche Gewalttaten hatten Anfang der 1990er-Jahre ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen waren Orte, an denen Menschen allein wegen ihrer Nationalität oder Hautfarbe um Leib und Leben fürchten muss-

ten – und oft auch tatsächlich ermordet wurden.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wurde daraufhin zu Recht politisch immer relevanter; es entstand eine Vielzahl an Initiativen und Organisationen, die sich diesem Thema widmeten. Der Bund stellte in den folgenden Jahren stetig wachsende staatliche Mittel zur Verfügung – allein das Familienministerium inzwischen über 100 Millionen Euro im Jahr.

Allerdings bedeutet die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus im Subtext immer auch ein Aushandeln dessen, was im politischen Diskurs noch als legitim, als nicht extrem gilt. Das macht dieses Feld politisch so brisant. Die Linke in Deutschland hat dies erkannt und die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus clever und wirkmächtig zu ihrem Terrain gemacht.

Dafür nahm sie eine entscheidende Umdeutung vor: nämlich dessen, was eigentlich bekämpft werden soll. Aus dem Kampf gegen Rechtsextremismus wurde der „Kampf gegen Rechts“. Hier ist nicht bloß sprachliche Faulheit am Werk. Vielen, die sich mit staatlicher Unterstützung auf diesem Feld tummeln, geht es tatsächlich darum, alles zu bekämpfen, was nicht links ist.

Die alte 68er-These, dass die kapitalistische Gesellschaft eine zumindest präfaschistische sei, hallt hier noch nach. Und die Organisationen und Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens, die diesen „Kampf“ gern betont wacker unterstützen, scheint die mangelnde Unterscheidung zwischen rechten und rechts-extremen Positionen auch nicht zu stören – ebenso wenig, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus völlig unter den Tisch fällt.

In diesem geistigen Klima politisch rechte Positionen (wieder) in der CDU zu verorten, wird einigen Mut erfordern und noch mehr gedankliche Klarheit und Argumentationsbereitschaft, vor allem in der Abgrenzung zu rechtsradikalem Gedankengut. Hier bedarf es eindeutiger Kriterien.

Als Ausgangspunkt für die Suche nach geeigneten Abgrenzungskriterien lohnt sich ein Blick auf die theoretische Untermauerung des „Kampfes gegen Rechts“, also der Herangehensweise, die gerade nicht zwischen rechten und rechtsradikalen Positionen unterscheiden möchte. Hierfür wird meist auf die Forschungsergebnisse zur sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ rekurriert – einen Begriff, den der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer geprägt hat.¹

WAS SIND ABWERTENDE EINSTELLUNGEN?

Im Kern geht es bei gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit um feindselige Mentalitäten gegenüber bestimmten sozialen Gruppen, die aufgrund abwertender und ausgrenzender Einstellungen entstehen. Sie sollen den Kern rechtsradikalen Denkens ausmachen.

Was aber sind abwertende Einstellungen? Wenn man beispielsweise sagt „Muslime sind minderwertig“, ist dies eindeutig eine pauschale Abwertung aller Menschen, die einer bestimmten Religion angehören. Die Aussage aber „Muslime neigen häufig zu Gewalt“ ist anderer Natur. Auch sie ist fast immer abwertend gemeint, kann sich jedoch auf eine empirische Grundlage stützen: Es gibt die zweifelsohne seriösen Studien des bekannten

Kriminologen Christian Pfeiffer zur Verbreitung gewaltlegitimierender Männlichkeitsnormen unter Muslimen, auf die man sich berufen kann. In der Polizeilichen Kriminalstatistik sind Flüchtlinge, die überwiegend Muslime sind, bei Straftaten gegen das Leben, bei schwerer Körperverletzung und Vergewaltigung überrepräsentiert. Und natürlich gingen auch die meisten Terroranschläge der letzten zwei Jahrzehnte von Menschen aus, die Muslime sind und ihre Tat auch damit begründeten. Wer behauptet, „Muslime neigen häufig zu Gewalt“, wertet Muslime also nicht aufgrund eines diffusen Überlegenheitsgefühls ab, sondern kann sich auf Fakten stützen.

Die meisten Anhänger des Konzepts Heitmeyers würden hier wahrscheinlich nicht unterscheiden und sowohl die Aussage „Muslime sind minderwertig“ als auch die Aussage „Muslime neigen häufig zu Gewalt“ mit dem Verdikt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ versehen – dies wird aus der Formulierung der Items, mit denen „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ gemessen wird, deutlich.²

ABGRENZUNGSKRITERIEN

Die Autorin hingegen schlägt als ein *erstes* Abgrenzungskriterium zwischen rechtem und rechtsradikalem Denken das Vorhandensein einer *empirischen Grundlage* vor. Abwertende Aussagen, die schlicht eine eventuell sogar biologisch begründete Minderwertigkeit bestimmter Gruppen behaupten, sind eindeutig rechtsradikal, wenn nicht sogar rechtsextrem. Bei abwertenden Aussagen, die sich auf Fakten stützen können, ist dies erst einmal zu verneinen.

Allerdings sind auch Argumentationen auf empirischer Grundlage niemals per se objektiv. Jede Studie kann mit mehr oder weniger guten Argumenten angegriffen werden. Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik lassen sich fundiert dadurch relativieren, dass unter den Flüchtlingen junge Männer klar überrepräsentiert sind, und diese Personengruppe wird weltweit, in allen Kulturen, häufiger kriminell als alte Damen. Und natürlich gibt es noch den klassischen linken Einwand, der auf Gewalterfahrungen in der Kindheit und Jugend oder Ausgrenzung im aktuellen Leben der Täter verweist, was vielfach belegt zur Gewaltneigung beiträgt. Auch diese Einwände gegen die Aussage „Muslime neigen häufig zu Gewalt“ können sich also auf eine gewichtige empirische Grundlage stützen.

Wer hier im Recht ist, wird sich nicht ex cathedra und auch niemals abschließend entscheiden lassen. Aber der ernsthafte Diskurs darüber bringt uns schon weiter. Und daher ist dies ein *zweites* Abgrenzungskriterium zwischen rechtem und rechtsradikalem Denken: die *Diskursbereitschaft*. Rechtsradikale würden die genannten Argumente gegen die Behauptung einer höheren Gewaltneigung von Muslimen mit Verachtung beiseite wischen. Rechte hingegen würden wahrscheinlich Gegenargumente anbringen, um ihre ursprüngliche These zu stützen. Sie wären aber zumindest zu einer ernsthaften Auseinandersetzung bereit. Die Abgrenzungskriterien „Empirische Grundlage“ und „Diskursbereitschaft“ reichen aber noch nicht aus. Angenommen, man akzeptiert die Aussage „Mus-

lime neigen häufig zu Gewalt“ und steht einem einzelnen Mitglied dieser Gruppe, einem Muslim, gegenüber. Darf man ihm unterstellen, zu Gewalt zu neigen? Nein! Verdikte über einzelne Menschen dürfen niemals nur aufgrund von statistischen Häufungen von negativen Merkmalen in der Gruppe dieser Menschen gefällt werden. Jeder Mensch hat – und dies ist ein *drittes* Abgrenzungskriterium – erst einmal das Recht auf eine *individuelle Betrachtung seiner Person*.

Natürlich kann man einwenden, dass statistische Wahrscheinlichkeiten auch Aussagen über einzelne Personen zulassen. Dennoch ist es nicht nur eine zivilisatorische Errungenschaft, diese Annahme bewusst auszublenden und einer unbekannt Person nur aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit erst einmal nichts Negatives zu unterstellen, sondern es ist auch ein Gebot der Würde jedes einzelnen Menschen und damit konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben.

Sollte die CDU sich wieder stärker für rechte Positionen öffnen, wofür demokratietheoretisch einiges spricht, wird eine überzeugende und präzise Abgrenzung zu rechtsradikalem Gedankengut von existenzieller Bedeutung sein. Die drei skizzierten Kriterien können hierzu einen Beitrag leisten.

¹ Vgl. Wilhelm Heitmeyer: Deutsche Zustände, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 2002–2011.

² Zur Kritik an der Konzeption der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vgl. Viola Neu/Sabine Pokorny: „Ist ‚die Mitte‘ (rechts)extremistisch?“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65, 40/2015, S. 3–8.

Vom „Z“ zum „C“

Parteipolitische Weichenstellungen der frühen Nachkriegszeit

WOLFGANG TISCHNER

Geboren 1967 in Berlin, Abteilungsleiter Publikationen / Bibliothek, Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 19. November 1948 wurde in einer Pressekonferenz mitgeteilt, dass der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz

und damit wichtigste Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland, der Kölner Kardinal Josef Frings, den Präsidenten des Parlamentarischen Rates und Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) in der britischen Besatzungszone, den früheren Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, gebeten habe, ihn als Mitglied der

CDU zu betrachten. Diese knappe Nachricht, heute fast vergessen, war eine der folgenreichen Weichenstellungen für die Innenpolitik der späteren Bundesrepublik. Sie wurde von der Wählerschaft wahrgenommen als deutliche Parteinahme der katholischen Kirche in der Auseinandersetzung zwischen dem wiederbegründeten Zentrum und der neu entstandenen, interkonfessionellen CDU.

Drei Jahre zuvor, nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur im Frühjahr 1945, war die Frage der politischen Orientierung der Christen noch völlig offen: Sollten sich die Anhänger einer christlich ausgerichteten, demokratischen Staatsordnung wie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erneut anhand der konfessionellen Linien organisieren – auf katholischer Seite in einer Wiederbegründung der Zentrumspartei und bei den Protestanten zersplittert über liberale und konservative Parteiströmungen –, oder würde die Erfahrung der gemeinsamen Gegnerschaft zum Nationalsozialismus helfen, die jahrhundertalten gegenseitigen konfessionellen Vorbehalte zu überwinden und eine gemeinsame Partei aller Christlichen Demokraten zu begründen?

Die Antwort zeichnete sich schon in den ersten Monaten nach Kriegsende ab, man ist fast versucht zu sagen, auf basisdemokratische Weise: Überall in den vier Besatzungszonen kam es zu „Gründungskernen“ (Hans-Otto Kleinmann) einer interkonfessionellen Christlich-Demokratischen Partei, die ganz unterschiedliche Namen wie etwa „Christliche Partei“, „Christliche Volkspartei“ oder „Christlich-Soziale Volkspartei“ führten. Schnell setzte sich der in Berlin gefundene Name „Union“ durch, der dezidiert gewählt

wurde, um durch den historischen Anklang auch Protestanten den Schritt zu einer gemeinsamen Partei zu erleichtern. Dabei bildeten häufig katholische Geistliche und ehemalige Zentrumsmitglieder die Initiatoren.

RÜFFEL AUS DEM VATIKAN

Allerdings kam es, vor allem im Rheinland und in Westfalen, auch zur Wiedergründung der Zentrumspartei. Neben der Verwurzelung in der Tradition waren dabei oft der Wunsch nach einer „unverfälscht“ katholischen Partei und eine Fortsetzung der wirtschafts- und sozialpolitisch deutlich linken Zentrumspartien die entscheidenden Gründe. Zahlenmäßig waren auch in der britischen Besatzungszone die CDU-Gründungen im Vorteil, und bei etlichen Kontakten zwischen der offiziell am 14. Oktober 1945 in Soest neu begründeten Zentrumspartei und den deutschen Bischöfen zeichnete sich bereits die Sympathie der Mehrheit des Episkopats für eine interkonfessionelle Partei ab. Problematisch für die CDU war das Zentrum vor allem dadurch, dass es drohte, die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der CDU zu gefährden.

Bei den Kommunalwahlen im neu gebildeten Nordrhein-Westfalen erreichte die CDU im Oktober 1946 46 Prozent, das Zentrum 6,1 Prozent. Bei den Landtagswahlen im April 1947 waren es nur noch 37,5 Prozent, während das Zentrum auf 9,8 Prozent zugelegt hatte. Bei Konrad Adenauer, dem Vorsitzenden der CDU in der britischen Besatzungszone, ließ dies die Alarmglocken schrillen. Im Laufe der nächsten Monate wurde er mehrfach

brieflich oder persönlich bei Kardinal Frings vorstellig, um sich über angeblich zu zentrumsnahe katholische Geistliche zu beklagen oder eine offensivere Festlegung der katholischen Kirche auf die CDU zu fordern. Als im September 1948 der Parlamentarische Rat in Bonn zusammentrat und gleichzeitig der Münsteraner Bischof Michael Keller, der vielleicht profilierteste Zentrumssympathisant im deutschen Episkopat, seine Geistlichen zu strikter Neutralität verpflichtet hatte – was de facto dem Zentrum nützte –, drangen Adenauers Argumente beim Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz durch. Am 2. November 1948 teilte Frings Adenauer brieflich mit, dass er darum bitte, ihn „persönlich als Mitglied der CDU zu führen“.

Frings hatte damit eindeutig seine Kompetenzen überschritten: Ihm selbst war völlig bewusst, dass sein Schritt gegen Artikel 32 des 1933 abgeschlossenen Reichskonkordats verstieß, der die Entpolitisierung der katholischen Geistlichkeit vorschrieb und ihr parteipolitische Tätigkeit untersagte. Sozialdemokraten und Liberale stürzten sich im Parlamentarischen Rat begeistert auf die staatskirchenrechtlich zumindest problematische Mitgliedschaft von Frings, tappten dabei freilich in eine Bauernfalle. Die parlamentarische Diskussion und vor allem die Presseberichterstattung darüber – „der Kardinalfehler“, wie mehrere Zeitungen titelten – brachten die Parteinahme für die CDU erst recht ins öffentliche Bewusstsein.

Auf Anweisung von Papst Pius XII., der als Nuntius in Deutschland zu Zeiten der Weimarer Republik die Abschlüsse von Konkordaten vorangetrieben hatte, sollte das Reichskonkordat unbedingt beachtet werden. Auch innerhalb des Episkopats neigte zwar eine Mehrheit um den einfluss-

reichen Berliner Kardinal Konrad von Preysing der CDU zu; eine endgültige Entscheidung über eine öffentliche Festlegung war jedoch keineswegs gefallen. Die Quidung folgte prompt: Obwohl Pius XII. nicht dazu tendierte, seine Bischöfe oder gar Kardinäle zu desavouieren, musste Frings auf vatikanische Anweisung nach einem „Rüffel“ (so Frings wörtlich) seinen Austritt aus der CDU erklären. Allerdings schob er auf Bitten Adenauers die Veröffentlichung seines Austritts bis zur Verkündung des Grundgesetzes Ende Mai 1949 hinaus, damit dieser Schritt nicht als Missbilligung verstanden werden konnte. Die Entscheidung über die Parteipräferenz der katholischen Kirche war zu diesem Zeitpunkt allerdings schon gefallen: In der westdeutschen katholischen Öffentlichkeit war die CDU als Partei mit dem Segen der katholischen Kirche etabliert, das Zentrum damit dauerhaft marginalisiert.

WEIT MEHR ALS „NEUES ZENTRUM“

Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 erreichten CDU/CSU 31 Prozent, das Zentrum 3,1 Prozent. Die Union war damit auf Anhieb auf gesamtstaatlicher Ebene erfolgreicher als das Vorkriegs-Zentrum zu seinen besten Zeiten; die Strategie der konfessionellen Öffnung zahlte sich aus. Dies verdeutlicht schon, dass die von Liberalen und Sozialdemokraten gepflegte Wahrnehmung der CDU als „neues Zentrum“ viel zu kurz griff.

Entscheidend für die Gründung der Union war die veränderte kirchliche Perspektive auf die interkonfessionelle Zusammenarbeit. Zwar hatte es auch

schon im Zuge der Etablierung der Weimarer Republik vereinzelte Bereiche interkonfessioneller Zusammenarbeit gegeben, etwa 1919 in der Frage der Konfessionsschulen oder bei der Freien Wohlfahrtspflege, aber dies war nur punktuell erfolgt. Die Erfahrung der NS-Diktatur führte in beiden Kirchen zu einem Umdenken; das Gemeinsame überlagerte konfessionelle Animositäten jetzt deutlich. Dies ermöglichte überhaupt erst eine interkonfessionelle christliche Partei, das wohl wichtigste Unterscheidungskriterium im Parteiensystem der Bundesrepublik zur Weimarer Republik.

Die Mitarbeit evangelischer Christen in der Union brachte aus Sicht der Katholiken eine Reihe von Problemen mit sich, die vor allem das nun distanziertere Verhältnis zum Staat und die Heterogenität der politischen Vorstellungen auf evangelischer Seite betraf. Etwa in Fragen der Konfessionsschulen oder eines staatlichen Religionsunterrichts gingen die Meinungen zwischen konservativen Lutheranern oder Unierten, wie dem CDU-nahen Berliner Bischof Otto Dibelius und bruderrätlich orientierten Anhängern der Bekennenden Kirche, weit auseinander. Auf der „Habenseite“ freilich gelang der Ausbruch aus dem „Zentrumsturm“; anders als das Zentrum wurde die CDU durch die Verdoppelung ihres Wählerpotenzials erstmals strukturell mehrheitsfähig. Während das Zentrum auf Reichsebene immer nur ein kleinerer Koalitionspartner sein konnte, war die CDU von Anfang an in der Lage, der bestimmende Partner einer Koalition zu sein. Plötzlich bestand eine realistische Chance, das eigene Parteiprogramm als Richtschnur für den Aufbau eines neuen demokratischen deutschen Staates durchsetzen zu können.

Eine weitere wesentliche Veränderung ergab sich aus den Bestimmungen des Reichskonkordats. Hitler hatte, um ein Wiederentstehen des Zentrums dauerhaft zu verhindern, auf dem Entpolitisierungsartikel 32 bestanden, der eine Parteimitgliedschaft von katholischen Geistlichen verbot. Wenn man sich an die Rolle Geistlicher im Zentrum erinnert – zuletzt etwa des ehemaligen Parteivorsitzenden Ludwig Kaas, der bei der Abstimmung über das NS-Ermächtigungsgesetz und bei der Selbstauflösung des Zentrums 1933 eine unrühmliche Rolle gespielt hatte –, kann man durchaus die These aufstellen, dass Hitler sowohl der katholischen Kirche als auch der christlichen Demokratie unfreiwillig einen großen Gefallen getan hat.

DER „RICHTIGE ABSTAND“ ZU DEN KIRCHEN

Die Geistlichen standen in der Zentrumsparterie in einer doppelten Loyalität gegenüber Kirche und Partei, was mitunter schwierig wurde und was taktisch fähige Gegner wie Otto von Bismarck auch ständig auszunutzen versuchten. In der CDU, die sowieso anfangs mit Akzeptanzproblemen im evangelischen Volksteil zu kämpfen hatte, wären politische Prälaten kaum vermittelbar gewesen. Der richtige Abstand zur katholischen (Amts-)Kirche war somit in der Nachkriegszeit entscheidend für den Erfolg der CDU als interkonfessionelle Partei – also genau entgegengesetzt zur Situation im Zentrum.

Auch in der Organisation und dem Selbstverständnis beider Kirchen hatte die Zeit von 1933 bis 1945 zu gravierenden Veränderungen geführt. Im deutschen

Katholizismus war es unter dem Druck der Repression des Regimes zu einem Rückzug auf kirchliche Strukturen gekommen, einer „Verkirchlichung“ (Heinz Hürten). Etliche katholische Vorfeldorganisationen, wie etwa die Caritas-Vereine oder die Jugendarbeit, hatten sich unter das Dach der Bistumsverwaltungen geflüchtet, mit der Konsequenz, dass die Selbstorganisation durch Laien, eigentlich ein genuines Merkmal des deutschen Katholizismus, deutlich gegenüber der Zeit der Weimarer Republik zurückgedrängt war. Auf evangelischer Seite war eine unbedingte Staatsfixiertheit, ein Erbe des Summepiskopats bis 1918, in eine tiefe Skepsis gegenüber jeder staatlichen Macht umgeschlagen.

Folgenreich war katholischerseits der Entschluss, den „Volksverein für das katholische Deutschland“ nicht wieder aufleben zu lassen. Der heute vergessene Volksverein, 1890 unter anderem von Ludwig Windthorst begründet, zählte zu seinen Hochzeiten etwa 800.000 Mitglieder und bildete das zentrale Instrument der Selbstorganisation der katholischen Laienschaft in Deutschland. Der Volksverein fungierte als Organisator katholischen Vereinswesens, betrieb die Weiterbildung in einer Art Volkshochschulwesen, vor allem im Bereich der christlichen Gewerkschaften, und bildete insbesondere den organisatorischen Unterbau des Zentrums. Das Zentrum war im heutigen Sinne vor 1933 eigentlich keine Partei, sondern eine Art Honoratioren-Wahlverein. Wahlkampf, die Organisation von Veranstaltungen und die Mobilisierung der Wähler wären ohne den Volksverein nicht möglich gewesen. Die Entscheidung der deutschen Bischöfe, mit dem erst 1952 gebildeten Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine deutlich stärkere Anbin-

dung der katholischen Laien an die kirchlichen Strukturen zu versuchen, ermöglichte eine eigenständige Parteiorganisation der CDU, machte eine solche aber auch zwingend notwendig.

WELTANSCHAULICHE MITGIFT DER PROTESTANTISCHEN SEITE

Außerdem gab es eine kleine, aber feine „weltanschauliche Mitgift“ von der evangelischen Seite: eine Gruppe protestantischer Wirtschaftswissenschaftler um die sogenannte Freiburger Schule, die in den Endjahren der Weimarer Republik und während der NS-Zeit die Grundgedanken des Ordoliberalismus formuliert hatte. Wirtschaftspolitisch gab es im Zentrum im Kaiserreich und in Weimar eigentlich keine geschlossene Programmatik – die christlichen Gewerkschaften übten innerhalb des Zentrums großen Einfluss aus, die eigentliche wirtschaftspolitische Kompetenz lag jedoch immer bei den liberalen Parteien, und das Zentrum hatte wenig Neigung, sich hier hervorzutun.

Die evangelischen Wirtschaftswissenschaftler und -politiker – Alfred Müller-Armack, Franz Böhm, Franz Etzel und andere – wurden nach 1945 entscheidend dafür, dass die CDU nicht die programmatisch eher wirtschaftsdistanzierte Politik des Zentrums fortsetzte, sondern den Ordoliberalismus mit der Katholischen Soziallehre in einem innerparteilichen Kompromiss zur „Sozialen Marktwirtschaft“ verschmelzen konnte. Während das „Ahlener Programm“ von 1947 mit seinen Forderungen nach Vergesellschaftung der Energiewirtschaft und planwirtschaftlicher Lenkung noch weitgehend

den damaligen wirtschaftspolitischen Vorstellungen des (katholischen) Gewerkschaftsflügels entsprach, sind die „Düsseldorfer Leitsätze“ vom Juli 1949 die Geburtsstunde des Wirtschafts- und Sozialprogramms der CDU, wie es in seinen Grundzügen bis heute besteht. Verfasst von einer Arbeitsgruppe unter maßgeblicher Leitung von Franz Etzel als Programm für die Bundestagswahlen 1949, wurde ein Ausgleich zwischen sozialpolitischer Bindung des Eigentums und wirtschaftlicher Freiheit sowie Garantie des Eigentums gefunden. Dieses sozial- und wirtschaftspolitische Fundament der Bundesrepublik hat nur in der interkonfessionellen Union entstehen können.

In der Folge entwickelte sich die Programmatik von Union und Nachkriegszentrum immer weiter auseinander. Die

Union wurde in den 1950er-Jahren zur Partei des Wirtschaftswunders und der Westbindung, mit Ludwig Erhard als ihrer (protestantischen) „Wahlkampflokomotive“. Das Zentrum wurde hingegen marginalisiert.

Literatur

Morsey, Rudolf: „Adenauer und Kardinal Frings 1945–1949“, in: ders.: Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Rechts- und Staatswissenschaftliche Veröffentlichungen der Görres-Gesellschaft, N. F., Bd. 80, Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997, S. 686–702.

Trippen, Norbert: Josef Kardinal Frings (1887–1978). Band 1: Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 94, Paderborn/München/Wien/Zürich 2003, S. 344–353.

Christlich statt liberal?

Das Gerede von einer illiberalen Christdemokratie

ARND KÜPPERS

Geboren 1973 in Rheydt (Mönchengladbach), Theologe und Sozialethiker, Stellvertretender Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle, Mönchengladbach.

Nach seiner Wiederwahl zum Ministerpräsidenten erklärte Viktor Orbán im Mai 2018 vor dem ungarischen Parlament, er wolle „die schiffbrüchige alte liberale Demokratie durch eine christliche Demokratie des 21. Jahrhunderts“ ersetzen. Das war nicht einfach so

dahingesagt, sondern eine programmatische Aussage, auf die er seitdem immer wieder zurückkommt – so etwa Ende Juli letzten Jahres bei seiner Rede auf der 29. Bálványos-Sommeruniversität im rumänischen Siebenbürgen.

„Die christliche Demokratie“, so Orbán, „ist per definitionem nicht liberal: Sie ist, wenn man so will, illiberal.“ Diese gewagte These konkretisiert Orbán anhand dreier Themen, die ihm besonders am Herzen liegen: Die liberale Demokratie, sagt er *erstens*, setze sich für den Multikulturalismus ein,

während die Christdemokratie die christliche Kultur bewahren wolle, und das sei ein illiberales Ziel. *Zweitens*: Die liberale Demokratie sei *für* Einwanderung, die Christdemokratie sei *gegen* Einwanderung – und das sei ein „wahrhaft illiberales Konzept“. Und *drittens* stehe die liberale Demokratie für eine Aufweichung des Familienbegriffs, während die Christdemokratie das traditionelle christliche Familienmodell bewahren wolle; auch das sei illiberal.

Wenn es nur um Orbán ginge, könnte man es dabei bewenden lassen, dass dieser mit seinen Thesen eine Art Kulturkampf heraufbeschwören möchte, um seine zunehmend autoritären Ambitionen zu kaschieren. Sein politisches Narrativ von der „illiberalen Christdemokratie“ steht aber in einem weiteren Kontext. Auch andere politische Machthaber versuchen, durch Berufung auf Nation, Tradition und Christentum ihre autoritären Herrschaftstendenzen zu rechtfertigen. Besonders erfolgreich in dieser Disziplin ist der russische Präsident Wladimir Putin. Bei seiner Amtseinführung als wiedergewählter Präsident im Mai 2018 hat er drei Männern exklusiv die Hand geschüttelt: Ministerpräsident Dmitri Medwedjew, Kyrill I., dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, und Altkanzler Gerhard Schröder. Davon verlieh der eine dem Autokraten den kirchlichen Segen, der andere zum wiederholten Male den Anschein eines lupenreinen Demokraten.

„IS THE POPE TOO LIBERAL?“

Derlei Selbstinszenierungen fallen auch bei Menschen auf fruchtbaren Boden, die dafür nicht mit hochdotierten Aufsichtsratsposten in russischen Staatsunternehmen entlohnt werden. Ebenso wenig handelt es sich nur um Pegida-Demonstranten. Auch manche konservative Christen stilisieren Putin und Orbán zu Rettern des Abendlandes, während sie bisweilen Papst Franziskus im gleichen Atemzug linksliberale Beliebigkeit vorwerfen. So etwas mag in Deutschland – zumindest derzeit noch – als völlig abseitige Meinung wahrgenommen werden, für die es allenfalls in Schmuddelecken des Internets einen Platz gibt. In anderen Ländern hingegen bekennen sich mittlerweile selbst christliche Intellektuelle zu dezidiert antiliberalen Positionen. So befürwortet der zum Katholizismus konvertierte amerikanische Harvard-Professor Adrian Vermeule ausdrücklich Orbáns Idee von einer illiberalen Christdemokratie. Und damit steht er in der amerikanischen Debatte keineswegs allein.

Bereits im Sommer 2003 stellte der *National Catholic Reporter* die Frage: „Is the pope too liberal?“ Gemeint war dabei wohlgerneht Papst Johannes Paul II., denn auch er war nicht wenigen erzkonservativen Katholiken und evangelikalen Protestanten zu liberal. Zu diesem illustren Kreis dezidiert antiliberaler Christen gehören neben Vermeule etwa der weltbekannte schottisch-amerikanische Philosoph Alasdair MacIntyre, die australische Theologin Tracey Rowland oder der amerikanische Politikwissenschaftler

Robert P. Kraynak. Letzterer veröffentlichte 2001 ein Buch mit dem Titel *Christian Faith and Modern Democracy*, in dem er die These entfaltete, dass das Christentum letztlich unvereinbar mit dem liberalen Verständnis von Demokratie und Menschenrechten sei.

Diese Sicht der Dinge hat seitdem eine beträchtliche Zahl von Anhängern hinzugewonnen, und nicht nur Orbáns Programm der illiberalen Christdemokratie zeigt, dass sie zwischenzeitlich aus der Sphäre intellektueller Gedankenspiele in die Arena der politischen Auseinandersetzung gewandert ist. Gründe genug also, um noch einmal die Frage nach dem Verhältnis von Christentum und liberaler Demokratie zu stellen und sich zu vergewissern, welche Rolle die Christdemokratie in diesem Zusammenhang gespielt hat und in gewisser Weise immer noch spielt.

CHRISTENTUM UND LIBERALE MODERNE

Ganz am Anfang der Christdemokratie stand der im 19. Jahrhundert aufkeimende Politische Katholizismus. Dieser war eine Folgeerscheinung des Kirchenkampfes während der Französischen Revolution und einer Reihe ähnlicher Konflikte im 19. Jahrhundert. Und meist stand dabei eben der Katholizismus im Fokus, denn während sich der Mainstream im Protestantismus mit der bürgerlichen Moderne zumindest arrangierte, verfolgte die katholische Kirche seinerzeit den Kurs eines intransigenten Antimodernismus.

Bei einer ausschließlichen Betrachtung dieses historischen Abschnitts könnte man prima facie also tatsächlich den Eindruck gewinnen, am Beginn der Christdemokratie habe der Kampf gegen die liberale Moderne gestanden. Auf den zweiten Blick stellt sich die Angelegenheit jedoch differenzierter dar. Denn die angesprochenen Konflikte in Europa waren in erster Linie machtpolitischer und nicht kultureller Natur. Das ist daran zu erkennen, dass dort, wo die Umstände andere waren als in Europa, die Geschichte auch anders verlaufen ist, etwa in den USA. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts hielt der Liberale Alexis de Tocqueville (1805–1859) in seinen berühmten Beobachtungen *Über die Demokratie in Amerika* fest: „Bei uns [in Frankreich] sah ich den Geist des Glaubens und den Geist der Freiheit fast immer entgegengerichtet. Hier [in den USA] fand ich sie innig miteinander verbunden: sie herrschten zusammen auf dem gleichen Boden.“¹

Fragt man nach dem Verhältnis von Christentum und liberaler Moderne, muss man immer unterscheiden zwischen der politischen Ereignisgeschichte, in der sich Machtkonflikte abbilden, und der Geschichte kultureller Genealogie. Zu letzterer hat Jürgen Habermas, ein gänzlich unverdächtigter Zeuge, einmal festgestellt: „Das Christentum ist für das normative Selbstverständnis der Moderne nicht nur eine Vorläufergestalt oder ein Katalysator gewesen. Der egalitäre Universalismus, aus dem die Ideen von Freiheit und

solidarischem Zusammenleben, von autonomer Lebensführung und Emanzipation, von individueller Gewissensmoral, Menschenrechten und Demokratie entsprungen sind, ist unmittelbar ein Erbe der jüdischen Gerechtigkeits- und der christlichen Liebesethik. In der Substanz unverändert, ist dieses Erbe immer wieder kritisch angeeignet und neu interpretiert worden. Dazu gibt es bis heute keine Alternative. Auch angesichts der aktuellen Herausforderungen einer postnationalen Konstellation zehren wir nach wie vor von dieser Substanz. Alles andere ist postmodernes Gerede.“²

BEWEGUNG DES CHRISTLICHEN PERSONALISMUS

Auch wenn man nicht so weit in die Kultur- und die Ereignisgeschichte zurückgeht, sondern nur die moderne, sich nach dem Zweiten Weltkrieg formierende politische Bewegung der Christdemokratie in den Blick nimmt, erweist sich das Postulat einer „illiberalen Christdemokratie“ als Widerspruch in sich.

Der wohl wichtigste geistige Vater der modernen Christdemokratie war der französische Philosoph Jacques Maritain (1882–1973). Maritain war anfangs, wie viele konservative französische Katholiken seiner Generation, antirepublikanisch und antiliberal eingestellt. Seinem ersten politischen Buch gab er im Jahr 1922 den programmatischen Titel *Antimoderne*. Er stand der von Charles Maurras gegründeten extrem rechten *Action française* nahe und war tief enttäuscht, als diese 1926 von Papst Pius XI. als mit dem Katholizismus unvereinbar verurteilt wurde.

Zum radikalen Umdenken brachte Maritain die Konfrontation mit Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus. Angesichts der Erfahrung, wie die totalitären Regime die Freiheit und Würde der Menschen mit Füßen traten, schloss er sich der Bewegung des christlichen Personalismus an. Dabei handelte es sich um keine einheitliche philosophische Denkschule, sondern um eine lose Gruppe von Philosophen und politischen Aktivisten, deren Gemeinsamkeit darin lag, dass sie in Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts entschieden für die unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person einstanden. Mit seinem 1936 erschienenen Buch *Humanisme Intégral* wurde Maritain zum wichtigsten Kopf dieser Bewegung. Hier reformulierte er die Freiheitsphilosophie und den Humanismus der Moderne unter christlichen Vorzeichen.

Philosophische Puristen mögen einwenden, dass Maritain dabei hinter der reinen Autonomielehre der Aufklärungsphilosophie zurückblieb, indem er den von ihm vertretenen „theozentrischen oder wahrhaft christlichen Humanismus“ scharf von einem bloß „anthropozentrischen Humanismus“ abgrenzte. Was in theoretischer Perspektive eine Inkonsistenz sein mag, zeigte jedoch in praktischer Hinsicht geradezu fulminante Wirkung, weil Maritain

auf diese Weise auch für konservative Christen, namentlich für die immer noch mit einem Fuß im Antimodernismus feststeckenden Katholiken, eine gangbare Brücke in die freiheitliche Moderne baute. Er wurde damit zu einem der wichtigsten Wegbereiter des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965).

Ähnliches lässt sich über Maritains Buch *Christianisme et Démocratie*, erschienen 1943, sagen. Wie sein Landsmann Tocqueville hundert Jahre vor ihm nahm er Bezug auf die amerikanische Demokratie, die nach seiner Überzeugung trotz des großen Einflusses ökonomischer Interessen nie ihren christlichen Ursprung vergessen hatte. Diese amerikanische Demokratie grenzte er von den kontinentaleuropäischen Demokratien ab, die er von dem Geist eines aggressiven Rationalismus und Säkularismus geprägt sah, weswegen sie auch reihenweise den totalitären Ideologien erlegen seien. Auch das mag, zumal aus heutiger Sicht, keine wirklich überzeugende ideengeschichtliche Analyse sein. Abermals gilt hier jedoch, dass die Mängel in der Theorie durch die positiven Wirkungen in der Praxis mehr als aufgewogen wurden.

PROGRAMMATISCHE GRUNDLAGE FÜR DIE CHRISTDEMOKRATIE

Das wird bereits deutlich, wenn man sich Maritains biographischen Hintergrund vor Augen führt: die Prägung durch die Erfahrung des extrem feindseligen Laizismus in Frankreich und der korrespondierenden antirepublikanischen und autoritären Tendenzen im französischen Katholizismus. Diesen Gordischen Knoten hat Maritain zerschlagen, indem er die Demokratie vom Evangelium und von Prinzipien der christlichen Ethik her rechte fertigte und begründete. Damit hat er zugleich die programmatische Grundlage für eine der erfolgreichsten politischen Bewegungen der Nachkriegsära in Europa gelegt: die Christdemokratie. Zu deren Markenzeichen wurde dabei gerade die feste Verankerung in der westlich-liberalen Wertegemeinschaft, ausgedrückt in dem unverrückbaren Bekenntnis zur transatlantischen Allianz und zum europäischen Friedens- und Gemeinschaftsprojekt.

Freilich könnte dennoch der ein oder andere auf die Idee kommen, Maritains Denken für das Modell einer illiberalen Christdemokratie in Anspruch zu nehmen. Schließlich hat Maritain – wie dargelegt – sein christlich reformuliertes Demokratiekonzept von einem liberalen abgesetzt. Zu diesem Argument wird aber nur der greifen, der die Dinge gänzlich unhistorisch betrachtet. Noch einmal: Maritains Überlegungen sind vor dem Hintergrund der Geschichte des Konfliktes zwischen Kirche und Staat in der europäischen Moderne zu sehen. Mit Blick darauf kritisierte er eine bestimmte Spielart des modernen Liberalismus, wie sie etwa in Frankreich von Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) oder den Physiokraten vertreten wurde. Indem er aber seine eigenen Ideen in Anlehnung an die amerikanische Demokratie entwickelte,

rezipierte er den angelsächsischen Liberalismus in der Tradition John Lockes (1632–1704) positiv. Diesen Unterschied haben auch andere gemacht, etwa Friedrich August von Hayek (1899–1992), einer der großen Liberalen des 20. Jahrhunderts.

CHRISTLICHES BEKENNTNIS ZUR DEMOKRATIE

Darüber hinaus steht Maritain mit seinem Denken ganz am Anfang der Christdemokratie. Diese hat sich seitdem weiterentwickelt, und zwar in dem Modus, den Habermas für die ganze christlich imprägnierte Kultur der Moderne beschreibt: kritische Aneignung und Neuinterpretation des Erbes. In der Tat gibt es dazu keine Alternative. Das Konzept einer „illiberalen Christdemokratie“ fällt demgegenüber zweifellos unter die Kategorie des postmodernen Geredes. Es ist schon aus historischer Perspektive unhaltbar; aus heutiger Sicht steht es im diametralen Gegensatz zu dem, was sowohl evangelische als auch katholische Theologie und Kirche zu dem Themenkomplex Demokratie und Freiheitsrechte sagen.

Gleichwohl ist unübersehbar, dass Populismus, autoritäres und illiberales Denken derzeit Auftrieb haben. Als Folge erleben wir weltweit eine „Rezession der Demokratie“ (Larry Diamond), und auch die politischen Auseinandersetzungen in Europa und Deutschland sind zunehmend von diesem Wandel geprägt. Dieser Antiliberalismus wird manchmal christlich verbrämt, wie Orbán es tut. Ein anderes Mal tritt er im dezidiert antichristlichen Gewand auf, wie etwa bei Alain de Benoist, dem Vordenker der *Nouvelle Droite*. So oder so: Christinnen und Christen können in dieser Auseinandersetzung nicht abseits stehen. Es ist deshalb gut, dass die beiden Kirchen in Deutschland Anfang April dieses Jahres ein Gemeinsames Wort mit dem Titel „Vertrauen in die Demokratie stärken“ veröffentlicht haben.³ Es geht ihnen darum, so heißt es im letzten Abschnitt des Papiers, aus christlichem Antrieb die Demokratie als Ordnung der Freiheit zu erhalten.

¹ Alexis de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*, München 1984, 2. Aufl., S. 341.

² Jürgen Habermas: „Ein Gespräch über Gott und die Welt“, in: ders.: *Zeit der Übergänge*. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt a. M. 2001, S. 173–196, hier S. 174 f.

³ *Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der EKD, Bonn/Hannover 2019, 51 Seiten (Gemeinsame Texte; 26).

„Unter Beschuss“

Akademische Freiheit in Zeiten des Brexit

ANTHONY GLEES

Geboren 1948 in Oxford, Historiker und Politikwissenschaftler, emeritierter Professor für Politikwissenschaft, University of Buckingham, und ehemaliger Leiter des Centre for Security and Intelligence Studies (BUCSIS).

In einem Interview mit der *Zeit* vom 12. Juni 2019 behauptete der gefeierte Historiker und Spezialist für Finanz-, Wirtschafts- sowie europäische Geschichte Niall Ferguson: „Über die Universitäten in

den USA und Großbritannien ist eine Welle der Intoleranz hereingebrochen, die ich zutiefst beunruhigend finde. An Universitäten sollten *alle Ideen [Hervorhebung durch den Autor]* frei diskutiert werden, Professoren sollten frei ihre Meinung sagen. Das Gegenteil ist momentan der Fall. Viele fühlen sich eingeschränkt, frei zu sprechen. Professoren werden angegriffen und mit disziplinarischen Konsequenzen bedroht.“ Ferguson zitierte den Fall eines amerikanischen Kollegen und sagte weiter, die Angriffe träfen alle Professoren,

„die aus der Reihe tanzen und sich von der vorherrschenden Orthodoxie der Linken distanzieren. Wir Akademiker stehen unter Beschuss und wir müssen uns organisieren, um unsere akademische Freiheit zu verteidigen.“

Ferguson ist ein konservativer Akademiker, der den Brexit unterstützt. Zunächst vertrat er den Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union (EU), wechselte aber die Seiten, als der Brexit siegte. Ausgebildet in Oxford, wo er regelmäßig lehrte, schreibt er auch Leitartikel für die Londoner *Sunday Times* von Rupert Murdoch. Seine Behauptung, eine Welle linker Intoleranz sei über die britischen und amerikanischen Universitäten hinweggeschwappt und Akademiker seien aus Angst vor Disziplinarmaßnahmen und studentischer Gewalt nicht in der Lage, ihre Meinung frei zu äußern, ist nicht von der Hand zu weisen („britisch“ schließt in diesem Fall Schottland nicht mit ein, das über ein eigenes Universitätssystem verfügt). Nicht weniger beunruhigend ist die Behauptung, dass Akademiker „unter Beschuss“ geraten, wenn sie sich nicht nach „der vorherrschenden Orthodoxie“ richten. Dies sind schwerwiegende Vorwürfe.

Westliche Universitäten müssen grundsätzlich im wahrsten Sinne des Wortes liberal sein, denn ohne akademische Freiheit verlieren alle akademischen Aktivitäten ihren Wert, und die Gesellschaft, die sich auf die Akademien stützt, verliert selbst ihre Freiheit. Universitäten müssen Orte der Rationalität, der objektiven wissenschaftlichen Untersuchung und Begutachtung sein. Freiheit der Forschung, Freiheit der Debatte im Rahmen der Gesetze, Freiheit zur ungestraften Kritik sind Hauptbestandteile des Instrumentariums eines jeden Akademikers an jeder west-

lichen Universität. Kaum etwas ist illiberaler als die Politisierung von Universitäten. Nur die sachgemäße Ausübung dieser akademischen Freiheiten verleiht den Akademien ihre zentrale Rolle bei der Gestaltung moderner liberaler Demokratien und ihrer Institutionen. Der namhafte britische Pädagoge Lord Dearing zählte 1997 verpflichtende Ziele auf: „Dem Einzelnen die Entwicklung seiner Fähigkeiten zu ermöglichen, Wissen und Verständnis zu mehren und ihre praktische Anwendung zum Nutzen der Wirtschaft und der Gesellschaft zu unterstützen [...] sowie eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung einer demokratischen, zivilisierten und inklusiven Gesellschaft zu spielen“.

Falls in den „harten“ Naturwissenschaften und auch in den „weicheren“ Sozialwissenschaften die Freiheit der Rede sowie der Forschung tatsächlich nichts mehr gelten, verlieren die Universitäten sowohl ihren Platz in einer liberalen zivilisierten Gesellschaft als auch ihr Anrecht auf Finanzierung. Mit anderen Worten: Wenn Fergusons Vorwurf gerechtfertigt ist, sind die britischen (und die amerikanischen) Universitäten in großen Schwierigkeiten und bewegen sich auf eine existenzielle Krise zu.

FINANZIERUNGSPROBLEME

Die Freiheit, objektive wissenschaftliche Urteile zu fällen und unvoreingenommen zu lehren, ist die akademische Seite des „Vertrags“, der es dem Staat erlaubt, Steuergelder für die höhere Bildung auszugeben. Es geht um große Summen. 2017 waren in Großbritannien 49 Prozent einer bestimmten Alterskohorte an einer der

164 Universitäten im Vereinigten Königreich zur höheren Bildung oder zur Weiterbildung eingeschrieben. Bis 1980 war das Studium kostenlos; heutzutage zahlen die Studierenden mindestens 9.250 Pfund pro Jahr. Zwar gibt es für sie Kredite, diese sind jedoch kostspieliger als auf dem freien Markt (aufgrund der langen Rückzahlungsfrist). Laut offiziellen Angaben summierten sich die Außenstände im März 2019 auf 121 Milliarden Pfund; die Regierung geht davon aus, dass siebzig Prozent davon nicht voll zurückgezahlt werden.

Gleichzeitig soll die staatliche Finanzierung der Universitäten bis 2020 um 120 Millionen Pfund verringert werden. Dazu kommt eine seit dem Brexit-Referendum um sieben Prozent gesunkene Zahl von Studierenden aus der EU und ein potenzieller Verlust von sechzehn Prozent an Forschungsgeldern aufgrund des Brexit. Es heißt, dass zumindest eine Universität einen Staatskredit von einer Million Pfund benötigt hätte, um einen Bankrott abzuwenden. 36.000 britische Akademiker sind Bürger der EU. Wenn sie gehen (was einige bereits tun), könnten weniger Lehrende und unzufriedenere Studierende die Folge sein. Es ist nicht schwer, zu erkennen, warum die britischen Universitäten in einer tiefen finanziellen Krise stecken und nur schlecht gerüstet sind, einem Angriff zu widerstehen, bei dem ihnen Pflichtvergessenheit vorgeworfen wird.

Bevor wir das Ganze näher betrachten, müssen wir zwischen der freien Rede von Akademikern und der freien Rede von anderen (Demagogen und Predigern) unterscheiden, die selbst keine Akademiker sind, aber den Universitätscampus für politische Zwecke nutzen wollen und behaupten, das Recht der freien Rede erlaube ihnen, dort alles zu sagen, was sie

sagen wollen. Das englische Recht garantiert die akademische Redefreiheit; sie gilt jedoch nur für Akademiker und nur „gesetzeskonform“ (absolute Redefreiheit gibt es für niemanden und nirgendwo, nur für Abgeordnete und selbst dann nur im Parlament), und auch auf dem Campus gelten Gesetze, die Hetze und Verleumdung verbieten.

DER FALL NOAH CARL

Ferguson lieferte kein Beispiel für einen britischen Akademiker, der als Opfer eines Angriffs auf die akademische Redefreiheit angesehen werden könnte. Hätte er das getan, dann hätte er womöglich den Fall von Noah Carl zitiert, einem promovierten Soziologen von Oxford. Carl, der auf den Forschungsfeldern Genetik, Intelligenz, Kriminalität und Ethik arbeitet, verlor im Mai 2019 ein Forschungsstipendium am St Edmund's College in Cambridge, das ihm von einem akademischen Beirat verliehen worden war.

Auf den ersten Blick beweist Carls Schicksal gemeinsam mit anderen Ereignissen scheinbar, dass Ferguson recht hat, wenn er eine neue Norm politischer Intoleranz an den britischen Universitäten diagnostiziert. Wenn dem so wäre, dann wäre Carls Entlassung tatsächlich illegal, und das mit gravierenden Folgen. Bei näherer Betrachtung ist jedoch das tatsächliche Problem nicht politisch, sondern eine komplexe Verbindung akademischer Ethiknormen und Wertbegriffe.

Als bekannt wurde, dass Carl für diese prestigeträchtige Stelle vorgesehen war, wandten sich 586 Akademiker schriftlich an das College, bezichtigten ihn einer

„rassistischen Pseudowissenschaft“ und forderten „eine öffentliche Erklärung, in der sich das College von jeder Forschung distanziert, die versucht, eine Verbindung zwischen Rasse, Geschlecht, Intelligenz und Kriminalität herzustellen, um einen Faktor mit dem anderen zu erklären“. Sie behaupteten, eines von Carls Forschungsthemen deute auf einen Zusammenhang zwischen Wahlbetrug und der Verheiratung von Cousins und Cousinen unter britischen Pakistanis und Bangladeschis hin. Einige Angehörige des Colleges sagten, dass die Bestellung eines Fellows mit Ansichten wie denen von Carl die Würde der College-Mitglieder verletze und dass seine Forschungsarbeiten und Verbindungen wissenschaftlich von geringer Qualität seien, rechtsextreme Ansichten verbreiteten und Religions- und Rassenhass propagierten.

AUFRUF ZU RASSEN- UND RELIGIONSHASS?

Das College reagierte darauf mit der Einrichtung zweier Gremien, die die Angelegenheit untersuchen sollten. Das erste stellte fest, dass Carl ordnungsgemäß eingesetzt worden und vom intellektuellen Standpunkt her der beste Kandidat gewesen war. Das zweite Gremium, das den Auftrag hatte, Carls Arbeit eher allgemein zu betrachten, stellte jedoch fest, er habe „Arbeiten veröffentlicht, die nicht den Kriterien für Ethik und Integrität in der Forschung entsprechen“, und „dieser problematische Teil der Arbeiten von Dr. Carl“ habe dazu geführt, „dass er nicht den Schutz genieße, der sonst der akademischen Redefreiheit zukommt“. Des

Weiteren wurde dargelegt, dass Carl bei der Ausführung seiner Arbeiten mit Personen zusammengearbeitet habe, die bekanntermaßen extremistische Ansichten verträten. Es bestehe ein ernsthaftes Risiko, dass die Einstellung von Carl direkt oder indirekt dazu führen könnte, dass das College als Plattform für die Vertretung von Ansichten genutzt werden könnte, die zu Rassen- oder Religionshass aufrufen und den Ruf des College schädigen könnten. Zum Abschluss forderten sie die sofortige Ablösung Carls von seinem Posten, und so geschah es. Im Endeffekt wurde er entlassen.

Carl antwortete darauf, er sei das Opfer einer politisch linksgerichteten akademischen Kultur. Er schrieb: „1960 zeigten Studien, dass 30 Prozent der Akademiker die Konservativen und 45 Prozent Labour unterstützen. 2015 jedoch bezeichneten sich nur 11 Prozent der Akademiker als konservativ und 70 Prozent als Pro-Labour.“ Seine Gegner (von denen etliche keine Erfahrung auf seinem Gebiet hätten) bestünden darauf, Forschungen zu leugnen und zu verzerren, die angeblich heilige Werte der Linken bedrohten. Nigel Biggar, einflussreicher Theologieprofessor in Oxford, schloss sich dem an und veranstaltete eine Konferenz zur Unterstützung Carls. Er sagte, es müsse eine gegenläufige Spirale zur Dominanz des kulturellen Linksextremismus geben, der bestimme, welche Ansichten auf dem Campus akzeptabel seien.

Aber wurde Carl unrechtmäßig ein Opfer linksgerichteter politischer Vorurteile oder handelte es sich um eine Frage der akademischen Ethik, die die Universität selbst zu beurteilen hatte? Manche wurden von Carls Arbeit an die scheinbare Pseudowissenschaft zweier anderer

britischer Akademiker erinnert: Hans Eysenck, ein „rassistischer“ Flüchtling aus dem „Dritten Reich“ und Professor an der *London School of Economics and Political Science*, der in den 1980er-Jahren einen Bezug zwischen „Rasse“ und Intelligenzquotient hergestellt hatte, oder jüngst Andrew Wakefield, der behauptete, der MMR-Impfstoff zur Immunisierung gegen Masern, Mumps und Röteln verursache Autismus. Beide wurden allgemein diskreditiert, und der Letztgenannte richtete ganz sicher großen Schaden an, weil er Eltern dazu anhielt, ihre Kinder nicht impfen zu lassen, was zu „Tausenden von Todesfällen“ führte. Niemand behauptete, Wakefields akademische Freiheit habe ihn vor Disziplinarmaßnahmen geschützt.

HIPPOKRATES FÜR AKADEMIKER

Wenn Universitäten dazu da sind, der Gesellschaft zivilisierte Werte zu vermitteln, dann muss auch ihre Forschung zivilisiert sein. Die unausgesprochene Ethik der Akademien verlangt, dass Forschung nicht wertfrei sein und niemals Schaden verursachen darf. Wenn sie gehört werden wollen, sollten sich die Akademiker nach einer akademischen Version des Hippokratischen Eides richten. Die Forschung hat keinen sozialen Vorteil zu bieten, der politischen Extremismus oder die Schrecken rechtfertigen kann, zu denen er führt. Die jämmerliche Rolle, die einige europäische Universitäten im letzten Jahrhundert unter faschistischer und kommunistischer Herrschaft gespielt haben, sollte allen Universitäten heute als abschreckendes Beispiel dienen.

Wenn Fergusons These korrekt wäre, gäbe es noch einen weiteren Bereich, in dem sie klar zutage tritt: den Brexit. Aus den *YouGov*-Umfragen geht hervor, dass 65 Prozent der Labour-Wähler für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt haben. Wenn die britischen Universitäten linkslastig wären, müssten eigentlich die Akademiker, die den Brexit unterstützen, darunter gelitten haben. Aber wenn es um die politische Einstellung der Akademiker zum Brexit geht, gibt es, wenn überhaupt, nur spärliche Beweise dafür, dass die britischen Universitäten die Redefreiheit ihrer Beschäftigten unterdrücken, auch jetzt nicht während der Brexit-„Revolution“, bei der es um viel geht und manche Universitäten es für besser halten könnten, sich aus der Politik herauszuhalten, wenn die staatliche Finanzierung, von der sie abhängen, nicht verloren gehen soll.

Boris Johnsons Regierung mit ihrer radikalen Pro-Brexit-Einstellung steht noch am Anfang. 2017 verlangte Chris Heaton-Harris, damals ein Brexit-Befürworter der Tories im Parlament, von allen Politik-Lehrstühlen schriftlich Auskunft darüber, wie und was sie ihren Studenten über den Brexit lehrten. Viele betrachteten das als einen etwas brachialen Versuch, mögliche Befürworter des Verbleibs unter den Akademikern einzuschüchtern. (Lord Chris Patten, selbst ein führender *Remainer*, bezeichnete den Brief als „idiotischen, abstoßenden Leninismus“.) Jetzt aber ist Heaton-Harris Minister unter Boris Johnson, wenn auch für Verkehr und nicht für höhere Bildung, zweifelsohne zur Erleichterung vieler Akademiker. Es ist zwar unwahrscheinlich, aber möglich, dass Johnson eine Wahl gewinnt, somit die Wähler seine Vision eines harten

No-Deal-Brexit bestätigen und er danach versuchen könnte, die *Remainer* aus den Akademien zu verdrängen.

Sicherlich gibt es beiläufige Hinweise (gesonderte Abstimmungen gibt es nicht), dass eine Mehrheit der britischen Akademiker den Verbleib befürwortete und immer noch befürwortet, denn die allgemeine Haltung hat sich seit 2016 nicht wesentlich geändert, nur etwas in Richtung Verbleib verschoben. Von den 77.000 Studierenden, die 2018 befragt wurden, sagten 75 Prozent, sie wollten in der EU bleiben. Das wurde öffentlich von drei Universitätsrektoren und einem Nobelpreisträger, Sir Paul Nurse, begrüßt, der sagte, ein *No-Deal*-Brexit wäre das Schlimmste, was den britischen Universitäten in der heutigen Zeit passieren könne. Er sagte weiter, ein Brexit werde Forschungsnetzwerke bedrohen und die 36.000 Bürger der EU27 benachteiligen, die an britischen Universitäten arbeiten. Ein anderer Rektor sagte: „Ein Brexit ist schlecht für Großbritannien und seine Universitäten; ein Austritt ohne ein Deal wäre eine Katastrophe.“

„ECONOMISTS FOR BREXIT“

Trotzdem schlugen die Brexit-Befürworter nicht zuletzt unter den Akademikern in Cambridge hohe Wellen. Eine einflussreiche Gruppe hat unter dem Titel *Briefings for Brexit* einen Blog eingerichtet, der von zwei Brexit-Befürwortern aus Cambridge herausgegeben wird: dem Wirtschaftswissenschaftler Graham Gudgin und dem Europa-Historiker Robert Tombs. Die Liste der Unterstützer umfasst neun Jura-professoren, einen Professor für öffent-

liche Politik vom Blavatnik-Institut in Oxford (Tom Simpson), Nigel Biggar (den Verteidiger von Dr. Carl), einen Angehörigen des elitären *All Souls College* in Oxford, der auch Mitglied der *British Academy* ist, David Abulafia, sowie Andrew Roberts (Biograph von Winston Churchill).

Ungeachtet ihrer prominenten Rolle in den Medien und der Möglichkeit, ihre akademische Stellung zu politischen Zwecken zu nutzen, beklagt sich die *Briefings*-Gruppe lautstark darüber, dass sie in der akademischen Welt diskriminiert werde. In einem kürzlich in der *Sun* erschienenen Feature sagte Tombs: „Ich dachte, Akademiker würden hauptsächlich dafür bezahlt, den Menschen alles Mögliche zu erklären, aber die Universitäten sind mittlerweile so einfach gestrickt (was den Brexit angeht).“ *The Sun* erklärte ihren Lesern, die Gruppe könnte noch viel größer sein, wenn sich ihre Mitglieder nicht von den EU-Befürwortern unter ihren Kollegen gemobbt fühlten. Andererseits erscheinen bekannte Gegner des Brexit, wie Chris Grey aus London, fast nie in der (rechtsgerichteten) Boulevardpresse oder in den wichtigsten Nachrichtensendungen der BBC.

An der akademischen Wirtschaftsfrent liefern die von Patrick Minford von der *Cardiff University* geleiteten *Economists for Brexit* eine ihrer Ansicht nach überzeugende Begründung für einen *No-Deal*-Brexit. Leider haben anscheinend nicht viele Bürger die Vorhersagen von Minford vollständig gelesen (er will eine einseitige britische Freihandelspolitik und hat nichts gegen ein Ende der Pkw-Produktion, der Landwirtschaft und der Fischerei im Vereinigten Königreich als Voraussetzung für massives Wachstum um 2030). An meiner eigenen Universität haben sich die

Stimmen für den Brexit durchaus Gehör verschaffen können, nicht zuletzt dank einer Spende in Höhe von acht Millionen Pfund von Lord Vinson, dem vehementen Brexit-Befürworter, zur Unterbringung des Instituts für Wirtschaftsfragen an einer britischen Universität. Damit ist sichergestellt, dass die von dem Institut in vieler Hinsicht geförderte radikale Brexit-Politik nicht nur an die Öffentlichkeit kommt, sondern auch die Imprimatur akademischer Respektabilität erhält.

SCHÄDLICHE REVOLUTION

An anderer Stelle konnte eine Gruppe jüngerer Akademiker in der Gründung der *Full Brexit Group* keine Gefahr für ihre Zukunft erkennen. Ihr Manifest ist kurios, eher links- als rechtsgerichtet, fast trotzkistisch. Es richtet sich sowohl gegen „die Nostalgie der Euroskeptiker“ als auch gegen „die mächtige Elite der Remainer, die sich gegen den Brexit verschworen haben“. Es „stellt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ins Zentrum der Argumentation für einen demokratischen Brexit und möchte die historische Gelegenheit, die die politische Klasse Großbritanniens zurzeit vertut, für eine demokratische und wirtschaftliche Erneuerung nutzen. Die Regeln der EU sind nicht neutral; sie fesseln uns mit neoliberalen Richtlinien, die die Regierung stark behindern.“ Der Leiter ist Matthew Goodwin, ein junger, prominenter Umfrageanalytiker von der Universität Kent. Interessant ist, dass zwei bekannte deutsche Akademiker, der Soziologe Wolfgang Streeck und der Politik-

wissenschaftler André Kaiser, zu den bedeutenden Unterstützern der Gruppe zählen.

Großbritannien steckt heute tief in einer schädlichen, durch den Brexit ausgelösten politischen Revolution. Dass sich 52 Prozent der Wähler am 23. Juni 2016 dafür entschieden, die Europäische Union zu verlassen (ohne zu fragen oder zu wissen, wie das vor sich gehen sollte), hat eine große, immer noch nicht beigelegte Krise der Regierung, der Staatsführung, des politischen Systems und der politischen Kultur Großbritanniens ausgelöst. Die Ursachen dieser Krise sind zahlreich und altbekannt; die irrationalen Aspekte des Brexit sind das Produkt fundamentaler intellektueller Zweifel und Unsicherheiten über unsere kulturellen und politischen Werte in den beiden ersten Jahrzehnten eines neuen Jahrhunderts.

Offensichtlich ist, dass die akademische Welt zutiefst vom Brexit-Prozess betroffen ist und dass es wichtig erscheint, sich nicht mit einer radikalen Brexit-Regierung zu zerstreiten, falls es denn nach den nächsten Wahlen noch eine geben sollte. Niall Fergusons Argumentation lässt sich jedoch aktuell nicht halten. Im Großen und Ganzen tun die Professoren zurzeit ihre Pflicht und schützen das eigene Kernprodukt: ausgewogene und sozial verantwortungsbewusste Lehre und Forschung. Sollte man dem politischen Druck von rechts (oder links) nachgeben, wäre das effektiv das Aus für sie. Das ist ihnen nur allzu klar.

Übersetzung: Wilfried Becker, Germersheim

„Tipping-Points“

Soziale Marktwirtschaft und Disruption

NILS GOLDSCHMIDT

Geboren 1970 in Höxter, Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung, Direktor des Zentrums für Lehrerbildung und Bildungsforschung an der Universität Siegen, Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e. V.

Gesellschaftliche Zerrissenheit und der Zuwachs populistischer Standpunkte und Parteien stellen die soziale Kohäsion in den westlichen Industrienationen auf die Probe. Die epochalen Herausforderungen Klimawandel und Digitalisierung sowie die Verschiebungen in der globalen politischen Tektonik formen bereits jetzt eine neue Lebenswelt. Der sich abzeichnende demografische Wandel, das Aus-

einanderdriften von Metropolregionen und ländlichen Räumen sowie neue parteipolitische Konstellationen werden in Deutschland das Lebensgefühl tiefgreifend verändern. Diese Veränderungen können zu Kipppunkten („Tipping-Points“) führen. Dabei bezeichnen Kipppunkte Situationen, in denen sich ein System qualitativ rasch und zumeist irreversibel ändert. Besonders problematisch ist dabei, dass Prozesse, die ein System zum Kippen bringen können, sich oftmals selbst verstärken.

Die Änderung des globalen Klimas ist ein anschauliches Beispiel für ein System, das zu kippen droht: Die Erderwärmung bedeutet nicht nur den allmählichen Anstieg der Durchschnittstemperaturen, man muss auch damit rechnen, dass es in bestimmten Bereichen zu abrupten Änderungen kommt. So könnte das Schmelzen des Grönländischen Eisschildes einen schnellen und massiven Anstieg des Meeresspiegels auslösen oder die Versteppung des Amazonas-Regenwaldes die weltweite CO₂-Konzentration sprunghaft steigen lassen. Der genaue Zeitpunkt eines Kippmoments ist zwar schwer zu bestimmen, zumeist lassen sich jedoch tiefgreifende Umbrüche bereits im Vorfeld erahnen, wenn die Änderungen in einem ökologischen System sich selbst verstärken und immer rascher voranschreiten.

Auch in der Gesellschaft erleben wir solche Kippmomente: Der rasche Umsturz eines politischen Systems nach Jahren relativer Stabilität, die scheinbar plötzliche Veränderung der Parteienlandschaft, das unvorhergesehene Wiederaufleben wirtschaftlichen Protektionismus oder die schlagartige Veränderung des sozialen Klimas in einem Stadtteil sind Beispiele. Kippmomente sind jedoch zumeist nicht unabänderbare Schicksalsschläge, sondern der Wandel kann gestaltet werden.

Die Soziale Marktwirtschaft zielt darauf ab, gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu gestalten, um Freiräume für alle Menschen zu öffnen, damit ein gutes, gelingendes Leben möglich ist. Eine kluge Wirtschaftspolitik und geordnete Märkte sind Mittel, um dies zu erreichen. Die Welt soll vor Kippmomenten bewahrt, sich abzeichnende Fehlentwicklungen sollen zurückgeführt werden. Die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft ist eine optimistische. Auch Ludwig Erhards Formel vom „Wohlstand für alle“ ist so zu verstehen: Es geht weniger um die Segnungen materiellen Konsums, sondern „Wohlstand für alle“ zielt darauf ab, dass allen die Möglichkeit eröffnet werden soll, an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Errungenschaften der Moderne teilzuhaben.

OPTIMISMUS DES MITEINANDERS

Dieser optimistischen und dem Menschen zugewandten Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft wieder mehr Gehör zu verschaffen, erscheint aus zweierlei Sicht geboten: Wir werden, *erstens*, unsere Welt nur auf eine gelingende Zukunft hin gestalten, wenn wir davon überzeugt sind, dass es eine gute Zukunft geben kann. Der grassierende kulturpessimistische Grundton gerade bürgerlicher Eliten ist auch einer der sich selbst verstärkenden Prozesse, die zu einem Kippmoment einer hoffnungslosen und resignierten Gesellschaft führen können: Die pessimistische Sicht des einen bestätigt die negative Haltung des anderen – und umgekehrt. Um hier entgegenwirken zu können,

bedarf es der Kärnnerarbeit des genauen Hinschauens und der Suche nach detaillierten Lösungen.

Ein konkretes Beispiel: Es hilft uns wenig, wenn wir mit Blick auf eine CO₂-Steuer pauschal konstatieren, dass dies der Wirtschaft schadet oder sie sozial unausgewogen ist und eine solche Steuer zwar die Welt besser machen will, aber letzten Endes größeren Schaden anrichtet als Gutes schafft. Statt dieser Pauschalisierungen müssen wir realistische, umsetzbare Lösungen suchen, die die gesamte Gesellschaft mitnehmen. Wie das gelingen kann, zeigt das „Schweizer Modell“ zur CO₂-Steuer. In der Schweiz wurde festgelegt, dass die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe zu zwei Dritteln wieder als Pro-Kopf-Pauschale an die Bevölkerung zurückverteilt werden; das verbleibende Drittel wird für energetische Sanierungen und andere Klimaschutzprojekte verwendet. Haushalte mit geringem CO₂-Ausstoß werden durch dieses Modell also finanziell entlastet. Da diese aber gleichzeitig zu den Einkommenschwachen zählen, werden soziale Härten abgefedert und zudem auch Lasten bis hinein in die Mittelschicht erkennbar reduziert. Insgesamt wird so effektiver Klimaschutz betrieben (und es werden Kippmomente vermieden), die Wirtschaft wird zukunftsfähig gemacht, und die Lasten werden nach dem bekannten Prinzip verteilt, dass breite Schultern mehr tragen können als schmale – ein Kompromiss im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

Zweitens – und dies ist der wichtigere Punkt: Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Versprechen darauf, dass wir für die Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft übergreifende Kompromisse finden können. Dies erfordert kein geformtes, auf Gleichsinn ausgerichtetes Kollektiv, sondern eine Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Vorstellungen und Ideen mit Respekt begegnen und in der die politische Vermittlung der Normalfall ist. Die Soziale Marktwirtschaft stellt gegen die Hochkonjunktur der aktuellen Untergangsszenarien den Optimismus des Miteinanders und die Tugend der Toleranz. So konnte der US-amerikanische Ökonom Thomas Schelling, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft im Jahr 2005, mithilfe spieltheoretischer Überlegungen in seinem berühmten *Tipping Point Model* zeigen, dass das Auseinanderbrechen einer Gesellschaft beziehungsweise die Segregation gesellschaftlicher Gruppen umso wahrscheinlicher ist, je geringer die Toleranz in einer Gesellschaft ausgeprägt ist.

IRENISCHES DENKEN

Alfred Müller-Armack, dem wir den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft verdanken, sprach in diesem Zusammenhang von „sozialer Irenik“. Abgeleitet vom griechischen Begriff *εἰρήνη* („Frieden“), meint er damit nicht nur die Versöhnung von wirtschaftlicher Effizienz und gesellschaftlichen Anliegen in der Sozialen Marktwirtschaft, sondern zugleich die Vermittlung unterschiedlicher

gesellschaftspolitischer Positionen innerhalb der Gesellschaft. In einem Aufsatz von 1950 schreibt er: „So kann unsere Hoffnung auf eine mögliche Einheit nur die Irenik sein, eine Versöhnung, die das Faktum der Gespaltenheit als gegeben nimmt, aber ihm gegenüber die Bemühung um eine gemeinsame Einheit nicht preisgibt.“ Für seine Zeit sah Müller-Armack in den Strömungen von Katholizismus, Protestantismus, Sozialismus und Liberalismus die vorherrschenden gesellschaftspolitischen Richtungen, die es miteinander zu verbinden galt. Nicht um diese einzelnen Positionen einzuebnen, sondern um in gegenseitiger Achtung an dem Problem der sozialen Gestaltung mitzuwirken. Hieraus erwächst das Fundament für eine gesellschaftlich sensible und die Gesellschaft versöhnende Soziale Marktwirtschaft. Nochmals Müller-Armack: „Irenisches Denken bedeutet auch hier, in vielfacher Perspektive denken zu können, sich des steten, unabdingbaren Zieles zu vergewissern und zugleich mit den technischen Prinzipien vertraut zu sein, nach denen man soziale Ziele realiter erreicht.“

KEINE WÜNSCH-DIR-WAS-MARKTWIRTSCHAFT

Zugleich gilt: Die Soziale Marktwirtschaft ist kein in sich hermetisch abgeschlossenes Modell, das es gegen jeden Widerstand durchzusetzen gilt. Die Realität ist wichtiger, als starr an vermeintlich althergebrachten Prinzipien festzuhalten. Der Ruf nach (einer wie auch immer zu bestimmenden) Prinzipientreue, wie sie gern mit der deutschen Ordnungspolitik in Verbindung gebracht wird und wie sie so mancher Ökonom auch heute herbeisehnt, ist ebenso verfehlt wie die Vorstellung, Soziale Marktwirtschaft sei alles das, was die deutsche und europäische Politik macht. Soziale Marktwirtschaft ist keine Wunsch-Dir-was-Marktwirtschaft. Wir bedürfen weder eines wirtschafts- und sozialpolitischen Dogmatismus noch eines Fatalismus; vielmehr bedarf es ordnungspolitischer Klugheit. Immer wieder neu zu justieren, wie Wirtschaft und Gesellschaft freiheitlich gestaltet werden können und wie Prinzipien im Lichte wechselnder Bedingungs-lagen auch künftig gedeutet, aktualisiert und ergänzt werden können: Hierin liegt die Stärke einer realitätsnahen Sozialen Marktwirtschaft. Das Prinzip der Haftung beispielsweise, aber auch die Herausforderungen der Monopolkontrolle sind in einem digitalen Zeitalter anders zu deuten und müssen anders umgesetzt werden als auf den Gütermärkten der 1950er-Jahre. Die Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen von 2017, mit der festgelegt wurde, dass auch dort Marktmacht entstehen kann, wo Leistungen unentgeltlich erbracht werden, und dass die Fusionskontrolle auch auf Unternehmen mit niedrigen Umsätzen, die zu hohen Kaufpreisen erworben werden, auszuweiten ist, sind Beispiele dafür, wie das Wettbewerbsrecht mit Blick auf Digitalunternehmen wirksam bleiben kann.

Die Gegenwart aus dem Blickwinkel von Kippmomenten zu betrachten, bringt einen weiteren Aspekt mit sich. Ob ein System kippt oder nicht, hängt auch von den jeweiligen Kontexten ab. Allgemein gesprochen: Wenn sich ein System bereits nahe dem Kippbereich bewegt, kann eine winzige Veränderung der Umweltbedingungen, eben des Kontexts, genügen, um ein unwiderrufliches Kippen auszulösen. So mag eine kleine konjunkturelle Delle für das politische Klima gravierende Auswirkungen haben; umgekehrt kann das Aufhellen der politischen Stimmung positiv auf die Wirtschaftslage wirken. Ludwig Erhard war sich wie kein zweiter dieser Wirkungsketten bewusst und war davon überzeugt, dass Fachkompetenz und die Fähigkeit, gesellschaftlich versöhnend zu wirken, die besten Mittel sind, um gesellschaftlichen Wandel zu gestalten und Kippmomente zu verhindern. Mit einem nicht gerade geringen Maß an Selbstbewusstsein schrieb er im November 1949 an Konrad Adenauer: „Die soziale Marktwirtschaft [...] zu einem guten, segensreichen Ende zu führen vermag nur der, dessen wirtschaftspolitische Autorität trotz mancher Gegnerschaft so unbestritten ist, dass er die Geister zuletzt doch versöhnen kann, ohne sich selbst untreu werden zu müssen. Es ist nicht Hochmut, sondern Nüchternheit, wenn ich Ihnen sage, dass diese Aufgabe in Deutschland nach Lage der Dinge nur mir zufallen kann.“

KONTEXTUALE KIPPMOMENTE UND RESILIENZ

Zugleich ist mit dem Gedanken der kontextualen Kippmomente auch der Gedanke der Resilienz verbunden, also das Vermögen eines Systems, in einem bestimmten Zustand zu verharren oder dorthin zurückzukehren. Wenn wir in einem System X eine hohe Resilienz haben, dann ist es voraussichtlich nicht so schlimm, wenn sich in einem System Y, das mit dem anderen System zusammenhängt, etwas ändert oder dieses sogar in einen neuen Zustand kippt. Bereits Walter Eucken, der programmatische Vordenker der deutschen Ordnungspolitik, hat in seinem 1952 posthum erschienenen Buch *Grundsätze der Wirtschaftspolitik* darauf hingewiesen, dass „eine Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensordnungen“ besteht. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wenn politisch beschlossen wird, den Braunkohleabbau in der Lausitz zu beenden, bedeutet das ein schwerwiegendes Kippen der lokalen Ökonomie hinein in einen neuen, wirtschaftlich prekären Zustand. Wenn aber die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen politisch aufgefangen werden, dann muss das politische System nicht gleich mit umkippen. Aber dafür muss das politische System stabil sein, das heißt: resilient.

Gegen das allzu pessimistische Lamento „Noch nie ging’s uns so gut, aber ...“ lautet die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft „Noch nie ging’s

uns so gut, weil ...“. Für eine solche Sicht auf die Welt sei jedem das Werk *Factfulness. Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist* von Hans Rosling empfohlen. Der schwedische Wissenschaftler zeigt auf, welche enormen Fortschritte wir auf dem Weg zu einem globalen Frieden und zu Wohlstand in der Vergangenheit bereits gemacht haben, dass wir auch in Zukunft darauf hoffen können. Statt also zu erwarten, dass vom Euroraum im Speziellen bis hin zur westlichen Zivilisation im Allgemeinen der Untergang kurz bevorsteht (ohne die tatsächlich bestehenden Probleme kleinreden zu wollen) und nur radikale Lösungen helfen, setzt die Soziale Marktwirtschaft auf Aushandlungsprozesse, die manchmal eben nur in eine Politik der kleinen Schritte münden können, aber nicht selten ein effektiver Weg sind, Kippmomente abzuwenden. Zugleich muss man sich bewusst sein, dass die vorherrschenden Deutungsmuster und Stimmungslagen wesentlichen Einfluss auf reale, wirtschaftspolitische Entscheidungen haben. Auch hierzu hat Walter Eucken einen wichtigen Hinweis gegeben: „Die Meinungen der Menschen, ihre geistige Haltung sind für die Richtung der Wirtschaftspolitik vielfach wichtiger als die wirtschaftlichen Tatsachen selbst.“ In Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Optimismus ans Werk zu gehen und so Stimmungen und Meinungen zu prägen, ist das Gebot der Stunde.

Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftsmodell: Sie ist zugleich immer auch eine Gesellschaftsordnung, in der das gelingende Leben des Einzelnen der eigentliche Maßstab für die Güte dieser Ordnung ist. Die aus heutiger Sicht naiv und romantisch erscheinende Forderung nach einem Eigenheim mit Garten, wie es sich bei den frühen Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft findet, ist vielleicht heute – und nicht nur aus ökologischen Gesichtspunkten – aktueller denn je. Dort, wo der Mensch in einer lebenswerten Umgebung soziale Einbettung und Glück erfahren kann, wird man auch die Bedrohung globaler Kippmomente gelassener und realistischer diskutieren können. Das Plädoyer für einen eigenen Garten kann uns heute als Chiffre dafür dienen, dass gesellschaftliche Prozesse dem Einzelnen einen Lebens-Raum lassen müssen, in dem er oder sie sein oder ihr Lebens-Glück entfalten kann. Bis heute gilt – wenn auch im übertragenen Sinne – das Wort Wilhelm Röpkes, „dass der größte öffentliche Park nicht den kleinsten Garten ersetzen kann“.

Wenn die Sprache nicht stimmt ...

Vorträge und ein Roman beleuchten kritisch den rechten Populismus

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter des Referates Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin und außerplanmäßiger Professor für Neuere Deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Universität zu Köln.

Theodor W. Adorno: Nachgelassene Schriften. Abteilung V: Vorträge und Gespräche, Band 1: Vorträge 1949–1968, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 786 Seiten, 58,00 Euro.

Theodor W. Adorno: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, 86 Seiten, 10,00 Euro.

Heinrich Detering: Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Reclam Verlag, Stuttgart 2019, 60 Seiten, 6,00 Euro.

Burkhard Spinnen: Rückwind. Roman, Schöffling Verlag, Frankfurt am Main 2019, 400 Seiten, 24,00 Euro.

Am 23. November 2018 hielt der Göttinger Literaturwissenschaftler Heinrich Detering in Bonn auf Einladung von Thomas Sternberg, dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), einen Vortrag über die Rhetorik der parlamentarischen Rechten. Der Vortrag

wurde auf der ZdK-Website als Ton- und Textdokument veröffentlicht, gekürzt auch in der *Frankfurter Rundschau*, flankiert von Zeitungs- und Radiointerviews des Autors. Es gab heftige Reaktionen, die in Medien der politischen Rechten publiziert und auch an Detering persönlich gerichtet wurden. Darüber berichtet sein Nachwort zu dem nun vom Reclam Verlag vollständig abgedruckten Vortrag.

KALKULIERTE TABUBRÜCHE

Worum geht es? Detering hat sich vorgenommen, dem Reden mit der populistischen Rechten eine Analyse des Redens der Rechten vorzuschalten, anders gesagt: eine Analyse der Rhetorik und der Performanz von Politikern der Alternative für Deutschland (AfD), namentlich von Alexander Gauland, Beatrix von Storch, Björn Höcke und Alice Weidel. Deterings Analyse ist feinsinnig, umsichtig und geht von der grundständigen Annahme aus, dass kalkulierte Tabubrüche und Schlagworte aus dem Vokabular der populistischen Rechten dem demokratischen Diskurs umso mehr schaden, wenn sie nicht kritisch genug durchleuchtet und auf ihre Argumentationsstruktur und Zielrichtung hin befragt werden.

„Vogelschiss“, „Entsorgung“, „Messermänner“ sind solche Worte, die Grenzen des diskursiven Feldes überschreiten und zu totalitären Rache-, Verschwörungs- und Ermächtigungsphantasien führen können. Ausgesprochen werden sie mit dem Anspruch eines „Wir“, das für die Deutschen, für das „deutsche Volk“ stehen soll. Dieses oft unauffällig mitlaufende „Wir“ suggeriert Zugehörigkeit,

Stabilität und Schutz. „Wir und nicht sie“ lautet der Subtext, der eine potenzielle, möglichst homogene, volksnationale Wählermasse mobilisieren und gegen vermeintlich nicht-deutsche Einflüsse immunisieren will. Dabei kommt es manchmal zu manipulativen Uneindeutigkeiten (also zu Verletzungen des Redegebots der Klarheit und Deutlichkeit), wenn etwa Höcke in seiner Dresdner Rede im Januar 2017 vom „Denkmal der Schande“ spricht und damit vom Holocaust, an den das Denkmal erinnert (*genitivus obiectivus*), dergestalt auf das Denkmal selbst (*genitivus explicativus*) ablenkt, als ob man der Schande ein Denkmal setzen würde.

Deterings Sprachkritik steht in einer ehrwürdigen Tradition. Schon Thomas Mann und Dolf Sternberger haben im Nachkriegsdeutschland vor einem populistischen Missbrauch der Sprache gewarnt. „Wörter können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbewusst verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da“, schrieb Victor Klemperer.

Die toxische Wirkung berechnender Tabubrüche und Skandalisierungen im politischen Diskurs ist auch Thema eines Vortrags über „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“, den Theodor W. Adorno am 6. April 1967 an der Universität Wien hielt und der jetzt zum 50. Todesjahr des Philosophen sowohl als Einzelpublikation als auch in der neuen kritischen Gesamtausgabe seiner Schriften wiederaufgelegt worden ist. Vor dem Hintergrund des Erstarkens der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), die seinerzeit in einigen Länderparlamenten vertreten war, warnt Adorno im Jargon seiner Zeit, aber erstaunlich aktuell, davor, die von ihm faschistisch genannten Tendenzen zu

verharmlosen und zu unterschätzen. Rechtsradikale Äußerungen seien „Wundmale“ und „Narben einer Demokratie“, die „ihrem eigenen Begriff eben doch bis heute noch nicht voll gerecht wird“ – verpackt in einer Rhetorik, die auch von den neuen Rechtspopulisten benutzt wird: „Konkretismus“ (die heute so genannten alternativen Wahrheiten), „Salami-Methode“ (Pedanterie zur Delegitimierung von Fakten) und Monopolisierung eines vermeintlichen „Wir“.

WIEVIEL SCHICKSAL VERTRÄGT EIN MENSCH?

Der Schriftsteller Burkhard Spinnen hat sich des Phänomens des Rechtspopulismus in einem Roman angenommen: *Rückwind* ist eine epische Versuchsordnung. Auch sie ist auf ihre eigene Weise feinsinnig in der Struktur, verwinkelt, aber nicht verwickelt, außerdem hochgradig spannend und mit Figuren besetzt, die wie am Schnürchen agieren: als „Handpuppen aus dem Material der Gegenwart“, wie Spinnen im Juni 2019 bei einem Gespräch über den Roman mit Stipendiaten der politischen Stiftungen in der Katholischen Hochschulgemeinde in Köln sagte. Es geht dabei nicht um ein herumspukendes „Wir“, sondern um die Frage: Wieviel Schicksal verträgt ein einzelner Mensch? Und wie wird man mit Hiobsbotschaften fertig in Zeiten, die auf Resilienz statt auf religiöse Instanzen schwören?

Hartmut Trössner, die Hauptfigur in Spinnens Roman, ist sozusagen mit einem goldenen Löffel im Mund geboren worden. Er hat Unternehmensgeist, wenn auch zuerst dem väterlichen Erbe abge-

trotzt, dazu Ausdauer, Situationsgeschick und ganz einfach Glück. Mithilfe des Stromeinspeisungsgesetzes, das nach der Wiedervereinigung eine energiepolitische Lücke schloss und es ermöglichte, sich gut subventioniert vom Kohle- oder Atomstrom abzukabeln, wird er millionenumsatzschwerer Hersteller von Windrädern. Und ein erfolgreicher Fernsehproduzent. Seine Frau ist eine populäre Schauspielerin, sein Sohn wohlgeraten in jeder Hinsicht. Und dann schlägt das Schicksal zu: An einem einzigen Tag im April 2018 geht Trössners Unternehmen pleite, sein Sohn ertrinkt im Schwimmbad, seine Frau kommt bei einem Unfall ums Leben, sein Haus brennt völlig ab. Trössner begibt sich, anfangs suizidgefährdet, in eine Klinik und fährt dann mit dem Zug nach Berlin. Hier beginnt die eigentliche Erzählung.

Trössner ist ohne Zweifel ein moderner Hiob, den ein Lottogewinn von hinten trifft. So unwahrscheinlich sich das in der Verkettung mehrerer Unglücksfälle anhört, so sehr ist so etwas doch prinzipiell möglich. Nur dass sich eben bei individuellem Unglück weder mit der Politik noch mit Gott hadern lässt, weil in transzendental obdachlosen Zeiten auch das Beten den religiösen Adressaten verloren hat.

Doch Burkhard Spinnen lässt seine Figur nicht allein. Er stellt sie in das Umfeld der modernen Medien. Und hier beginnt eine zweite Lesart des Romans. Trössners Frau hat die Hauptrolle in einer politischen Fernsehserie gespielt, die um eine extreme rechtspopulistische Partei kreist, die „Partei der Politischen Christen“, kurz „PPC“. Sie ist, so heißt es, „ausländerfeindlich, nationalistisch, markige Sprüche, erzielt ein zweistelliges Wahlergebnis“. Natürlich ist diese Partei fiktiv,

aber es gibt Parallelen zu den Rändern der real existierenden politischen Parteienlandschaft, die sich geradezu aufdrängen.

„ALSO DULDE MAN KEINE WILLKÜR IN DEN WORTEN“

Hier liegt die eigentliche Pointe von Spinnens Erfindungsspiel. Im Medium der Fernsehserie, die höchste Einschaltquoten erzielt und sozusagen einen Roman im Roman installiert, kommt es zu einer politischen Okkupation der Religion – eines Christentums ohne Kirche, ja sogar ohne Gott. Das wäre wohl in der Wirklichkeit nicht möglich, ist jedoch ein legitimes Denkspiel, so zuletzt in Michel Houellebecqs Zukunftsroman *Unterwerfung* (2015) über ein muslimisches Frankreich.

Im Namen des Parteiprogramms der „PPC“ werden nicht nur die abendländischen Traditionen von Aufklärung und Nationalismus ausgeschlachtet. Auch die demokratischen Spielregeln werden umcodiert und gewissenlos gegen Pluralismus, Toleranzdenken und Kosmopolitismus eingesetzt.

Nicht aber um eine politische Parabel geht es Burkhard Spinnen, sondern um die Politik im Medium. Die Frage lautet: Macht das Fernsehen die bessere Politik? Und erzeugen Serien womöglich auch ein wirkungsvolleres Christentum? Was geschieht schließlich, wenn die Schauspieler politischer Figuren nicht nur mit ihren Vorbildern verwechselt werden, sondern – beim Vorsprechen populistischer Reden – selbst so sehr in die Rollen der von ihnen Dargestellten schlüpfen, dass die Grenzen zwischen Spiel und Wirklichkeit verschwimmen?

Es ist der hiobartige Held selbst, der sich diesen Fragen stellt, indem er an den Drehort der Serie, nach Berlin, reist und den zweiten Hauptdarsteller, einen ehemaligen Freund, vom Set entführt. Das Ende ist zu furios, um verraten zu werden; es spielt im Finanzministerium und erfüllt alle Kriterien eines guten „Tatort“-Krimis. Aber das ist noch nicht alles. Spinnen hat seinem Helden zwei mephistophelische Helfer beigegeben, die ein Verhältnis von Nähe und Distanz zum Rechtspopulismus ausloten. Die eine Figur ist insgeheim die Erzählerin des Romans, sie flicht kluge Kommentare ein, kann dem Helden von den Lippen lesen, kennt seine Geheimnisse, ist aber letztlich blind und machtlos: die hilflose Stimme eines beserwischerischen Gewissens. Die andere Begleiterin trifft Trössner auf seiner Zugfahrt, sie wird seine Muse und seine Geisel, sein schlechtes Gewissen in persona.

Das alles ist unaufdringlich kunstvoll komponiert. Neben und hinter Trössner stehen Gestalten, die sein Schicksal reflektieren. Es sind Hiobs Spiegel. Und Spinnens Hiob hadert nicht. Er handelt. Burkhard Spinnen erzählt vom Populismus in den Medien, den seinerzeit Adorno und jüngst Detering in der Politik analysiert haben. „Wenn die Sprache nicht stimmt“, so zitiert Hilde Domin Konfuzius, „so ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist; ist das, was gesagt wird, nicht das, was gemeint ist, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeihen Moral und Kunst nicht; gedeihen Moral und Kunst nicht, so trifft die Justiz nicht; trifft die Justiz nicht, so weiß das Volk nicht, wohin Hand und Fuß setzen. Also dulde man keine Willkür in den Worten. Das ist alles, worauf es ankommt.“

Der Mauerfall

—
Freiheit für die DDR und Einheit für die Deutschen

MANFRED WILKE

Geboren 1941 in Kassel, DDR-Forscher und Zeithistoriker, emeritierter Professor für Soziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin (FHW). 1992 Mitbegründer des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, bis 2006 zusammen mit Klaus Schroeder dessen Leiter, seit 2007 assoziiertes Mitglied des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz.

„Wahnsinn“ lautete das Wort der Stunde, als die Berliner Mauer in der Nacht des 9. November 1989 fiel.¹ Seit 1961 teilte die Grenzbefestigung nicht nur die Stadt, sondern sollte auch geistige Gefahren für die Existenz des SED-Staates abwehren. 1961 war sie der Wall gegen die Massenfucht nach Westen² und sollte gleichzeitig

die Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung in einem demokratischen Rechtsstaat in den Köpfen der Deutschen, besonders derer, die in der DDR lebten, abtöten. Freiheit in der DDR und nationale Einheit blieben für die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) ungelöste Probleme, die sie nun mit Repression und Sprachverboten zu bannen versuchte.

Das politische Leben und die einsetzende offene Debatte über die Veränderungen in der DDR hebelten die Zensur aus. Das Vorbild für eine Transformation der kommunistischen Diktatur zur Demokratie hatte Polen 1989 geliefert: An einem Runden Tisch einigten sich Opposition und die regierenden Kommunisten auf Wahlen und die Einführung einer parlamentarischen Demokratie. Die SED hatte den Reformprozess in der Sowjetunion,

Polen und Ungarn boykottiert, wo sich die diktatorischen Strukturen zu wandeln begannen. Aus dieser Reformverweigerung zogen im Sommer 1989 viele Bürger ihre eigene Konsequenz: Sie reisten nach Ungarn. Dort hatte die Regierung begonnen, den Grenzzaun zu Österreich abzubauen. Entstand in Ungarn eine neue, risikolose Fluchtroute?

In Budapest sammelten sich Tausende Urlauber aus der DDR. Die ungarische Regierung traf zwei mutige Entscheidungen, die die weitere Entwicklung in der DDR beschleunigen sollten: *Erstens* verhandelte sie mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher über die Ausreise der gestrandeten Flüchtlinge in die Bundesrepublik und kündigte *zweitens* das Auslieferungsabkommen für „Republikflüchtlinge“ mit der DDR. Die Aktion der Bundesregierung für „die Landsleute“³ in Ungarn war ihre erste direkte politische Intervention in die Krise der DDR; die zweite war die Verweigerung eines Milliardenkredits für Egon Krenz. Die Bundesregierung forderte zunächst tiefgreifende politische und ökonomische Reformen in der DDR.

Bevor der Runde Tisch in der DDR im Dezember zu arbeiten begann, fiel am 9. November in Berlin die Mauer, im medialen Windschatten von Berlin fiel auch die etwa 1.400 Kilometer lange befestigte innerdeutsche Zonengrenze.

Die Flüchtlinge aus der DDR in Ungarn lösten in der von ihnen verlassenen Heimat eine Protestbewegung aus, die unter dem Slogan „Wir bleiben hier!“ antrat. Das Neue Forum, die wichtigste Bürgerrechtsgruppe mit ihrer Frontfrau Bärbel Bohley, forderte eine offene Debatte über die Krise der DDR und beendete damit die drückende Sprachlosigkeit über diese

von der SED beschwiegene Krise. Die Staatspartei verlor ihr Meinungsmonopol in der Öffentlichkeit. In Städten wie Leipzig etablierten sich Montagsdemonstrationen. Das Machtmonopol der SED bekam Risse. Der erste Zorn der Bürger richtete sich nicht gegen die Partei, sondern gegen die Staatssicherheit und ihre Spitzel. SED-Generalsekretär Erich Honecker wollte den Demonstrationen am 9. Oktober in Leipzig gewaltsam ein Ende bereiten. Angesichts von 70.000 Demonstranten brachen die Sicherungskräfte jedoch ihren Einsatz ab.

„WIR SIND EIN VOLK!“

Leipzig war auch der Auftakt zum Führungswechsel an der Spitze der SED. Neuer SED-Generalsekretär wurde nach dem Leipziger Desaster Egon Krenz. Sein Vorgänger Honecker hatte die sowjetische Reformpolitik abgelehnt und einen solchen Kurs für die DDR ausgeschlossen. Krenz wollte schnell eine Verbesserung der Beziehungen zu Moskau, auch um Kredite für die Wirtschaft der DDR zu erhalten. Michail Gorbatschow verweigerte sie und verwies ihn nach Bonn, aber auch dort hatte Krenz keinen Kredit.

Es war die Fluchtbewegung aus der DDR, die Proteste provozierte; eine Bürgerrechtsbewegung entstand, die sich demonstrativ von der Flucht vor den Verhältnissen distanzierte: „Wir bleiben hier!“ Montagsdemonstrationen für Reformen und Demokratie waren ihre Antwort auf die Krise des SED-Staates. Sie forderten auch Reisefreiheit. Das neue Selbstbewusstsein drückte ihr Ruf aus: „Wir sind das Volk!“ In Leipzig wandelte sich diese

Losung schon bald, und es hieß: „Wir sind ein Volk!“ In den Demonstrationen und Kundgebungen fanden Menschen ihre eigene Sprache wieder. Sukzessive entstand eine plurale Öffentlichkeit. Noch dominierten in den Kundgebungen thematisch der Protest gegen die Staatssicherheit und die Forderungen nach demokratischen Freiheiten in der DDR.

NEUES REISEGESETZ

Am Morgen des 9. November glaubte Krenz noch, den politischen Prozess in der DDR im Sinne der SED kanalisieren zu können. Ein Reisegesetz für die DDR war innenpolitisch zur Notwendigkeit geworden, die rasch eingelöst werden musste. Die administrativen Fehlleistungen, die mit der Umsetzung dieses Gesetzes verbunden waren, sollten die Maueröffnung durch die Berliner begünstigen.

Druck kam aus Prag, der Ausreisetourismus nach Bayern führte über Böhmen. Prag drohte, die Grenze zu schließen, wenn die DDR die Ausreise seiner Bürger nicht regelte. Der Entwurf für das Reisegesetz entstand im Ministerium des Innern. Der Auftrag lautete, das „ČSSR-Problem“ mit einer Regelung der ständigen Ausreise aus der DDR zu lösen, die am 10. November in Kraft treten sollte. Die Arbeitsgruppe einigte sich schnell, nicht nur die ständige Ausreise, sondern auch die Privatreisen von DDR-Bürgern zu regeln. Somit stand im Entwurf nun auch: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Ver-

sagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt.“⁴

Die Arbeitsgruppe legte auch eine Sperrfrist fest: Der Beschluss über das Reisegesetz sollte am 10. November, 04.00 Uhr, durch den Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) veröffentlicht werden. Gravierend war für den weiteren Verlauf, dass Krenz die vorgesehene Sperrfrist ignorierte und sich ganz auf die Pressekonferenz am Abend konzentrierte, auf der dieses Reisegesetz präsentiert werden sollte. Er benötigte schnelle öffentliche Anerkennung für seine Reformpolitik. Dafür unterließ er es, die Durchführungsbestimmungen des Reisegesetzes zu genehmigen und an Volkspolizei und Grenzübergangsstellen weiterleiten zu lassen. An der Grenze waren somit die Durchführungsbestimmungen für das Reisegesetz nicht vorhanden, die Verordnung hatte obendrein kein Datum und trat somit zeitgleich mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Diese administrativen Fehler in der Umsetzung des Reisegesetzes sind für die Grenzöffnung in dieser Nacht von großer Bedeutung.

Somit erfuhr die Öffentlichkeit exklusiv durch Günter Schabowski⁵ auf seiner Pressekonferenz gegen 19.00 Uhr, dass die Verordnung „sofort, unverzüglich“ in Kraft trete. Alle Dienststellen hatten keinerlei Kenntnis der Durchführungsbestimmungen und waren somit ratlos, als die Berliner wenige Stunden später vor ihnen standen, um West-Berlin zu besuchen. Spontane Reaktionen waren im Denken der SED-Kader nicht vorgesehen. Das Fernsehen wurde zum Leitmedium der Nacht. Die „Aktuelle Kamera“ des Fernsehens der DDR meldete um 19.30 Uhr den Auftritt Schabowskis auf der Pressekonferenz. Die „Tagesschau“ der ARD

platzierte die Reiseregelung um 20.00 Uhr als Topmeldung und blendete dazu als Schlagzeile ein: „DDR öffnet Grenze.“⁶

SCHIESSEN ODER ÖFFNEN?

Die Nachricht löste eine spontane Mobilität in der DDR aus. Eine solche Reaktion und vor allem das deutsch-deutsche Wiedersehen hatte die SED-Führung nicht erwartet. Diese Nacht hatte ein zentrales Ergebnis: Die deutsche Bevölkerung begann, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen und die Frage der Teilung des Landes in einer scheinbar unpolitischen Wiedersehensfeier, wie in Berlin, auf die politische Agenda zurückzuholen. Durch das Versagen der politischen und militärischen Führung standen nun die Kommandeure der Grenzübergangsstellen ganz persönlich vor der Frage: Schießen oder öffnen?

An der Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße spitzte sich die Lage gegen 23.00 Uhr zu. Etwa 20.000 Menschen hatten sich versammelt, und Absperrungen wurden schon beiseitegeschoben. Oberstleutnant Harald Jäger verlangte von seinen Vorgesetzten die Entscheidung, die Kontrollen „einstellen zu dürfen“. Dies wurde abgelehnt. Er wurde angewiesen, „die Grenze zu halten. In dieser Situation – es war etwa 23.30 Uhr – entschieden Jäger und sein Stellvertreter Görlitz nach ihrer Darstellung eigenmächtig gegen den ausdrücklichen Befehl von oben. Sie gaben dem Druck der Massen nach und lösten die Sicherung des Schlagbaumes.“⁷ Edwin Görlitz: „Wir fluten jetzt! Wir machen alles auf!“⁸

Die Schilderung einer jungen Frau, die, mit einer Rose in der Hand, auf die Grenzer zuing und sie ihnen mit dem Wort „Danke“ überreichte, hat symbolische Bedeutung für diese Nacht.

Die Öffnung der Grenze an der Bornholmer Straße wurde zwar von der ARD gemeldet, stand aber nicht im Rampenlicht der Fernsehteams aus aller Welt. Deren Kameras waren auf das Brandenburger Tor gerichtet; von hier aus gingen die Bilder um die Welt. Sie zeigten fröhliche Menschen auf der Mauerkrone. „Mauerspechte“ begannen mit Hammer und Meißel, die Löcher in der Mauer zu vergrößern.

Am 10. November bezogen Spitzenpolitiker der Bundesrepublik vor dem Schöneberger Rathaus in West-Berlin Position zur deutschlandpolitischen Perspektive. Bereits am Mittag des 10. November sagte Willy Brandt, 1961 Regierender Bürgermeister von Berlin, dem Sender Freies Berlin (SFB): „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.“⁹ Am Abend sprachen auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses der Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD), Willy Brandt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl.¹⁰ Brandt erinnerte an den langen Weg, der zu diesem Ereignis geführt habe und dass dieser Tag nur eine „Zwischenstation“ sei, an dem sich nicht zuletzt die „Zusammengehörigkeit der Berliner und der Deutschen überhaupt“ manifestierte. Hoffnung und Mahnung zugleich: „Es wird jetzt viel davon abhängen, ob wir uns – wir Deutschen – hüben und drüben der geschichtlichen Situation gewachsen erweisen. Das Zusammenrücken der Deutschen, darum geht es.“¹¹ Noch war eine Lösung der deutschen Frage offen, aber „zusammenrücken“ schon mehr als ein Fingerzeig.

Der 1952 aus Halle geflohene Außenminister Genscher grüßte zuerst „die Menschen in meiner Heimat, die ein Beispiel des Freiheitswillens der Deutschen gegeben haben“. Der Kampf um die Freiheit in der DDR „ehrt die ganze Nation“.¹²

Der Bundeskanzler versicherte, dass die Bundesrepublik den Prozess der Reformen in der DDR unterstützen werde, „aus unserer moralischen Verpflichtung für die Einheit unserer deutschen Nation heraus“. Noch einmal versicherte er den Menschen der DDR: „Ihr steht nicht allein! Wir stehen an Eurer Seite! Wir sind und bleiben eine Nation, und wir gehören zusammen!“ Helmut Kohl zollte Michail Gorbatschow, „der sich mit uns gemeinsam in der Bonner Erklärung vom 13. Juni ausdrücklich zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt hat“,¹³ seinen Respekt. Die Stichworte waren eindeutig: Zusammenrücken der Deutschen, Einheit der Nation und Selbstbestimmungsrecht der Völker.

In der DDR gab es dazu Widerspruch. Initiiert von Schriftstellern wie Stefan Heym und Christa Wolf, erschien am 29. November der Aufruf „Für unser Land“, der zu den zwei Wegen aus der Krise der DDR Position bezog: „Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen [...] oder wir müssen dulden, daß [...] ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird.“ Aus dem vogtländischen Plauen, der heimlichen Hauptstadt der Revolution, wo bereits am 28. Oktober 1989 ein Sprechchor von 40.000 Menschen „Deutschland einig

Vaterland“ gefordert hatte, kam die Widerrede: „Laßt uns also endlich etwas für die Menschen in unserem Lande tun, und denken wir endlich europäisch! Denn wir sind und bleiben *ein Volk!*“¹⁴

Am 3. Oktober 1990 trat die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei: Die deutsche Teilung war Geschichte.

¹ Die SED bezeichnete die Mauer offiziell als „antifaschistischen Schutzwall“.

² Vgl. Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer, Berlin 2011.

³ Bundeskanzler Helmut Kohl nannte Deutsche aus der DDR systematisch „Landsleute“.

⁴ Zitiert nach Hans-Hermann Hertle: „Der 9. November 1989 in Berlin“, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/1, Baden-Baden, 1995, S. 787–872, S. 840. Das Zustandekommen dieser Übergangsregelung hat als erster Cordt Schnibben im SPIEGEL beschrieben: Der Spiegel, Heft 41/1990, S. 102 ff.

⁵ Günter Schabowski (1929–2015) war am 09.11.1989 Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Mitglied ihres Zentralkomitees und des Politbüros, zuständig für den Bereich Agitation und Propaganda.

⁶ Zitate aus Hans-Hermann Hertle: Der 9. November 1989 in Berlin, S. 846, S. 849–851.

⁷ Ebd., S. 854.

⁸ Ebd., S. 166.

⁹ Dieses Zitat ist laut Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung eine Verkürzung des Satzes: „Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört.“

¹⁰ Auswärtiges Amt (Hrsg.): Umbruch in Europa im 2. Halbjahr 1989, Bonn 1990, S. 79.

¹¹ Willy Brandt, ebd., S. 79.

¹² Hans-Dietrich Genscher, ebd., S. 81.

¹³ Helmut Kohl, ebd., S. 84.

¹⁴ Der Aufruf vom 29.11.1989 und die Widerrede aus Plauen sind dokumentiert in Bernd Lindner: Die demokratische Revolution der DDR 1989/90, Bonn 1998, S. 118 f. Zur Entwicklung in Plauen im Oktober 1989 vgl. Udo Scheer: „Plauen“, in: Das Wunder von Berlin, Die Politische Meinung, Sonderausgabe Nr. 2, Oktober 2014, S. 45–48.

„Grade klare Menschen wär'n ein schönes Ziel“

Die Liedermacherin Bettina Wegner im Gespräch mit Axel Reitel

BETTINA WEGNER

Geboren 1947 in Berlin, landete mit ihrem Lied „Kinder“ („Sind so kleine Hände“) ein unter anderem von Joan Baez bis heute gesungenes „Weltlied“, dessen Vorgeschichte von der jugendlichen Erfahrung mit kommunistischer Gewaltanwendung beherrscht wird. Als sie 1979 mit dem von der CBS verlegten Platten-Debüt Goldstatus

erreicht, darf sie im Westen auf Tournee gehen. Dabei trifft Wegner auch den Nerv vieler West-Jugendlicher. Für den kritischen Teil der Ost-Generation 1960/61 war sie „die Sängerin der DDR“, die von dem sang, was wirklich war. Aufgrund zunehmender Konflikte mit dem SED-Staat wird sie, die nicht weggehen will, 1983 zur Ausreise gezwungen.



Foto: © picture alliance / Britta Pedersen / dpa-Zentralbild / dpa

Mit diesem Interview startet eine Serie, in der der einstige DDR-Opportunist Axel Reitel seine Gesprächspartner – wie er ebenfalls politische Häftlinge – zu ihren Hafterfahrungen und den daraus erwachsenden Konsequenzen befragt. Reitel, geboren 1961 in Plauen (Vogtland), wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland „freigekauft“. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller.

1968 – als Zwanzigjährige – wurdest Du wegen einer Flugblattaktion zur Unterstützung des Prager Frühlings verhaftet und eingesperrt. Dein Gedicht „Gefängnis“ aus dem Band „Wenn meine Lieder nicht mehr stimmen“ von 1980 bezieht sich gewiss darauf? „Vor mir geschlossen Fenster/vor mir verschlossen der Hass“, heißt es darin.

Bettina Wegner: Diese Zeilen und das ganze Gedicht habe ich im Gefängnis bereits im Kopf gehabt. Als ich wieder draußen war, habe ich es gleich heruntergeschrieben. Es war eine Auseinandersetzung damit, wie ein Trauma entsteht, wenn einem so etwas als jungem Menschen widerfährt. Ich hatte gerade ein Baby bekommen – im März, im August wurde ich verhaftet. Seit der Geburt hatte ich Blutungen, und diese wurden stärker, als ich in die Zelle musste. Sicher kam das durch den Stress, wohl aber auch dadurch, dass ich gestillt hatte, aber das – weil man mir ja mein Kind weggenommen hatte – nicht mehr konnte. Ich wusste nicht einmal, wo es war. Den Milchstau sprach ich bei der ärztlichen Untersuchung bei Haftbeginn an, was der Herr Doktor aber völlig übergang. Der hörte nur die Lunge ab und fragte: „Denken Sie an Selbstmord?“

Darin – nur darin – bestand der Sinn des Prozedere. An meinen Beschwerden waren weder der Arzt noch die Untersuchungsbehörde interessiert.

Und was hast Du geantwortet?

Bettina Wegner: „Nein, ich hab doch ein Kind.“ Ab da war ich haftfähig.

Wenn der Arzt schon so war, wie dürfen wir uns dann das Gefängnispersonal vorstellen?

Bettina Wegner: Das stellte sich gleich am ersten Tag entsprechend vor. Ich war kaum in meiner Zelle angekommen, da wurde die Zellentür aufgesperrt und es hieß: „Raustreten!“ Ich trat also in den Gang hinaus, da packte mich schon ein grober Schließer von hinten an den Hals und knallte meinen Kopf gegen die Wand und brüllte: „Immer mit'm Gesicht zur Wand! Und erst, wenn ich sage: ‚Los, geht's los.‘“ Da ist Hass aufgekommen.

Ein anderes Mal bin ich auf den Gang getreten – artig mit dem Gesicht zur Wand, bis gesagt wurde: „Los geht's, los“, aber da bin ich ohnmächtig geworden. Als ich wieder aufwachte, saß eine dicke Schließerin neben mir auf dem Fußboden und hielt – völlig aufgelöst – meinen Kopf in ihrem Arm. Immer wieder hat sie mein Gesicht mit einem Tüchlein Kölnisch-Wasser abgetupft, meine Wangen getätschelt und gerufen: „Komm doch, meine Kleene, komm doch, wach wieder uff, wach wieder uff.“ Selbst dort gab es eben auch Menschen.

Mein Vernehmer gab sich immer sehr freundlich, aber zwischendurch schickten sie einen komplett anders gestrickten, damit ich sehe, dass sie auch anders können.

Diese dicke Schließerin hat mir ein bisschen von meiner Wut und meinem Hass genommen. Hass ist ja wie Liebe etwas ganz Großes. Nur zweimal habe ich in meinem Leben wirklichen Hass gefühlt. Das war dann später noch einmal beim Abnehmen meiner Fingerabdrücke. Mein Gedicht, das Du eben ansprachst, habe ich geschrieben, um dieses starke Gefühl festzuhalten, nachdem ich es bereits nicht mehr kannte und bis heute auch nicht mehr kenne.

Dein Lied „Fleißig, reichlich, glücklich“ hebt an mit einer privaten Erfahrung. „Als ich noch klein war und in' Kindergarten ging/mussten wir still sein und in einer Reihe geh'n/und wer beim Mittag mal zu reden anfang/musste zur Strafe in der Ecke steh'n.“ War das die wahre DDR in der Nusschale?

Bettina Wegner: In der Nusschale? Ich weiß nicht. Anfang der 1950er-Jahre bin ich mit drei, vier Jahren in einen Kindergarten mit Erzieherinnen gekommen, die die Kinder geliebt haben. Aber dann musste ich in einen anderen gehen, in dem die Kinder gedrillt wurden. Da hieß es nur „still sein“, „Schnauze halten“, „in die Reihe“, immer „schön“ in die Reihe. Das Essen musste in einer bestimmten Zeit aufgegessen sein. Wenn du währenddessen gesprochen hast, durftest du ewig nicht mit den anderen raus zum Spielen. So etwas findest du bereits als Kind bekloppt. Für mich war dieser Kindergarten ein unsicher machendes Riesenboot.

Dabei war ich ein vollverhetztes Kind. Wenn mein Vater mal ungerecht oder zu streng mit mir war, habe ich gedacht, „wenn bloß Stalin mein Vater wäre“.

Woher kam das?

Bettina Wegner: Von meinen Eltern kam es jedenfalls nicht. Wir waren einer der wenigen Haushalte, in denen kein Stalinbild an der Wand hing. Meine Eltern wussten genau, warum sie sich keinen solchen „Schinken“ hinhängten, denn sie kannten ehemalige Spanienkämpfer, die nach dem Ende des Bürgerkrieges zunächst in die Sowjetunion emigriert waren und von diesem „wunderbaren“ Hotel Lux erzählten – einschließlich der Erlebnisse während des Großen Terrors.

Dieser Einfluss kam erst aus diesem Kindergarten und später aus der Schule. Überall hingen Stalinbilder. Erst später habe ich Sachbücher über die Stalinzeit gelesen.

Das Motiv der verletzlichen Kinderhände beeindruckt bis heute. Wie kamst Du darauf?

Bettina Wegner: Das Lied ist in wenigen Minuten auf einer Zugfahrt entstanden: Mir gegenüber im Abteil saß ein dicker Mann mit Wurstfingern, mit denen er ständig auf seinem Diplomatenkoffer trommelte. Die hässlichen Finger standen für mich auch für ein verunglücktes Leben. Und da habe ich gedacht: Das waren doch auch mal kleine Kinderhände!

Der Song kam in den USA und in Frankreich auf Platte, er wurde auf Kölsch gemacht, jetzt macht ihn gerade ein Luxemburger. Eine arabische Sängerin wird ihn nun in ihrer Sprache singen. Da freue ich mich drüber, aber leider ist es immer noch aktuell.

Du selbst hast sehr früh mit dem Schreiben angefangen ...

Bettina Wegner: Ja, und dabei hatte ich zunächst das Gefühl, dass alle in irgendwelchen literarischen Zirkeln sind, außer ick. Das erste Mal fand ich als Fünfzehnjährige in so einen Klub – und zwar in der Kellerwohnung von Nils Werner. Einmal im Monat ging ich abends dorthin, auch um eigene Gedichte vorzutragen. Ich fühlte mich total wohl dort und fiel so auch einem der anwesenden Spitzel auf. Von da stammt mein erster Stasi-Eintrag: Eine Fünfzehnjährige beschäftigt sich in ihren Gedichten mit dem Tod, das kann ja wohl nicht normal sein. Man müsse dringend ein Auge auf mich haben.

Deine Haftstrafe wurde dann zur Bewährung ausgesetzt. Welche Erwartungen hattest Du in der zweijährigen Bewährungszeit zu erfüllen?

Bettina Wegner: Es ist wichtig, dass Du das Wort „ausgesetzt“ verwendest. Als das Urteil auf Bewährung verkündet wurde, gab uns – mir und meinem Compagnon, mit dem ich den Protest gemeinsam durchgezogen hatte – die Richterin Folgendes mit auf den Weg: Es reiche nicht aus, wenn wir uns in diesen zwei Jahren an die Gesetze der DDR halten würden. Wir könnten ganz gesetzestreu sein, aber – wenn es gewisse äußere Umstände erforderten – könnten wir jeden Tag wieder inhaftiert werden. Das hieß für mich ein Leben in Angst. Die ganzen zwei Jahre hämmerte es in meinem Kopf, dass ich abgeholt werden könnte. Wenn es an der Tür klopfte, erschrak ich. Vor dem 7. Oktober, dem Geburtstag der DDR, hatte ich jedes Mal Angst.

Natürlich war ich von der Schauspielerschule geflogen und mir wurde eine Arbeit in einer Fabrik zugewiesen – eine alte



Bettina Wegner, 1975, Foto: © Roger Melis

KINDER (Sind so kleine Hände)

Sind so kleine Hände, winz'ge Finger dran
Darf man nie drauf schlagen, die zerbrechen dann

Sind so kleine Füße, mit so kleinen Zeh'n
Darf man nie drauf treten, könn' sie sonst nicht geh'n

Sind so kleine Ohren, scharf und ihr erlaubt
Darf man nie zerbrüllen, werden davon taub

Sind so schöne Münder, sprechen alles aus
Darf man nie verbieten, kommt sonst nichts mehr raus

Sind so klare Augen, die noch alles seh'n
Darf man nie verbinden, könn'n sie nichts versteh'n

Sind so kleine Seelen, offen und ganz frei
Darf man niemals quälen, geh'n kaputt dabei

Ist so'n kleines Rückgrat, sieht man fast noch nicht
Darf man niemals beugen, weil es sonst zerbricht

Grade klare Menschen wär'n ein schönes Ziel
Leute ohne Rückgrat hab'n wir schon zuviel

Siebdruckerei, drei Stunden Fahrtzeit, hin und zurück. Mein Kind brachte ich früh in die Krippe, abends holte ich es ab. Später bin ich ins Bett gefallen. Alle Kraft und Energie hatten sich abends in Luft aufgelöst. Staatsfeindliche Dinge hätte ich gar nicht mehr anrichten können.

Eigentlich gab es nur eine Erwartung – die der Kaderleiterin in der Fabrik, die mir untersagte, den Arbeiterinnen auch nur ein Sterbenswörtchen darüber zu erzählen, warum ich jetzt hier arbeitete. Aber die haben immer wieder gefragt: „Sie waren doch Schauspielschülerin. Wieso sind Sie jetzt hier?“ Irgendwann habe ich ihnen doch die Wahrheit erzählt, und da haben mich die Frauen in den Arm genommen und gesagt: „Kleene, das wussten wir doch.“

Später durftest Du doch studieren und bekamst 1972 den „Berufsausweis“, die sogenannte „Pappe“.

Bettina Wegner: Studieren durfte ich in dem Sinne nicht. Für Theaterwissenschaften hatte ich mich beworben und wurde abgelehnt. Dann versuchte ich es mit Religionswissenschaft und wurde wieder abgelehnt. Man hat mir Rechnungswesen und Statistik angeboten. Das war ja genau meins: Mathe war Vier bei mir.

Was ich dann tatsächlich machte, war kein echtes Studium. Es war eine Einjahresausbildung für Schlagersänger mit tollen Dozenten – vor allem einer wahnsinnig guten Gesangslehrerin. Nach Abschluss des Jahres wurde eine Jury aus Leitern von Bars oder Restaurants zusammengesetzt, die kulturell bespielt werden sollten. Ich habe eine gute Einstufung bekommen und war trotzdem die Einzige, die danach quasi keine Arbeit hatte.

Du hast dann zwei Veranstaltungsreihen gegründet – den „Eintopp“ im „Haus der Jungen Talente“ und, als die Reihe dichtgemacht wurde, den „Kramladen“ im Weißenseer Jugendklub.

Bettina Wegner: Es war meine Idee, und Klaus Schlesinger, mit dem ich damals verheiratet war, hat für den Veranstalter ein Konzept geschrieben – die Reihe „Eintopp“ mit Schriftstellern, Jazzern, Liedermachern, Gedichteschreibern. Im Prinzip konnte also jeder auf die Bühne. Dann wurde mir vom Leiter des Hauses gesagt, dass die Veranstaltung nicht mehr stattfinden kann, weil das Publikum einen Publikumsbeirat gebildet hatte, der gut angenommen wurde. Also richtig demokratisch war das, so als ob FDJ-Zentralrat und die Stasi gar nicht existierten. Und natürlich würgten die das dann ab mit der Begründung: „Wegner ist einfach nicht gut genug, nicht professionell.“ Dann öffnete sich eine neue Tür durch den Klubleiter aus Weißensee. Der hat jede Veranstaltung mitgeschnitten – was seine Bewandnis darin hatte, dass der gute Herr von Weißensee IM der Stasi war. Auch beim „Kramladen“ durfte jeder mitmachen. Das war zu viel Demokratie.

Für meine Generation der Jahrgänge 60/61, für die kritische DDR-Jugend, warst Du „die Sängerin der DDR“. Du hast auf unglaublich poetische Weise von dem gesungen, was war. Das war für uns ungeheuer wichtig. Woher kam dieser genaue Blick?

Bettina Wegner: Der war genau wie Dein Blick. Genau wie der Blick von Deiner Generation. Ich habe das Gleiche gesehen wie ihr, darüber habe ich geschrieben.



Bettina Wegner, 1973, Foto: © Roger Melis

Dass ich die Dinge besser durchschaue, habe ich nie empfunden, sondern habe einfach nur versucht, das in den Liedern unterzubringen, was wir alle gesehen haben. Du brauchtest natürlich Zuhörer, aber wir haben alle das Gleiche gesehen. Das war sehr eindeutig für uns alle.

Du hast zunehmend Schwierigkeiten aufgrund Deines künstlerischen Engagements bekommen. Bis zuletzt unterstützte Dich mit Auftrittsmöglichkeiten vor allem die evangelische Kirche.

Bettina Wegner: Auch Katholiken, selten, aber dennoch. Die Kirche war der einzige Ort, wo ich am Ende noch auftreten konnte. Ich wusste, dass die Pfarrer deswegen Ärger mit ihren Höheren bekamen.

Da ging es zu wie im DDR-Apparat. Die jungen Pfarrer haben sich nicht daran gehalten. Doch sie haben ihnen immer mehr Druck gemacht. Zum Schluss wurde den Jungpfarrern vom Staat mitgeteilt, man würde nicht mehr vor Verhaftungen zurückschrecken. Und da war für mich der Punkt gekommen, wo ich dachte: „Scheiße, wenn das passiert, müssen andere für dich ausbaden, was du gemacht hast. Das sollen nicht andere ausbaden.“

1979 war aber auch dort mein letzter Auftritt. 1980 gab es den Reisepass, und somit durfte ich in der DDR nicht mehr auftreten. Das war eine stille Übereinkunft, die keiner ausgesprochen hat, aber man ging oben davon aus, dass die Passinhaber für die Dauer des Visums, das in der Regel auf drei Jahre ausgestellt wurde,

in den Westen gingen und letztlich auch dort blieben. Aber ich bin ja mit dem Pass zu Hause hocken geblieben und fuhr nur zum Singen rüber.

Aber 1983 erzwang der SED-Staat die ständige Ausreise. Deinen „Katzensprung“ von Ost-Berlin nach West-Berlin.

Bettina Wegner: Das ging so weit, dass ich von einem Herrn Müller im Kulturministerium vorgeladen wurde. Der sagte mir auf den Kopf zu, ich hätte ja nun den Pass gehabt, um mich daran zu gewöhnen. Im Klartext: Ich könne nicht mit der DDR, die DDR könne nicht mit mir. Ich solle doch endlich einen Ausreiseantrag stellen.

Darauf habe ich gesagt: „Mache ich nicht.“ Und jener Herr Müller sagte darauf: „Gut, Ihr Pass läuft aus. Sie kriegen keinen neuen. Hier auftreten können Sie auch nicht mehr.“ Darauf sagte ich: „Och, ich habe so eine tolle Familie und so tolle Freunde, die werden meine Miete in der Leipziger Straße zusammenbringen und dass ich für meine Kinder und mich Essen kaufen kann. Eine Staatsbürgerschaft lässt sich nicht ausziehen wie ein olles Nicki.“

Dann ging die Parteispitze doch intensiver gegen dich vor.

Bettina Wegner: Ein oder zwei Wochen später wurde gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen Zoll- und Devisenvergehen eröffnet. Ich habe mir einen Anwalt genommen und habe ihn gefragt: „Was habe ich denn gemacht?“ Alles Geld – und ich habe damals eigentlich nur noch West-Geld verdient – hätte ich vorher anmelden und genehmigen lassen müssen. Und dann

ging es richtig los: täglich zum Zoll zur Vernehmung. Da kamen mit aller Wucht die Erlebnisse von 1968 wieder hoch.

Einer nach dem anderen ist damals gegangen. Ich hatte also nicht mehr diese Wand von Unterstützern im Rücken. Nur Franz Fühmann war noch da und hat sich für mich eingesetzt, aber Jurek Becker war weg, Klaus war weg, Sarah Kirsch war weg. Da habe ich Angst bekommen und bin zu Gysi gegangen, um zu fragen, was denn jetzt passieren könnte. Und der hat gesagt: „Noch bist Du zu bekannt. In diesem Jahr passiert noch nichts, im nächsten Jahr noch nichts, aber in drei Jahren sitzt‘te.“ Und da habe ich gedacht, das halte ich nicht durch, und bin wieder zu diesem Herrn Müller gegangen und habe gesagt: „Wenn die Kinder ihr Schuljahr noch zu Ende machen dürfen und wenn mir versichert wird, dass ich und die Kinder besuchsweise einreisen können, dann wäre ich bereit zu gehen.“ Der Müller hat gesagt, wie es laufen soll: Ich solle einen richtigen Ausreiseantrag stellen und begründen. „Na, Sie zwingen mich doch zu gehen“, habe ich da gesagt. „Eigentlich ist doch nur die Wahl ‚Haft oder gehen‘. Soll ich das als Begründung schreiben?“ Er sieht mich an, senkt etwas den Kopf zu dem Papier und antwortet: „Na, dann schreiben Sie einfach: aus familiären Gründen.“

Wie ging es weiter?

Bettina Wegner: Innerhalb von 48 Stunden kam „Deutrans“. Die haben unser ganzes Zeug eingepackt. Und da saßen dann alle meine Freunde zum Abschied auf dem Fußboden. Wenn ich an die Haft denke, dann ist mir nicht mehr zum Heulen, aber wenn ich daran denke: Die saßen

da alle auf dem leeren Boden, und ich wusste, dass ich denen jetzt so sehr fehlen werde wie mir die anderen, die vorher gingen.

Sprung nach 1985. 1985 erscheint Dein Album „Heimweh nach Heimat“. Hatte dieses Heimweh noch etwas mit Ostberlin, mit der DDR zu tun?

Bettina Wegner: Mich ärgert, dass das Wort „Heimat“ jetzt durch die Rechten so verunglimpft wird und jeder, der das Wort „Heimat“ benutzt, schon als national eingestuft wird. Heimat hatte für mich sehr wohl mit Ostberlin, mit der DDR insgesamt zu tun, denn wenn ich überhaupt von Heimat spreche, so ist das die Kindheit, wo du Rollschuh gelaufen bist, die Freunde, die Familie. Und das war dann natürlich zwangsläufig auch DDR und Ostberlin in meinem Fall. Und das war weg. In dem Text „Andre, die das Land so sehr nicht liebten“ von Theodor Kramer heißt es: „Ich doch müsste mit dem eig’nen Messer/Meine Wurzeln aus der Erde dreh’n!“ Ich hatte in der DDR meine Wurzeln. Und ich habe die nirgendwo mehr reingekriegt.

Ende der 1980er-Jahre wuchs nicht nur in der DDR, sondern in ganz Osteuropa die Protesthaltung gegen die kommunistische Riege. Und dann, im Herbst 1989, im Oktober 1989, ging alles Schlag auf Schlag. Drei Wochen später waren die DDR und Moskaus Imperium passé. Yvette Gilbert nennt ein Kapitel ihres Buchs „Die Kunst, ein Chanson zu singen“: „Die Kunst, Pausen zu setzen“. War diese Zeit eine Pause für Dich? Oder wie es in Deinem Gedicht „Alles, wie immer“ heißt „... nun ohne Boden“?

Bettina Wegner: Ich hatte eine Pause danach, stand unter Schock. Auf der einen Seite war ich völlig erlöst, weil jetzt jeder hinfahren konnte, wohin er wollte. Andererseits war das so, als würde ein Stück von einem abgeschnitten. Auch wenn sie politisch negativ von mir bewertet wurde und ich diesem System feindlich gegenüberstand, war die DDR doch etwas Existenzielles. Vielleicht habe ich mir da auch etwas vorgemacht. Ich hatte auch nicht den Durchblick, wie marode die Wirtschaft war.

Das Gespräch fand am 19. Juni 2019 in Berlin-Frohnau statt.

Österreichs Weimar

Neue Forschungen zur Geschichte der Ersten Republik 1918 bis 1933/38

BASTIAN MATTEO SCIANNA

Geboren 1987 in Worms, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam.

Lothar Höbelt: Die Erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium, Böhlau Verlag, Wien 2018, 456 Seiten, 38,00 Euro.

Stefan Karner (Hrsg.): Die umkämpfte Republik. Österreich von 1918–1938, StudienVerlag, Innsbruck 2017, 384 Seiten, 34,90 Euro.

Anton Pelinka: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918–1938, Böhlau Verlag, Wien 2017, 319 Seiten, 29,00 Euro.

Alfred Pfoser / Andreas Weigl: Die erste Stunde Null. Gründungsjahre der österreichischen Republik 1918–1922, Residenz Verlag, Salzburg 2017, 360 Seiten, 28,00 Euro.

Walter Rauscher: Die verzweifelte Republik. Österreich 1918–1922, Kremayr & Scheriau, Wien 2017, 224 Seiten, 22,00 Euro.

Vor 100 Jahren wurde durch die Ratifizierung des Friedensvertrages von Saint-Germain die erste Demokratie auf österreichischem Boden gegründet. Welche Entwicklung nahm die sogenannte Erste Republik ab 1918, bis sie 1933 vom austrofaschistischen Ständestaat und nach dem „Anschluss“ im März 1938 vom nationalsozialistischen Deutschland zu Grabe getragen wurde? Woran scheiterte die Erste Republik, und war ihr Niedergang unausweichlich?

Die Republik startete im November 1918 mit der Hypothek eines verlorenen Krieges. Die Gründungsphase war gekennzeichnet von Versorgungsengpässen, Streiks und Unsicherheiten. Dennoch hatten die Kommunisten kaum Zulauf, und die Sozialdemokraten wollten keine Revolution. Der Machttransfer vom Kaiserreich zur Republik, geleitet durch die 1911 gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung, aus deren Mitgliedern eine provisorische Regierung nach Proporz gebildet wurde, ging im Gegensatz zu anderen Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs ohne bürgerkriegsähnliche Zustände über die Bühne. Es herrschte pragmatischer Realismus und Kompromissfähigkeit, etwa in Bezug auf die neue Verfassung und die obersten Organe, wie Anton Pelinka immer wieder betont, auch wenn die neue Republik von keiner Seite wirklich geliebt wurde.

Ebenso blieb zu Beginn unklar, welche Form und welche Gebiete der neue Staat erhalten sollte. Als die zentrifugalen Tendenzen der nicht-deutschen Nationalitäten immer deutlicher wurden, suchte man in Wien den „Anschluss“ an den deutschen Nationalstaat. Walter Rauscher und Anton Pelinka legen überzeugend dar, dass dieser Gedanke keineswegs auf das

Großdeutsche Lager beschränkt blieb. Die Sozialdemokraten waren dafür, da sie Deutschland nach der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann als Hort des republikanisch-freiheitlichen Fortschritts sahen. Nur die Christlich-sozialen waren skeptisch. Sie fürchteten, der in ihren Augen gefährlichen Trias – Preußen, Protestantismus, Sozialdemokratie – Tür und Tor zu öffnen.

HOFFNUNGEN ZUNICHTEGEMACHT

Der Anschlusswunsch wurde bei der Ausrufung der Republik „Deutsch-Österreich“ – so wurde das verbliebene Staatsgebiet in Anlehnung an die deutschsprachigen Gebiete Österreichs zunächst genannt – durch die provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 fest verankert. Der neue Staat beheimatete nur circa sechs Millionen der ehemals 55 Millionen Staatsbürger des untergegangenen Habsburgerreichs, die zudem keineswegs durch einen patriotischen Geist vereint waren. Manche Bundesländer verfolgten eine anti-zentralistische Agenda, wie Lothar Höbelt detailliert ausführt. Umstrittene Grenzgebiete in Kärnten, der Steiermark und „Deutschböhmen“ wurden durch Selbst- und Heimatschutzverbände gegen die neuen Nachbarn verteidigt. Zeitgleich grassierte die kriegsbedingte Inflation weiter. Die Industrie war von ihren vormaligen Absatzmärkten abgeschnitten, und die „Provinz“ musste die hungernde Hauptstadt ernähren, was Stadt-Land-Animositäten befeuerte (Rauscher, S. 87). „Deutsch-Österreich“ blieb auf Kohlelieferungen aus den

Nachbarstaaten angewiesen, die diese als Druckmittel in den Verhandlungen um Gebietsansprüche einsetzten. Der Anschlussgedanke muss daher auch als Mittel gegen den zunehmenden Partikularismus, außenpolitische Drohkulisse und Überwindung des Traumas der Niederlage gesehen werden.

Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919 endeten in einem knappen Sieg der Sozialdemokraten vor den Christlichsozialen und Deutschnationalen – die drei großen politischen Lager der Monarchie blieben also auch fortan tonangebend. Die große Koalition aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen wurde fortgesetzt, doch viele Hoffnungen wurden im Sommer 1919 durch die Friedensbedingungen zunichtegemacht: Ein Drittel des Staatsgebiets musste abgetreten werden, Artikel 88 verbot den „Anschluss“, und selbst der Name wurde mit „Republik Österreich“ fremdbestimmt und mit der Ratifizierung des Vertrages von Saint-Germain am 21. Oktober 1919 übernommen. Der Friedensschluss wurde, nicht in finanzieller, sondern eher in politischer und symbolischer Hinsicht, ähnlich dem Versailler Vertrag zu einer Belastung für die Republik, die in den Folgejahren durch wirtschaftlich schwieriges Fahrwasser steuerte.

Im Oktober 1922 gab es – gegen eine erneute Zusicherung, in den nächsten zwanzig Jahren keinen „Anschluss“ zu vollziehen – einen dringend benötigten Kredit des Völkerbundes in Genf, und die danach einsetzenden Wirtschaftsreformen verbesserten die ökonomische Lage. Zeitgleich bröckelte ab 1922 die „pragmatische Vernunft“ (Pelinka) der Gründungsphase. Bei der Nationalratswahl im Oktober 1920 wurden die Christlichsozia-

len stärkste Partei, und es entwickelte sich ein wirtschaftsliberaler Bürgerblock – eine Sammelbewegung kleinerer Parteien –, der fortan den Christlichsozialen als Mehrheitsbeschaffer diente. Ab Mai 1922 regierte nur noch dieses Bündnis, während die Sozialdemokraten in die Opposition gingen und nie wieder in die Regierung wechselten. Zudem betrieben diese zunehmend eine Politik der Obstruktion des Nationalrats, also bewusste Verzögerungen. In der Hauptstadt Wien blieben die Sozialdemokraten ab 1922 kontinuierlich an der Macht. In den Ländern regierten die Christlichsozialen mit dem Bürgerblock, aber die Sozialdemokraten wurden durch ein informelles Proporzsystem eingebunden. Ein durchaus „kollegiales Klima“ (Höbelt, S. 73) in den Landesregierungen spricht daher gegen eine unausweichliche Radikalisierung.

GESELLSCHAFTLICHE LAGERMENTALITÄT

Die Mitte der 1920er-Jahre blieb geprägt von der Umsetzung des wirtschaftlichen Sanierungsplans; gleichzeitig manifestierte sich aber die gesellschaftliche Fragmentierung. Die Bruchlinien blieben, wie in der Monarchie, Religion, Klasse und Nation (Pelinka, S. 77 f.). Hinzu kam eine Militarisierung der Innenpolitik: Anfangs gab es viele Selbst- und Grenzschutzeinheiten, aus denen oft die späteren Heimwehrverbände hervorgingen. Die De-facto-Privatarmee der Sozialdemokratie, der Republikanische Schutzbund, war eher Speerspitze der Partei denn der neuen Demokratie und teilweise mehr als doppelt so groß wie das reguläre Heer. Diese Militarisierung

bildete ein latentes Gewaltpotenzial, das – gepaart mit starkem Lagerdenken – eine gefährliche Situation schuf.

Doch trotz des Aufstiegs der Heimwehren, die Unterstützung aus dem faschistischen Italien erhielten, trotz der Querelen innerhalb der Regierungskoalition und trotz der Obstruktionspolitik der Sozialdemokraten rutschte die Republik nicht unausweichlich in Chaos und Anarchie ab. Der politische Arm der Heimwehren, der sogenannte Heimatblock, wurde zwar nach den Nationalratswahlen im November 1930 in die Regierung aufgenommen, blieb aber mit seinen acht Mandaten recht unbedeutend. Die Sozialdemokraten wurden zur stärksten Fraktion, und die österreichische Schwesterpartei der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) errang nur drei Prozent der Stimmen. Zeitgleich hatten die Nationalsozialisten in Deutschland einen Anstieg auf achtzehn Prozent erreicht.

„SELBSTAUSSCHALTUNG DES PARLAMENTS“

Die politische Lage verfinsterte sich, als die Weltwirtschaftskrise auch über Österreich hereinbrach, obschon sie nicht als alleiniger Totengräber der Republik gesehen werden darf. Ein Streit über Budgetkürzungen beschleunigte den Zerfall des Bürgerblocks, also des traditionellen Mehrheitsbeschaffers der Christlichsozialen, die ab 1932 eine Minderheitsregierung anführten und sich mit einem massiven Zuwachs der NSDAP bei den Landtagswahlen konfrontiert sahen. In dieser krisenhaften Phase wurde Engelbert Dollfuß im Mai 1932 zum Bundeskanzler ernannt.

Ursprünglich als Übergangslösung angesehen, war er keineswegs der starke Mann der Heimwehren und legte sich auch außenpolitisch nicht sofort auf den faschistischen Block Italiens und Ungarns fest, nicht zuletzt, da er noch die westliche Zustimmung für eine neue Völkerbundanleihe benötigte.

Innenpolitisch wurde 1933 zum Schlüsseljahr, wie alle Autoren hervorheben. Das Abgleiten in die Diktatur geschah nach und nach. Der erste Schritt folgte nach einem Streik der Eisenbahner im März 1933, der zwar von Gewerkschaften aller Lager getragen wurde, jedoch keine Krise nationalen Ausmaßes darstellte. Die Sondersitzung des Parlaments am 4. März 1933 führte zum Rücktritt aller drei Nationalratspräsidenten – ein Fall, den die Geschäftsordnung nicht vorhergesehen hatte, weshalb das Parlament beschlussunfähig auseinander ging. Dollfuß sprach später von der „Selbstausschaltung des Parlaments“ und regierte von nun an unter Berufung auf ein Notstandsgesetz von 1917 am Nationalrat vorbei. Darauf folgte die Gründung der „Vaterländischen Front“ als neue Einheitspartei, die Entmachtung der Judikative sowie das Verbot des Schutzbundes, der Kommunistischen Partei und der NSDAP. Die Sozialdemokratische Partei wurde erst nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 verboten. Der Putschversuch der Nationalsozialisten am 25. Juli scheiterte blutig. Das Bundesheer stellte sich nicht auf die Seite der Putschisten, und der von diesen ermordete Dollfuß wurde durch Kurt Schuschnigg ersetzt, der den Kurs seines Vorgängers weitgehend fortführte. Schuschnigg begrenzte zwar erfolgreich die Macht der Heimwehren und berief viele Technokraten in seine Regierung, geriet aber innen- und

wirtschaftspolitisch unter Druck. Zudem konnte er das außenpolitische Kernproblem, das Verhältnis zum Regime Adolf Hitlers, nicht entschärfen. Der „Anschluss“ im März 1938 trug die Erste Republik endgültig zu Grabe.

SELBSTWAHRNEHMUNG ALS SPIELBALL DER MÄCHTE

Musste die Republik zwangsläufig scheitern? Zu Beginn herrschte großer Konsens und der Wille zur pragmatischen Zusammenarbeit. Dies täuschte über die geringe Empathie für die neue Republik hinweg, die deutlicher wurde, als der Anfangskonsens verflog und Politik zunehmend als Nullsummenspiel aufgefasst wurde. Die österreichische Selbstwahrnehmung als Spielball der Mächte sowie der damit verbundene Anschlussgedanke waren zusätzliche Hypothesen. Doch auch in anderen Nachbarstaaten wurden neue Grenzen, neue politische Systeme und die Rahmenbedingungen der Nachkriegsordnung mit Unbehagen aufgenommen. Österreich war hier kein Sonderfall und blieb länger demokratisch als mancher Nachbarstaat. Auch wenn es wirtschaftlich sicher keine rosigen Zeiten waren, führte die Armut, gerade der ländlichen Bevölkerung und der Mittelschicht, nicht unweigerlich zu einer systemischen Krise oder militanten Radikalisierung.

Höbelts umfassende Darstellung der politik- und wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte, die einzige der hier besproche-

nen Studien, die sich auf Primärquellen stützt, verweist immer wieder auf den ergebnisoffenen Prozess und die vielen Grautöne. Pelinka sieht die mangelnde Liebe für die neue Republik als schwerwiegenderes Problem, ebenso die Wahrnehmung der Fremdbestimmung und die hermetische Lagermentalität. Eine Stärke Pelinkas ist der breite Ansatz mit kultur- und sozialhistorischen Aspekten. So zeigt er auf, dass die großen Schriftsteller der Zeit sich wenig für die Republik interessierten: Von Joseph Roth bis Stefan Zweig herrschte weitgehendes Desinteresse.

Die Öffnung der kulturellen Vielfalt hatte auch Schattenseiten, wie der offen zutage tretende Antisemitismus zeigte (Alfred Pfoser/ Andreas Weigl, S. 264 ff.), der dennoch in Österreich lange Zeit weniger radikal ausgeprägt war als in vielen Nachbarstaaten (Pelinka, S. 226 ff.). Der Sammelband von Stefan Karner liefert viele gelungene Einblicke in weitere Teilaspekte. Neben der Rolle von Kirchen, Frauen, Parteien, physischer Gewalt, wichtigen Persönlichkeiten und Minderheiten werden auch einzelne Politikfelder unter anderem durch sehr anschauliche Tabellen und Grafiken erläutert. Michael Gehlers fundierte Analyse der österreichischen Außenpolitik von 1918 bis 1938 sticht hier besonders hervor. Wer das Scheitern der Ersten Republik verstehen möchte, der greife zu Lothar Höbelts flüssig geschriebener Gesamtdarstellung. Ein Eintauchen in Einzelaspekte auch durch eine gelungene Bebilderung im Stil eines hochwertigen Museumskatalogs ist mit Stefan Karners exzellentem Sammelband möglich.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im November 2019 zum Thema

Innovativ

Nachdenken über Zukünfte

Mit Beiträgen unter anderen von Stefan W. Hell, Christoph Meinel, Catrin Misselhorn, Thomas Straubhaar und Birgitta Wolff.

IMPRESSUM

Nr. 558, September/Oktober 2019, 64. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion Bernd Löhmann (Chefredakteur) Ralf Thomas Baus (Redakteur) Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung Konstantin Otto

Anschrift Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92 Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10 ralf.baus@kas.de cornelia.wurm@kas.de www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat Stefan Friedrich, Ulrike Hospes, Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm, Postfach 19 48, 49009 Osnabrück Telefonnummer: (05 41) 31 03 38 E.Cilker@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH Agentur für Markenentwicklung, Berlin www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Günter Rinsche zum Gedenken

*13. Juli 1930, †3. Juli 2019

Am 11. Juli haben wir in der Liebfrauenkirche in Hamm von Günter Rinsche Abschied genommen. Er starb nach langer, schwerer Krankheit kurz vor seinem 89. Geburtstag.

In ungewöhnlicher Weise hat er seinem Vaterland über Jahrzehnte selbstlos gedient, zunächst als Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik, dann als gestaltende Kraft auf allen parlamentarischen Ebenen. „Neugier und Mangel an Geduld“ hielt er selbst für seine hervorstechenden Charakterzüge. Ich dagegen habe an ihm zwar auch seine Neugier, vor allem aber sein Durchsetzungsvermögen, seine Beharrlichkeit und stete Hilfsbereitschaft bewundert.

1952 gehört er zu den ersten deutschen Studenten, die mit einem Fulbright-Stipendium ein Studienjahr in den Vereinigten Staaten verbringen dürfen. An der Universität zu Köln wird er Schüler Heinrich Brünings, bei dem er eine Diplomarbeit über das US-amerikanische Parteiensystem verfasst. Er wird Assistent am Institut für Mittelstandsforschung der Universität zu Köln und zum Doktor rer. pol. promoviert. Die Habilitation scheint nur noch eine Frage der Zeit, auch nachdem er zunächst in das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium nach Düsseldorf gewechselt ist und dort die Leitung einer Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen des Mittelstandes“ übernommen hat und ihm danach Sonderaufgaben im Landesamt für Forschung übertragen worden sind.

Aber dabei sollte es nicht bleiben. Schon während seines Studiums ist er der Jungen Union und der CDU beigetreten. 1956 – mit 26 Jahren – wird er Ratsherr seiner Heimatstadt Hamm, zunächst auf den Bänken der Opposition. Acht Jahre später wird er zum damals jüngsten Oberbürgermeister der Bundesrepublik gewählt. Er wirkt in seinem Amt so erfolgreich, dass er 1969 mit den Stimmen aller Ratsmitglieder wiedergewählt wird. Es ist vor allem sein Verdienst, dass Hamm im Zuge der kommunalen Neugliederung Nordrhein-Westfalens zur Großstadt wird, mit mehr als verdoppelter Einwohnerzahl und verzehnfachter Fläche. Sein kommunalpolitisches Engagement sollte nur der Auftakt seiner ungewöhnlich langen Laufbahn auf allen parlamentarischen Ebenen sein. Bei der „Erhard-Wahl“ von 1965 zieht er mit 46 anderen jungen Kollegen – unter ihnen Egon Klepsch, Manfred Wörner, Heiner Geißler und ich – als direkt gewählter Abgeordneter in den Bundestag ein.

Für die nordrhein-westfälische CDU gilt er als Hoffnungsträger. Ihr damaliger Spitzenkandidat, Heinrich Köppler, beruft ihn in sein Schattenkabinett. Rinsche wechselt 1975 nach Düsseldorf in den Landtag und wird wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion. 1979 kandidiert er bei der ersten Direktwahl für das Europäische Parlament. Straßburg und Brüssel werden zum Mittelpunkt seines politischen Wirkens. Er wird Mitglied des Vorstands der EVP-Fraktion und ab 1989 für zehn Jahre, bis zu seinem Ausscheiden, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe. Er engagiert sich für das zusammenwachsende Europa und ist an führender Stelle mitverantwortlich für die weltweiten Kontakte des Europäischen Parlaments. Asien gilt sein besonderes Interesse.

Nicht meine Wahl zum Thüringer Ministerpräsidenten, wohl aber die damit unvermeidlich verbundene Übernahme auch des Thüringer Landesvorsitzes der CDU zwang mich aus rechtlichen Gründen 1995 schweren Herzens dazu, auf den Vorsitz der Konrad-Adenauer-Stiftung zu verzichten. Was lag näher, als die Mitgliederversammlung zu bitten, Günter Rinsche zu meinem Nachfolger zu wählen? Schon seit seiner Zeit als Oberbürgermeister von Hamm gehörte er dem Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung an und war darum ihrer Arbeit sowohl im In- als auch im Ausland eng und vielfältig verbunden. An seiner Bereitschaft, der Stiftung loyal zu dienen und in den besonders schwierigen Jahren nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus zusätzliche Führungsverantwortung zu übernehmen, bestand kein Zweifel, zumal ihn mit Helmut Kohl eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit verband.

Seine sechsjährige Amtszeit war zudem durch eine bedeutende Strukturveränderung der Stiftung geprägt. Zum einen wurde das Amt eines Generalsekretärs geschaffen und mit dem bisherigen CDU-Landes- und -Fraktionsvorsitzenden in Schleswig-Holstein, Otfried Hennig, besetzt. Zum anderen forderte der weitere Ausbau der Aktivitäten der Stiftung in Ost- und Südosteuropa die Aufmerksamkeit des neuen Vorsitzenden. Im Juli 1998 ging für Günter Rinsche – und für Helmut Kohl – ein Traum in Erfüllung: Die in Berlin neu erbaute Akademie der Stiftung konnte der Öffentlichkeit übergeben werden. Sein Wunsch: „Der Neubau möge das Haus der Bürger, der Besucher, der Vermittler von Informationen und der lebendigen Demokratie werden“ sollte in Erfüllung gehen.

Als mir 2001 der Vorsitz der Stiftung wieder übertragen wurde, hatte ich allen Grund, Günter Rinsche von Herzen zu danken. Er hatte Kurs gehalten. Bis zu seinem Tod blieb er der Stiftung eng und freundschaftlich verbunden. Aus dem Europäischen Parlament war er 1999 ausgeschieden. Europäer ist er geblieben! Sein Wirken hat Spuren hinterlassen, denen die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gerade heute folgen sollte.

Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.

*Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung
Herausgeber, „Die Politische Meinung“*

Auf der *Mitgliederversammlung* der Konrad-Adenauer-Stiftung am 7. Juni wurde Norbert Lammert als Vorsitzender wiedergewählt. Ebenso im Amt bestätigt wurden Hermann Gröhe, Hildigund Neubert und Beate Neuss als stellvertretende Vorsitzende. Christoph Brand folgte Franz Schoser als Schatzmeister nach. Die Schriftstellerin Herta Müller und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, wurden neu in die Mitgliederversammlung gewählt.

Das auf zwei Jahre angelegte *Projekt „Demokratie stärken“*, das am 18. Juni startete, zielt darauf ab, junge Menschen für die Mitgestaltung unserer Demokratie zu begeistern. Dabei wird die Stiftung vor Ort – gerade auch im ländlichen Bereich – mit den Bürgerinnen und Bürgern über Herausforderungen und politische Beteiligung in unserer Demokratie ins Gespräch kommen.

Am 8. Juli fand die feierliche Verabschiedung von Ottheinrich von Weitershausen als Vorsitzendem der *ASeV | Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.* sowie Frank Siegmund als Schatzmeister und der Vorstandsmitglieder Pia Leson sowie Wiltrud Viehoff statt. Ihnen folgen Matthias Wilkes als Vorsitzender, Heinrich Schimpf als Schatzmeister sowie Thies Johannes Albert, Nora Jakob und

Christian Wehrberger als Vorstandsmitglieder nach.

„Wir wollen das Vertrauen der Bürger in den Staat wieder aufbauen“, erklärte Maia Sandu bei ihrem Besuch in der Konrad-Adenauer-Stiftung am 16. Juli. Die *moldauische Ministerpräsidentin*, die im Juni gegen den erheblichen Widerstand der Anhänger des Oligarchen Vladimir Plahotniuc ins Amt gekommen war, kündigte bei der Diskussionsveranstaltung an, gegen die Korruption in ihrem Land vorgehen und ihr Land der Europäischen Union annähern zu wollen. Dazu bat sie auch um die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich schon seit zehn Jahren in der moldauischen Hauptstadt Chişinău engagiert.

Tunesien befindet sich nach dem Tod des Präsidenten Beji Caid Essebsi und vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in einem angespannten Zustand. Der Stiftungsvorsitzende führte Ende August hochrangige Gespräche in Tunis. Dabei traf er unter anderem mit dem tunesischen Interimspräsidenten Mohamed Ennaceur zusammen, der die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Tunesien würdigte. Der Vorsitzende nahm ebenfalls an der Konferenz der Stiftungsmitarbeiter im Nahen Osten teil und eröffnete das neue Bürogebäude der Stiftung in Tunis.

Am 9. September verlieh die Moses Mendelssohn Stiftung in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die *Moses Mendelssohn Medaille* an den Rabbiner Andreas Nachama. Die Laudatio auf den diesjährigen Preisträger hielt Staatsministerin Monika Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

In dem gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Zentrum Liberale Moderne herausgegebenen Sammelband *„Soziale Marktwirtschaft ökologisch erneuern“*, der am 10. September unter Beteiligung von Annegret Kramp-Karrenbauer vorgestellt wurde, erörtern namhafte Autorinnen und Autoren ordnungspolitische Leitlinien, langfristig angelegte Strategien und konkrete Handlungsmöglichkeiten für die ökologische Fortentwicklung der Industriegesellschaft auf einer marktwirtschaftlichen Grundlage.

Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Auswirkungen Künstlicher Intelligenz (KI)* bilden einen aktuellen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung. Eine Diskussionsveranstaltung mit Mitgliedern der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ des Deutschen Bundestages am 10. September thematisierte unter anderem, welche Potenziale KI für Deutschland bietet

und wie sie verantwortungsvoll und nachhaltig genutzt werden können.

Am 12. September feierte die Stiftung ihren traditionellen *„Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung“* mit einem vielfältigen Programm, das die zahlreichen historischen Jubiläen wie „70 Jahre Grundgesetz“ und „30 Jahre Mauerfall“ aufgriff, um – insbesondere in einer Diskussionsrunde mit jungen Menschen – zu überlegen, wie wir unsere Demokratie auch künftig gemeinsam gestalten können. Unter anderem nahmen Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Vorsitzende und Bundesverteidigungsministerin, und Paul Ziemiak, CDU-Generalsekretär, an der Veranstaltung teil.

PERSONALIA

Seit 1. August ist Stefanie Geiselhardt Leiterin der Abteilung Bewerbung und Auswahl in der Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur, Norbert Eschborn leitet das neue Länderprojekt Kanada und Christoph von Hehl die Abteilung Berufsorientierung/Berufsförderung. Seit 1. September ist Tim Peters Leiter des Länderprojekts Ukraine in Kiew und Thomas Knirsch übernimmt das Auslandsbüro in Myanmar.

MONUMENT EINER VERSTEINERTEN IDEOLOGIE UND IHRER ÜBERWINDUNG

Die Berliner Mauer stand für vieles: Unfreiheit und Abschottung, die Teilung Deutschlands, Europas und der Welt, ein tödliches Grenzregime. Mit ihr schuf sich die SED-Führung das ihrer politischen Verirrung entsprechende monströse Bauwerk. Vor aller Augen war die Unmenschlichkeit der sich menschenfreundlich gerierenden kommunistischen Ideologie bloßgestellt. Bildhafter wurde nur noch ihr Untergang.

Entdramatisierend ist von „Mauerspechten“ die Rede. Sie machten der Welt anschaulich, was Bürgerinnen und Bürger in der DDR und in ihren östlichen Nachbarstaaten vollbracht hatten: die Zertrümmerung eines ideologisch einbetonierten, auf Repression gründenden Regimes im Namen der Freiheit.

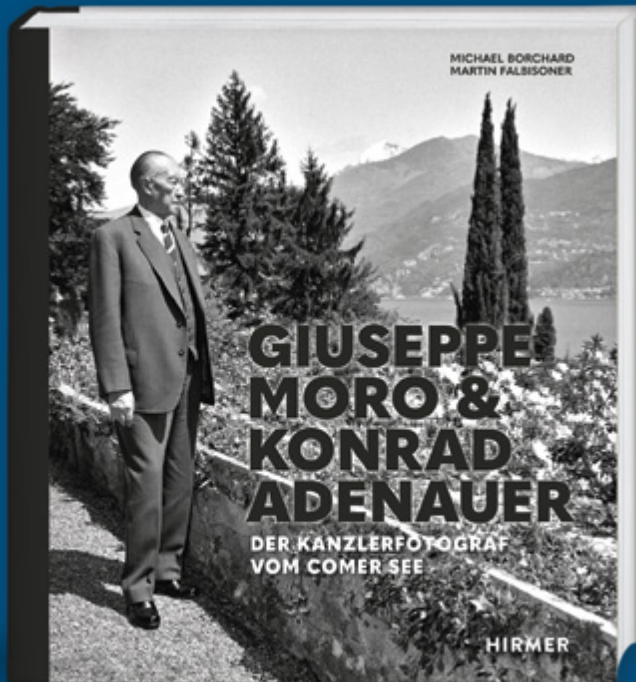
Foto: © ddrbildarchiv.de / Manfred Uhlenhut



Neue Bilder „des Alten“

Für Konrad Adenauer war Cadenabbia vieles in einem:
Sein kleines Arkadien im Norden Italiens, Rückzugs- und
Nachdenkort, aber auch die immer wieder in ein höchst
stimulierendes Ambiente versetzte Schaltzentrale seiner Macht.

Einfühlsame, bislang kaum bekannte Bilder
Giuseppe Moros versprechen einen frischen und
sehr persönlichen Einblick.



Hg. Michael Borchart, Martin Falbisoner
Beiträge von K. Adenauer sen.,
M. Borchart, M. Falbisoner, N. Lammert
160 Seiten, 102 Abbildungen in Duoton
24 × 26 cm, gebunden

HIRMER
Halbleinen
Ca. € 29,90 (D) / € 30,80 (A)
ISBN 978-3-7774-3354-7

 KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG